Nr. 17. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 21. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Etat des Dreiklassenstaates.

Mit 3362 Millionen Mark schließt der dem preußischen Landtage unterbreitete Etat in Einnahme und Ausgabe ab. Eine gewaltige Summe, die beredtes Zeugnis davon ablegt, über welche Schätze der preußische Staat verfügt und was er in kultureller Hinsicht leisten könnte, wenn er von dem Streben beseelt wäre, in Wahrheit ein Kulturstaat zu sein.

Wenn die Regierung sich rühmt, daß sie trotz der wirtschaftlichen Krisis 77 Millionen zur teilweisen Deckung des Mehrbedarfs für die in Aussicht genommene allgemeine Aufbesserung der Dienstbezüge der Beamten, Geistlichen und Volksschullehrer in den Etat eingestellt hat, so kann dem gegenüber — wenigstens soweit die Volksschullehrer in Frage kommen — nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Regierung damit nur einen Teil ihrer früheren Unterlassungssünden gut macht. Seit Jahren sind die Volksschullehrer in Preußen als Stiefkinder behandelt worden, es ist dahin gekommen, daß infolge der mehr als jämmerlichen Besoldung ein Lehrermangel zutage trat, der naturgemäß auf die Volksschulbildung in schädlicher Weise zurückwirkte. Aber nicht nur das. Auch an Lehrerbildungsanstalten hat es in Preußen gefehlt. Jetzt endlich rafft sich die Regierung dazu auf, die Mittel für 12 neue Seminare und drei neue Präparandenanstalten zu fordern, zweifellos ein Fortschritt gegen früher, aber bei weitem noch nicht genug, um den notwendigen Bedarf an Lehrkräften zu decken. Die langjährige Stellung der preußischen Volksschule als Aschenbrödel hat traurige Erscheinungen gezeitigt. Die Wunden, die insbesondere das Ministerium Studt der Volksschule geschlagen hat, sind so tief, daß die Millionen, die jetzt dafür ausgegeben werden sollen, im Grunde genommen nur ein Pflästerchen sind, das die allzu ekelhaften Stellen überklebt.

Und was die Beamtenbesoldungen betrifft, so darf man nicht vergessen, daß die hierfür geforderten Summen im Grunde genommen Ausgaben sind, die zumeist aus der verkehrten Wirtschaftspolitik der Regierung resultieren. Dank dem Zolltarif und den neuen Handelsverträgen, dank dem Brot- und Fleischwucher, dessen eifrigste Befürworter im Bundesrate die Vertreter Preußens sind, haben wir es glücklich dahin gebracht, daß die unteren und eine Reihe von mittleren Beamten mit ihren Gehältern nicht mehr auskommen können, selbst wenn sie den Leibriemen noch so eng schnallen. Hierzu kommen die hohen Mietssteigerungen, an denen die preußische Gesetzgebung infolge ihrer Untätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und infolge ihres zähen Festhaltens an dem Hausbesitzerprivileg die Hauptschuld trägt. Jahrelang haben die schlecht besoldeten Beamten um eine Gehaltsaufbesserung petitioniert. Vergebens, Regierung und Junkerparlament lehnten ihre Bitten rundweg ab, ja man verbot sogar den Beamten, sich gemeinsam mit Petitionen an den Landtag zu wenden. Derselbe Landtag aber, der für die unteren Beamten nichts übrig hatte, erhöhte das Gehalt der preußischen Staatsminister in Anbetracht der veränderten Verhältnisse von 36 000 auf 50 600 M.

Die Anhänger des Dreiklassenwahlrechts suchen es so darzustellen, als ob die Arbeiter zu den Leistungen nichts beitragen und deshalb auch kein Wahlrecht haben dürften. Dieser Einwand ist so oft widerlegt, daß es überflüssig ist, näher darauf einzugehen. Nur einige Zahlen zum Beweis für die Hinfälligkeit dieses Arguments! Wie erwähnt, belaufen sich die Einnahmen nach dem neuen Etat auf 3362 Millionen. Von diesen Einnahmen aber werden nur 290 Millionen durch direkte Steuern aufgebracht. In der Hauptsache resultieren die Einnahmen aus den Betriebsverwaltungen. Allein der Etat der Eisenbahnverwaltung schließt mit einer Einnahme von 2 Milliarden, der der Bergverwaltung mit einer Einnahme von 262 Millionen. Die Junker und die sonstigen Bevorzugten werden doch nicht etwa zu behaupten wagen, daß ihre Klassengenossen es sind, durch deren Arbeit dem Staat diese gewaltige Einnahmequelle erschlossen wird. Man darf ferner nicht außer Betracht lassen, daß auch aus den Zöllen und indirekten Steuern in die preußische Staatskasse die nette Summe von 115,5 Millionen Mark fließt. In Wirklichkeit sind die Leistungen der Arbeiter an den Staat weit höher als die der Besitzenden. Nicht nach den Leistungen ist das Wahlrecht bemessen, sondern eher steht es im umgekehrten Verhältnis dazu.

Wem aber kommen die Ausgaben des Staates zu gute? In der Hauptsache den Besitzenden. Für kulturwidrige Zwecke, für persönliche Liebhabereien gewisser Kreise ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden, für Kulturaufgaben fehlt es an allen Ecken und Enden. Da finden wir z. B. im Etat der Gestütverwaltung neu eingestellt eine fortlaufende Ausgabe von 200 000 Mark anläßlich der Beteiligung der Gradizer Pferde an den Rennen und im Extraordinarium einen Zuschuß von 132 000 Mark zu Rennpreisen, im Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung ist ebenso wie im laufenden Jahre wieder ein Betrag von einer halben Million als Verstärkung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderennen vorgesehen. Das Ministerium des Innern verlangt über 8 Millionen zu allgemeinen Ausgaben im Interesse der Polizei, darunter 300 000 Mark „geheime Ausgaben im Interesse der Polizei", Ausgaben, über deren Verwendung dem Landtage niemals Rechenschaft abgelegt wird. Zur Züchtung von Spitzeln hat man Geld, für den Ausbau der Gewerbeinspektion dagegen anscheinend nicht; denn für diese wichtige Aufgabe verlangt die Regierung nur 980 900 M., ganze 37 900 M. mehr als im laufenden Jahre. Und dieser Ausgabe stehen sogar noch 43 182 M. Einnahmen aus der Nebenbeschäftigung der Gewerbeinspektionsbeamten gegenüber.

Ueber noch einmal soviel wie für die Gewerbeinspektion zahlt der preußische Staat jährlich an Renten und Entschädigungen an Fürsten und Standesherren aus, rund 1 841 530 M. Diese Summe könnte ebenso gut gespart werden wie die gesamten Ausgaben des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Höhe von 782 100 M. Preußen hat nämlich, wahrscheinlich um die guten Beziehungen zu den übrigen Bundesstaaten aufrecht zu erhalten, außer beim päpstlichen Stuhl in Rom noch Gesandte in Dresden, Hamburg, Karlsruhe, München, Oldenburg, Stuttgart, und ferner je einen Ministerresidenten in Darmstadt und Weimar. Die Tätigkeit dieser Herren wird außerordentlich gut bezahlt: Der Gesandte in Rom bezieht 60 000 M. und 15 000 M. Mietsentschädigung, der in München 45 000 M., die Gesandten in Dresden, Hamburg, Karlsruhe und Stuttgart je 30 000 M., die Herren in Darmstadt und Oldenburg arbeiten jeder für 24 000, der in Weimar sogar für nur 18 000 M. Hierzu kommen natürlich noch die üblichen Nebenausgaben.

Recht erheblich sind auch die Ausgaben, die dem Staat aus dem Polizeiwesen erwachsen. Die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgegend (Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Wilmersdorf und Lichtenberg-Boxhagen-Rummelsburg, wo am 1. April dieses Jahres eine königliche Polizeiverwaltung mit dem Sitz in Lichtenberg errichtet werden soll) kostet 23,8 Millionen, die in den Provinzen 15,8 Millionen, die Distriktskommissare in Posen 998 686 M. und die Landgendarmerie 15,6 Millionen, zusammen zirka 55 Millionen an ordentlichen Ausgaben und außerdem noch etwa 8 Millionen an einmaligen Ausgaben. Diesen Ausgaben, denen noch die oben erwähnten 8 Millionen hinzuzurechnen sind, stehen noch nicht ganz 11 Millionen an Einnahmen gegenüber.

Direkt zum Fenster hinausgeworfen wird das Geld, wenn es sich um die Hebung des Deutschtums in den Ostmarken handelt. Sehen wir von dem Etat der Ansiedelungskommission, der in Einnahme und Ausgabe mit 24 Millionen balanziert, ab, so finden wir fast in allen Etats Positionen, die dem für die Regierung so unrühmlichen Kampf gegen die Polen dienen. Es sei hervorgehoben der Dispositionsfond des Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschtums in Höhe von 2¾ Millionen Mark, der Beitrag zur Herstellung eines königlichen Residenzschlosses in Posen, dessen Kosten auf 5 350 000 Mark bemessen sind, ferner im Kultusetat der famose Fonds von 1 185 000 Mark zu widerruflichen persönlichen Zulagen an Lehrer in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen Westpreußens behufs besonderer Förderung des deutschen Volksschulwesens, und andere ähnliche Korruptionsfonds in Hülle und Fülle.

Der Kultusetat ist bereits in einem besonderen Artikel behandelt worden. Ergänzend fügen wir hinzu, daß dieser Etat auch die Ausgaben für kirchliche Zwecke enthält, die keineswegs gering sind. So finden wir im Ordinarium 208 525 M. für den evangelischen Oberkirchenrat, 1 612 000 M. für evangelische Konsistorien, 2 Millionen für evangelische Geistliche und Kirchen, 1 669 000 M. für Bistümer und die dazu gehörigen Institute, 1 392 000 M. für katholische Geistliche und Kirchen, 48 000 M. für altkatholische Geistliche und Kirchen. Das sind zusammen etwa 7 Millionen. Vergleicht man damit, daß für das Medizinalwesen nur 4,7 Millionen gefordert werden, so wird man zugeben müssen, daß das leibliche Wohl der Staatsbürger in Preußen bei weitem nicht so hoch eingeschätzt wird, wie ihr ewiges Seelenheil.

Wir lassen es genug sein mit diesen wenigen Daten. Mehr als alles andere beweist der Etat, wie wenig Preußen sich seiner Kulturaufgabe bewußt ist. Unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems haben die besitzenden Klassen und die Regierung es verstanden, den Etat so zu gestalten, wie er ihren persönlichen Interessen und den Interessen ihrer Klasse entspricht. Das Staatswohl, das angeblich durch die Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen gefährdet sein soll, ist ihnen Nebensache, ihr eigenes Wohl gilt ihnen als höchstes Gesetz. „Der Staat sind wir!" sagen die Junker und Junkergenossen, die an der Staatskrippe sitzen und ihre Macht in der schmählichsten Weise mißbrauchen.

Wie lange soll das Volk es noch ruhig mit ansehen, daß in dieser Weise in Preußen gewirtschaftet wird? Wie lange soll es sich noch gefallen lassen, daß die wichtigsten Kulturaufgaben leiden, weil es den herrschenden Klassen an dem Willen fehlt, die hierfür erforderlichen Gelder zu bewilligen? Die Arbeiterklasse hat es satt, noch länger die Rolle der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu spielen, sie fordert den ihr gebührenden Anteil an der Gesetzgebung und sie wird nicht ruhen, bis sie ihr Ziel erreicht und die Möglichkeit erlangt hat, auch bei der Finanzgebarung Preußens ein entscheidendes Wörtchen mitzureden. —

Der Krach im Flottenverein.

Die außerordentliche Hauptversammlung des Flottenvereins in Kassel hat nach einer an wüstem Lärm überreichen Sitzung mit einem Eklat geendet. Wie von vornherein feststand, hat zwar das Präsidium seinen Rücktritt erklärt, allein auch die Bayern und ihre Anhänger sind ihres Sieges nicht froh geworden. Der Thüringische Landesverband hatte eine Resolution beantragt, durch die dem gesamten Präsidium der Dank und das vollste Vertrauen ausgesprochen wurde, da er getreu den Beschlüssen der Kölner Tagung gemäß gehandelt und das Gedeihen des Flottenvereins gefördert habe! Es versteht sich von selbst, daß die Bayern eine derartige Resolution als gröblichste Brüskierung empfinden mußten. Ja mehr noch! Wenn die Hauptversammlung dem Präsidium für sein Vorgehen ausdrücklich ihren Dank aussprach — verlor dann die ganze bayerische Attacke gegen Keim nicht jeden Sinn? Bedeutete diese Resolution nicht eine Dankadresse für Keim selbst, der doch vom Präsidium zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt worden war? Oeffnete nicht dieser Beschluß den Anhängern Keims das Hintertürchen, durch das Herr Keim, der sich vorn verabschiedete, wieder zur leitenden Stellung im Präsidium hinaufbugsiert werden konnte?!

Die Bayern protestierten denn auch sofort mit aller Energie gegen diese Resolution. Aber es half ihnen nichts. Sie wurde trotz der Drohung, daß die Annahme dieses Beschlusses sie zum Rücktritt zwinge, mit starker Mehrheit angenommen! Die Bayern verließen darauf mit ihren Anhängern den Saal. So hat die Hauptversammlung mit großem Krach geendet.

Was nun werden wird? Wird trotzdem noch eine Verständigung zwischen dem nationalliberalen Keimflügel und den Bayern kommen? Oder wird die Mehrheit des Flottenvereins es wagen, auf die fürstlichen Protektoren zu verzichten, um sich als einen unverhüllten Agitationsverein nationalliberaler Flotteninteressenten und beschäftigungsloser Militärs a. D. zu etablieren?!

Wie auch der Zwist der Flottentreiber enden mag, jedenfalls wird der Flottenverein auch weiterhin der Schrittmacher der Flottenprojekte bleiben. Und es ist noch die Frage, ob seine Wirksamkeit nicht vielleicht schlimmer ist, wenn er auf seinen Keim verzichtet und sich als „gemäßigtes" Organ für „nationale" Weltpolitik aufspielt!

Daß das Präsidium zurücktrat, war nach den Erklärungen der „Nordd. Allgem. Zeitung", daß das Bleiben Keims die Niederlegung des Protektorats des Prinzen Heinrich zur Folge haben werde, selbstverständlich. Aber Herr Keim und seine Freunde konnten sich's nicht verkneifen, auf die in den höchsten Regionen eingetretenen Sinnesänderungen hinzuweisen. In offener Sitzung, erklärte Keim, habe ihm der Fürst Bülow für seine Wahlagitation gedankt. Andere hätten es auch getan. (Wohl eine diskrete Anspielung auf Wilhelm II., der ja seinerzeit dem Fürsten Salm seine ganz besondere Anerkennung über die „prächtige Agitation" des Flottenvereins ausgesprochen hat!) Fürst Salm ging mit seinen Indiskretionen sogar soweit, zu erklären, daß ihm nach Köln „sehr hohe Herren" erklärt hätten, der größte Fehler des Präsidiums sei gewesen, daß es den Bayern überhaupt entgegengekommen sei! General Keim und Fürst Salm variierten also das schöne Thema, das in etwas kräftigerer Tonart schon die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" angestimmt hatte, das Lied von dem „Undank vom Hause Habsburg".

Der Führer des bayerischen Flottenvereins, Freiherr v. Würtzburg, erzählte wieder einmal, daß es „gräßlicher Unsinn" sei, zu behaupten, hinter dem bayerischen Vorstoß stehe das Zentrum. Als ob die Krise nicht ausschließlich durch die Wahlkampagne des Flottenvereins hervorgerufen worden wäre, das heißt durch den Kampf gegen das Zentrum. Erst als die Broschüren gegen Erzberger usw. durch die Vermittelung Keims und seiner Leute vertrieben worden waren, brach die Empörung in Bayern aus. Insofern war das Zentrum die treibende Kraft der bayerischen Opposition! Unsere preußischen Agrarier aber traten alsbald auf die Seite dieser Opposition, da sie das Zentrum ja als ihren alten, gegenwärtigen und zukünftigen Bundesgenossen schätzen! Ihnen konnte nichts am Keim liegen. Der Keim war in erster Linie der Mann der Nationalliberalen, die alle Kräfte für diesen Sachwalter des Panzerplattenkapitals eingesetzt hatten.

Der Marinismus selbst wird durch die Krise im Flottenverein nicht beeinträchtigt werden. Das Flotenrüsten geht auch so seinen Gang. Die neue Flottenvorlage ist ja bereits gesichert. Und einer weiteren Flottenvorlage, etwa um das Jahr 1910 herum, ist desgleichen bereits vom Zentrum und dem Freisinn die Bewilligung in Aussicht gestellt worden. Unter solchen Umständen ist Herr Keim, der das „Nun aber weiter" des Kaisers in Flottenvereinsagitation umsetzte, nicht mehr nötig.

Freisinniges.

Die „Vossische Zeitung", die in den letzten Tagen viel weiter nach rechts gerückt ist, als selbst die nationalliberale „National-Zeitung", bringt von angeblich hervorragender parlamentarischer Seite wieder einen Artikel gegen die Wahlrechtsbewegung. Darin wird behauptet, daß „diejenigen freisinnigen Wähler, die es direkt angeht, fast durchweg der Angelegenheit verhältnismäßig ruhig gegenüberstehen". Es sind nur „sozialliberaler Agitatoren" (warum

nicht gleich Hetzer und Wühler?), die die Kundgebungen veranstalten. Und dann natürlich die Ausländer, die Nicht-Preußen. Wirklich: die „Voss. Ztg.", und nicht die „Kreuz-Ztg." ist es, die sich darüber beklagt, daß der Süden sich in die preußischen Dinge einmenge, die er nicht verstehe. Als ob die Schande des Dreiklassenunrechts und die Erbärmlichkeit der freisinnigen Taktik nicht ganz offen zutage läge! Daß aber das Blatt überhaupt nicht das Geringste zur Förderung der Wahlrechtsbewegung tun will, geht daraus hervor, daß es mit Feuereifer **für ein unbedingtes Festhalten an der Blockpolitik** eintritt!

Es ist dabei charakteristisch, daß das Blatt jetzt nicht mehr davon zu reden wagt, daß die Voraussetzung der Blockpolitik die Erringung liberaler Errungenschaften sei, sondern daß es als einzige Voraussetzung die „Ausschaltung des Zentrumseinflusses" bezeichnet. Das heißt, die Regierung kann machen, was sie will, wenn nur Herr Wiemer statt des Herrn Spahn bewilligen darf, wobei diese Art Freisinn sich dadurch vom Zentrum unterscheidet, daß sie sich von vornherein jeder Einwirkung auf die Regierung begibt und bedingungslos Order pariert! Daß die Konservativen von dieser Taktik entzückt sind, kann nicht wundernehmen. Es vergeht auch keine Woche, in der die „Kreuz-Ztg." nicht der Freisinnigen Volkspartei Lob und Anerkennung spendet. So schreibt das Blatt in seiner Sonntagsnummer:

„Die Konservativen werden stets auf der Seite derjenigen Freisinnigen stehen, die sich in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zuverlässig zeigen. Darum gehört unsere Sympathie in diesem ihrem inneren Zwist der Richtung, die der Abgeordnete **Pachnicke** in seiner Fraktion vertritt, und selbstverständlich auch **der Freisinnigen Volkspartei**, auf deren Bundesgenossenschaft bei der Isolierung der Umsturzpartei zu rechnen ist."

In der Tat besorgt ja diese Taktik, die die „Voss. Ztg." so energisch vertritt, nur **die Geschäfte der äußersten Rechten.** Kein Wunder, daß den Konservativen der Kamm schwillt, und die „Kreuz-Zeitung" formuliert auch schon **die neuen Bedingungen**, denen sich der Freisinn zu unterwerfen haben wird. Sie sind nicht ohne: Ausschluß der Frauen aus den politischen Wahlvereinen und Versammlungen und Verbot der Teilnahme an Vereinen und Versammlungen für alle Personen bis zu 20 Jahren durch das neue Vereinsgesetz! Ebenso werden die liberalen Forderungen für die Reichsfinanzreform verhöhnt. Die „Kreuz-Ztg." erklärt sich gegen alle direkten Steuern, gegen die Ausgestaltung der Erbschaftssteuer. Das Defizit darf nur durch indirekte Steuern gedeckt werden, durch eine Tabak- und eine Biersteuer! Auch das Branntweinmonopol ist möglich, wenn den agrarischen Brennern genügend hohe Mindestpreise vom Reiche garantiert werden. Nur die Zuckersteuer soll herabgesetzt werden. Hier haben nämlich die Agrarier ein Interesse an der Vermehrung des Absatzes.

Man sieht, der Freisinn hat im Block noch einige Aufgaben zu erfüllen, und wenn er bei seiner bisherigen Taktik verharrt, werden sie ihm kaum erspart bleiben!

Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß, wer sich im Freisinn noch eine Spur politischer Klugheit bewahrt hat, sich gegen diese selbstmörderische Taktik der Führerr wendet. So schreibt heute das „Berl. Tagebl." über die Auslassungen der „Voss. Ztg.":

„Der hervorragende Parlamentarier, dessen Liberalismus etwas dünnblütig scheint, leistet sehr Hervorragendes in der Verdrehung der Tatsachen. Er weiß sehr genau, daß er und die „Liberalen" seiner Gattung gegenwärtig nur den Wunsch haben, „diejenigen freisinnigen Wähler, die es direkt angeht", von der Bewegung zurückzuhalten. Was hat der „hervorragende Parlamentarier" und was haben die ihm nahestehenden Kreise denn bisher getan, um das „gebildete Bürgertum" für die Wahlrechtsfrage zu begeistern? Haben sie schon eine einzige Versammlung einberufen, haben sie auch nur die bisher gefaßten Protestresolutionen in ihrer Presse mitgeteilt? Nichts Derartiges ist geschehen, fast die ganze liberale Wahlrechtsbewegung im Lande wird von den Organen dieser ebenso hervorragenden wie liberalen Parlamentarier totgeschwiegen und in gewundenen Artikeln wird gegen den Wahlrechtskampf im Lande Stimmung gemacht. Erfreulicherweise zeigt ein großer Teil der Wählerschaft diesmal mehr Entschiedenheit als die hervorragenden Führer. Aber man kann nicht scharf und deutlich genug auf die Taktik derjenigen hinweisen, die nichts fördern und alles verhindern möchten, um hinterher schmerzlich ausrufen zu können: „Die liberale Wählerschaft rührt sich nicht!"

Das sind sehr richtige Bemerkungen. Aber uns scheint, daß dem Freisinn nicht mehr lange Zeit zur Ueberlegung bleibt. Am Mittwoch kommt voraussichtlich die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation zur Beratung und da muß endlich **Klarheit über die Stellungnahme der Parteien** geschaffen werden. Die preußische Frage ist die deutsche Frage, und eine Trennung der Reichspolitik von der preußischen Politik unmöglich. Bülow ist im Reiche kein anderer als in Preußen, und die Unterstützung Bülows bedeutet die **Unterstützung des Wahlrechtsfeindes!** Der Freisinn kann Einfluß auf die preußische Politik gewinnen nur durch Ausnützung seiner Stellung im Reichstag. Tut er dies nicht, so zeigt er, daß es ihm nicht Ernst ist um das Recht des Volkes, daß seine eigenen Wahlrechtsanträge nur Komödie sind!

Dem Freisinn wird da kein Diplomatisieren und kein Verklausulieren nützen. **Für oder gegen Bülow, für oder gegen das Reichstagswahlrecht in Preußen!** Bülow selbst hat die Frage so gestellt, ein Ausweichen ist unmöglich. **Wer für den Fürsten Bülow ist, ist ein Feind des Volksrechts!**

Kasernenfreuden.

Von Mitte Juli bis Ende Dezember 1907 wurde die gerichtliche Bestrafung von 40 Soldatenmißhandlern bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 4 Jahre 7 Monate 22 Tage Gefängnis, 5 Monate 2 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 28 Tage gelinder Arrest, 2 Monate 1 Tag Stubenarrest, 4 Degradationen. Der Freiheitsentzug beträgt im ganzen 6 Jahre 10 Monate 23 Tage. Auf Preußen treffen 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 3 Jahre 6 Monate 22 Tage Gefängnis, 3 Monate 9 Tage mittlerer Arrest, 18 Tage gelinder Arrest, 27 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen (31 Vorgesetzte, darunter 4 Offiziere); auf Bayern 1 Monat 4 Tage Stubenarrest (2 Offiziere); auf Sachsen 11 Monate Gefängnis, 1 Monat 26 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 10 Tage gelinder Arrest, 1 Degradation (7 Vorgesetzte).

Die bestraften Offiziere sind: Der preußische Gendarmerie-Hauptmann Leopold v. Sassen einen Tag Stubenarrest, Leutnant Graf Brühl vom preußischen Ulanen-Regiment Nr. 5 14 Tage Stubenarrest, Leutnant v. Hake vom Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment 12 Tage Stubenarrest, Leutnant Elstermann von Elster 7 Monate Gefängnis und Dienstentlassung (scheint gegen den § 175 verstoßen zu haben); Hauptmann Kamin vom bayerischen 20. Infanterieregiment 24 Tage Stubenarrest, Oberleutnant Biedner vom gleichen Regiment 10 Tage Stubenarrest.

Auch im verflossenen Halbjahre konnten die Soldatenmißhandler nicht über harte Bestrafung klagen. Den preußischen Soldatenquälern aus dem Offiziersstande wurde außerdem, wie gewöhnlich, die Wohltat zuteil, daß die Oeffentlichkeit während der Verhandlung ausgeschlossen wurde. Aus Gründen der Disziplin natürlich! In Bayern scheint die militärische Disziplin nicht ein so zartes gebrechliches Pflänzchen zu sein; wenigstens werden in Bayern auch die offizierlichen Soldatenquäler öffentlich abgeurteilt. Der stolze preußische Aar hat also, wie er auch auf dem Gebiete des Wahlrechts beweist, vor der Sozialdemokratie eine viel größere Sorge als der bayerische Leu.

Im ganzen Jahre 1907 wurde die gerichtliche Bestrafung von 102 Soldatenmißhandlern bekannt. Der verhängte Freiheitsentzug belief sich auf 16 Jahre 10 Monate 9 Tage. Würden drei Soldaten einen Unteroffizier aus einem Gasthause, in dem er sich unverschämt benimmt, gewaltsam entfernen, so erhielten sie eine größere Strafe als die 102 Soldatenschinder zusammen. Nach § 106 des Militärstrafgesetzbuches müßten sie zu mindestens je 5 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Nach offizieller preußischer Anschauung befestigt ein solch empörendes Mißverhältnis zwischen der Bestrafung der Verfehlungen von oben nach unten und jener von unten nach oben die Disziplin! Würde uns eine gütige Fee die Erfüllung eines Wunsches in Aussicht stellen, so würden wir sie bitten, uns einmal ein preußisches Geheimratshirn in Tätigkeit vorzuführen. Alle Rätsel der Sternenwelt sind dagegen ja der reinste Pfifferling.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar 1908.

Viehseuchengesetz.

Aus dem Reichstag. Die Weiterberatung des Viehseuchengesetzes brachte zuerst den Genossen Scheidemann auf die Tribüne. Er betonte scharf, daß das gesamte Volk allerdings ein lebhaftes Interesse an gesundem Fleisch und gesundem Vieh habe, daß aber offenbar außer manchen nützlichen Bestimmungen zur Hebung der Volksnahrung der Gesetzentwurf Einzelheiten enthalte, die den Eindruck machen, als ob den Agrariern die paar Wünsche, die ihnen noch nicht erfüllt seien, jetzt auch bewilligt werden sollten. Die unersättliche agrarische Begehrlichkeit nach Liebesgaben sei aber zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie ihren Beruf nur mangelhaft verständen. Wie wäre es, wenn man einen Befähigungsnachweis für die Landwirtschaftsbetriebe einführen würde? — Die gefährlichste Bestimmung im Entwurf sei die Einführung des Begriffs der „giftfangenden Gegenstände". Dies sei ein so vieldeutiger Begriff, daß sich bei den Behörden sehr leicht die Praxis herausbilden könne: „Was man sonst von der Grenze nicht absperren kann, das sieht man als giftfangenden Gegenstand an."

Die antiagrarischen Ausführungen unseres Redners wurden von der Rechten mit wütendem Unbehagen aufgenommen. Dieses Unbehagen steigerte sich zu heftigem Widerspruch, als Scheidemann sich dagegen erklärte, daß den Einzelstaaten die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes überlassen werden sollten. Das ginge noch, wenn alle Staaten eine wirkliche Volksvertretung hätten; Preußen aber habe doch nur die verrückte Karikatur einer Volksvertretung. Der Präsident Graf Stolberg glaubte die Kennzeichnung des preußischen Abgeordnetenhauses nicht ohne einen Ordnungsruf hingehen lassen zu dürfen.

Es machten noch einige agrarische Redner ihrem Herzen Luft, während der freisinnige Abg. Gothein die Scheidemannschen Darlegungen durch den Hinweis darauf unterstützte, daß jetzt schon die agrarische Presse zu erreichen suche, daß eine einmal wegen Seuchengefahr gesperrte Grenze überhaupt nicht wieder geöffnet werden dürfte; daher müsse in das Gesetz gerade eine Bestimmung Aufnahme finden, die zur Wiedereröffnung der Grenze zwingt, wenn in dem gesperrten Lande die Seuchengefahr beseitigt sei.

Nachdem sich schließlich der nationalliberale Abgeordnete Wehl über die Spezialinteressen der Lohgerber an dem Gesetz verbreitet hatte, wurde der Entwurf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Morgen kommt die zweite Lesung des Majestätsbeleidigungsgesetzes an die Reihe.

Aus dem Dreiklassenparlament.

Genau eine Stunde länger als die Wahlrechtsfrage nahm heute im preußischen Abgeordnetenhause die Erörterung zweier Kapitel des landwirtschaftlichen Etats in Anspruch. Bei den Generalkommissionen unterhielt man sich lange Zeit über die Selbständigmachung der Spezialkommissare, über eine Gehaltserhöhung für die Spezialkommissionssekretäre und über die Vorbildung etlicher anderer Kategorien der unteren Mandarinenkaste. Der Landwirtschaftsminister zeigte viel guten Willen, zu helfen und zu bessern, nur wußte er noch nicht recht wie. Etwas anregender wurde die Debatte beim Kapitel der landwirtschaftlichen Schulen. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller kritisierte die vorsintflutlichen Zustände an der Berliner tierärztlichen Hochschule, mußte sich aber von irgend einem Ministerialkommissar den Ton der Kritik verweisen lassen, weil der sich für einen Blockbruder nicht ziemte. Weiter regten die Freisinnigen eine Ausdehnung des ländlichen Fortbildungsschulwesens an. Wie sehr die Regierung bemüht sein wird, diesen Wünschen ihrer treuesten Vasallen nachzukommen, zeigt die Bemerkung des Landwirtschaftsministers: daß für den Fortbildungsschulunterricht der Mädchen auf dem Lande die Fonds zur Hebung der Geflügelzucht ausreichten! Auch weigerte sich der Minister mit aller Bestimmtheit, den ostelbischen Provinzen den Fortbildungsschulzwang aufzuerlegen, den diese natürlich aus freien Stücken niemals einführen werden. Morgen geht die Debatte über den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung weiter.

Suum cuique.

Das gestrige Ordensfest hat neben so manchen anderen verdienstvollen Staatsbürgern auch verschiedenen Parlamentariern, die sich hervorragende Verdienste um das Wohl des preußischen Polizeistaates erworben haben, eine mehr oder minder schöne Ordensauszeichnung gebracht. Am schönsten ist Graf zu Stolberg-Wernigerode „dekoriert" worden; er erhielt den Roten Adlerorden zweiter Klasse, und zwar gleich mit dem Stern. Ihm reihen sich als die Nächstwürdigen an der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, der bekanntlich sein Ideal in den Menschen ohne Hirn, aber mit starken Nerven findet, Herr von Kröcher. Da er schon den Roten Adlerorden zweiter Klasse besitzt, hat er nur zur Vervollständigung seiner Würde den Stern dazu erhalten. Besonders hoch ist das Verdienst des zweiten Vizepräsidenten des Dreiklassenparlaments, des als parlamentarischen Arzpalts der nationalliberalen Scharfmacherclique bekannten Geh. Justizrat Dr. Krause, eingeschätzt worden. Er erhielt, obgleich er unseres Wissens die unteren Garnituren noch nicht besitzt, gleich den Roten Adler zweiter Güte. Minderer Qualität ist, wie es sich dem Range nach gebührt, die Auszeichnung des zweiten Vizepräsidenten des Reichstages, des freisinnigen Parteiführers und Berliner Stadtältesten Herrn Kaempf. Er muß sich mit dem Roten Adler dritter Klasse begnügen, allerdings mit der Stern- und Kronen-Beigabe.

Noch schlimmer fährt Herr Professor Dr. Paasche, trotzdem er bekanntlich als erster Vizepräsident des Reichstages figuriert. Allzu tief hat er durch seine Rede über Harden und den § 175 die preußische Staatsfestigkeit gefährdet, als daß ihm so schnell verziehen werden könnte — leer und öde bleibt die Stätte seiner Männerbrust.

Selbst die „Römlinge", die seit dem 13. Dezember 1906 wieder zu den „Erbfeinden" Deutschlands zählen, sind bedacht worden, wenn auch in Rücksicht auf das „kaudinische Joch" mit etwas weniger glänzenden Dekorationen. Herr Dr. Porsch, der schon aus der Zeit, wo noch das Zentrum Regierungspartei spielte und sich des Platzes an der Sonne kaiserlich-königlicher Huld erfreute, den Kronenorden zweiten Grades besitzt, erhielt zur Ergänzung den dazu gehörigen Stern, während Herr Spahn senior in die Lage versetzt wurde, künftig, wenn er seinen bekannten Zylinder aufbügeln läßt, um beim fünften Reichskanzler Visite zu machen, sich zugleich den Roten Adler dritter Güte mit Schleife anzuheften.

Geringer als die „Erbfeinde" Porsch und Spahn wurde trotz ihrer Blocktätigkeit das Verdienst der freisinnigen Parlamentarier um das preußische Staatswohl eingeschätzt. Sie sind mit Adlern vierter Qualität abgespeist worden. Zu den neuen Rittern dieses Ordens gehören fortan Dr. Wiemer, Dr. Mugdan, Justizrat Göhling, während Herr Stadtrat Fischbeck, Herr Oberlehrer Eichhoff und Herr Eisenbahndirektor a. D. Schrader den Kronenorden dritter Klasse erhielten. Herr Kopsch ist nicht dekoriert, da es Rot-Adler fünfter Güte noch nicht gibt.

Außerdem sind zu Rittern der vierten Klasse des Roten Adlerordens befördert Herr Liebermann von Sonnenberg, der Antisemit Lattmann und der Dichter und Redakteur Dr. Georg Oertel (von der „Deutsch. Tagesztg."). Ihre Verdienste sind also entschieden höhere, als die des Herrn Kopsch, der, wie wir hören, aus Verstimmung über die Nichtdekorierung geschworen haben soll, demnächst um einige Grade oppositioneller werden zu wollen.

Der Kaiser und die sozialdemokratischen Wahlrechts-Demonstrationen.

Am 14. Januar, also am zweiten Tage nach dem sogenannten „roten Sonntag", ließ der Kaiser, wie der „Köln. Zeitung" aus Berlin berichtet wird, die Schutzleute auf dem Schloßhofe antreten und sprach dem Polizeihauptmann Schmahen seine Anerkennung für das energische und doch taktvolle Vorgehen der Schutzmannschaft am kritischen Sonntag aus. Er wies darauf hin, daß mit Rücksicht auf die unausbleiblichen Folgen die Requirierung des Militärs unter allen Umständen bei solchen Anlässen vermieden werden solle. Auch die Kaiserin sprach der Schutzmannschaft ihren Dank aus.

Als die Demonstranten, die in der Stichwahlnacht vor dem Schlosse und dem Kanzlerpalais laute Rufe ausbrachten, unbehelligt und unverwundet nach Hause gegangen waren, dankte seinerzeit der Kaiser der Polizei für ihr „maßvolles und taktvolles" Vorgehen. Diesmal war es nicht „maßvoll, sondern „energisch". Auch die Rufe der Demonstranten waren anders. Aber der Dank an die Polizei ist geblieben. —

Zentrum und Wahlrecht.

Der ultramontane „Gladbacher Merkur" leistet sich folgende Entstellung:

„Gegen das preußische Landtagszentrum erhebt der „Vorwärts" scharfe Angriffe, **weil nicht alle seine Mitglieder für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen gestimmt hätten.** Diese Behauptung ist unrichtig. Die Zentrumsfraktion stimmte geschlossen für den freisinnigen Antrag; wenn der Freisinn namentliche Abstimmung gefordert hätte, würde dies noch klarer sich ergeben haben. Das sozialdemokratische Blatt fordert nun zu besonderer Agitation in Zentrumsgegenden auf. Bauen wir vor und unterrichten wir die Wähler. Es wäre sehr angezeigt, wenn die preußischen Abgeordneten selbst in den nächsten Wochen in ihren Wahlkreisen über die Wahlrechtsfrage sich hören lassen würden, dann finden die sozialdemokratischen Verdächtigungen keine Aufnahme mehr."

Diese Notiz ist eine echt ultramontane Entstellung dessen, was der „Vorwärts" wirklich geschrieben hat. Es fiel ihm gar nicht ein zu behaupten, daß am 10. Januar das Zentrum nicht geschlossen für den ersten Teil des freisinnigen Wahlrechtsantrages gestimmt habe. Der „Vorwärts" stellte nur fest, daß der Freisinn es unbegreiflicher Weise unterlassen hatte, den Antrag auf namentliche Abstimmung zu stellen. Denn im Falle der namentlichen Abstimmung habe sich zeigen müssen, wer von den Zentrumsabgeordneten sich der Abstimmung durch Fernbleiben geflissentlich entzogen habe.

Daß das Zentrum nicht geschlossen für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts eintritt, folgerten wir nicht aus der Haltung der Zentrumsfraktion am 10. Januar d. J., sondern aus der Tatsache, daß im Januar vorigen Jahres sich **17 Zentrumsabgeordnete geweigert hatten, den Wahlrechtsantrag des Zentrums zu unterzeichnen!**

Diese Tatsache unterschlägt die Zentrumspresse, dagegen sucht sie durch den Hinweis darauf, daß die — bei weitem nicht vollzählige! — Zentrumsfraktion am 10. Januar d. J. geschlossen für den Wahlrechtsantrag gestimmt habe, den rechtlosen Zentrumwählern Sand in die Augen zu streuen!

Unsere Genossen werden freilich diesen Zentrumsschwindel zu entlarven wissen! —

Die Protestbewegung gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf.

In Dresden nahmen am Freitag und Sonnabend sechs große Volksversammlungen Stellung zu dem von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegten Gesetz zum Vereins- und Versammlungsrecht. Alle Versammlungen waren überfüllt; überall wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die im Wortlaute mit der in den Leipziger Versammlungen angenommenen übereinstimmt. —

Ultramontane Wahlrechtsfeindschaft.

Während sich die mehr der öffentlichen Kontrolle unterstehenden ultramontanen Blätter eine gewisse Reserve auferlegen, läßt die eigentliche Kaplanspresse ihrem Haß gegen die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ungeniert die Zügel schließen. In einer Reihe Zentrumsorganen, die in den stockultramontanen Gegenden erscheinen, u. a. auch in dem in Münster erscheinenden „Westfalen" vom 15. Januar liest man:

„Freilich tritt auch hier wieder die alte Erscheinung zutage, daß die Sozialdemokratie vorgibt, hohe politische Ziele zu verfolgen, ihren Spuren aber schließlich nur der radaulustige Janhagel folgt, der Unschuldige in seine Kreise ziehend, schließlich mit blutendem Kopfe heimkehren muß. Ist auch an diesem Sonntag Blut geflossen, so ist die Polizei daran wahrscheinlich nicht schuld. Der Polizeipräsident von

Berlin hat vor den Straßendemonstrationen ausdrücklich gewarnt, und so mögen sich alle, die auch am Montag noch über Kopfschmerzen zu klagen hatten, bei der Sozialdemokratie in passender Form bedanken."

Es ist jedenfalls ein starkes Stück, angesichts einer solch' wichtigen Demonstration von Janhagel zu sprechen. Schrieb doch sogar die „Kölnische Volkszeitung", eine gewiß unverdächtige Quelle, ... „es sind nicht halbwüchsige Burschen, es sind Männer in gereiftem Alter, Männer mit ergrautem Haar, die an uns vorüberziehen!" Aber es kommt noch besser. Zum Schluß seines Elaborats verzapft der „Westfale" folgende Weisheit:

„Kein Zweifel, daß das Vorgehen der Polizei bei der Wiederholung der Demonstrationen an Entschiedenheit und Schroffheit zunehmen muß und daß schließlich auch die Frage ernste Erwägung fordert, ob gegenüber einer keck und anmaßend auftretenden revolutionären Partei **nicht auch schärfere gesetzliche Maßnahmen am Platze sind.** Daneben zeigt die Tatsache, daß auch im intelligenten Berlin Tausende dem Wahne leben, die Politik werde bei uns neuerdings auf der Straße gemacht, lediglich, **wie wenig jetzt die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen in Betracht kommen kann."**

Eine frechere Verhöhnung des Wahlrechtskampfes läßt sich wohl kaum denken!

Bittere Wahrheiten

sagt in Nr. 1 der christlich-sozialen Wochenschrift „Die Arbeit" ein Pfarrer seinen eigenen Gesinnungsgenossen in bezug auf ihre Stellung zur Sozialdemokratie. Der Geistliche meint unter anderem:

„Das würde doch wohl im Ernste niemand zu behaupten wagen, daß die dem Arbeiter nicht gerecht werdende gesellschaftliche Ordnung die gottgewollte, d. h. ein Rührmichnichtan sei. Man sagt, die soziale Bewegung ist sozialdemokratisch, und an einer sozialdemokratischen Bewegung sich zu beteiligen ist einem Christen unmöglich. Nun ist ja gewiß, daß die sozialdemokratische Partei sich der Arbeiter mit aller Macht angenommen hat und für ihre Forderungen eintritt, und es braucht uns nicht wunderzunehmen, wenn die Arbeiter der sozialdemokratischen Partei dafür dankbar sind. Anstatt darüber auf christlicher Seite zu zetern, sollte man einmal an seine Brust schlagen, und sich sagen, daß hier die Sozialdemokraten wirklich christlich gehandelt haben, und sollte ebenso handeln. Dem Arbeiter in der Geltendmachung des Rechts seiner Persönlichkeit auf allen Gebieten des Lebens zu helfen und ihn in seiner und seiner Familie wirtschaftlicher Existenz zu stützen, hat an und für sich nichts mit einer politischen Partei zu tun. Glaubt man es nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei tun zu können, so mag man es getrost von einem anderen Standpunkt aus tun, aber nicht darum von einer als berechtigt anerkannten Bewegung sich zurückziehen, weil diese Bewegung von einer politisch und religiös anders stehenden Partei mit getragen wird. Gelegenheit zur Mitarbeit an der großen sozialen Bewegung findet sich genug."

Das christlichsoziale Stöckerblatt verwahrt sich gegen diese trefflichen Ausführungen ihres geistlichen Mitarbeiters insofern, als es erklärt, es könne sich nicht mit allen diesen Anschauungen identifizieren. Für ein Hetzblättchen gegen die Sozialdemokratie muß es auch gar zu bitter sein, im eigenen Lager die Tätigkeit der Sozialdemokratie anerkennen zu hören. —

Vertauschte Rollen im Gerichtssaale.

In Hirschberg (Schles.) sollte am Dienstag gegen unseren Genossen Rob. Albert aus Breslau wegen Offiziersbeleidigung vor der Strafkammer verhandelt werden. Das erste Urteil, auf sechs Wochen Gefängnis lautend, war vom Reichsgericht aufgehoben worden. Vor Eintritt in die Verhandlung spielte sich eine sonst in Gerichtssälen nicht oder nur selten übliche Szene ab. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon-Breslau, lehnte drei der fünf Richter wegen Befangenheit ab. Diese drei böten, so begründete er den Antrag, infolge ihres Verhaltens in der ersten Verhandlung nicht die Gewähr, daß sie unparteiisch urteilten. Darauf mußten die drei abtreten und in das Nebenzimmer gehen, während drei Ersatzrichter, die man bereits vorrätig hatte, ihre Plätze einnahmen. Nunmehr beantragte der Staatsanwalt Ablehnung des Antrages, weil „keine Tatsachen vorgebracht" seien. Mit diesen Tatsachen konnte aber der Angeklagte dienen. Doch kaum hatte er sie vorzutragen begonnen, da erklärte der Vorsitzende: Es sei wohl besser, wenn die drei Abgelehnten sich das mit anhörten. Der Staatsanwalt widersprach, aber der Vorsitzende ließ die drei wieder hereinrufen. Und nun waren die Rollen vertauscht: Die in einer Reihe stehenden drei Richter waren die Angeschuldigten, und der auf der Anklagebank sitzende Sozialdemokrat war der Ankläger geworden. Genosse Albert erklärte:

In der ersten Verhandlung war der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lossau, schon vor der Verhandlung mit seinem Urteil fertig. Er sagte, nachdem ich den Sachverhalt (ein Offizier v. Wedel hatte durch Prügeln eines Hundes einen Menschenauflauf verursacht) vorgetragen: „Na ja, so sagen Sie. Die Beweisaufnahme ergibt aber ein ganz anderes Bild, wie Sie bald sehen werden!" und wie er so sprach, nickten ihm mehrere Beisitzer, wie es mir schien, zustimmend zu. Auch sonst schienen mir die Herren befangen, namentlich, wenn ich versuchte, an der Richtigkeit der Aussage des Offiziers (der Zeuge und Hauptinteressierter war) zu zweifeln. — Einer nach dem andern von den drei Richtern trat nun vor und sämtlich erklärten sie sich nicht für befangen. Der letzte aber sagte: Es ist richtig, daß ich mit dem Kopfe genickt oder eine ähnliche Bewegung gemacht habe, als der Vorsitzende seinerzeit diese Worte sprach. Aber das sollte keine Zustimmung sein. Im Gegenteil! Ich fand diese Aeußerung **sehr unvorsichtig und glaube, daß auch die übrigen Beisitzer das** empfunden haben.

Mit dieser Desavouierung des Vorsitzenden konnte natürlich der Angeklagte zufrieden sein und so nahmen alsbald die drei „Rehabilitierten" ihre Plätze wieder ein — und der Ankläger ward wieder Angeklagter. Er wurde nach fünfstündiger Verhandlung, der über 100 Zuhörer beiwohnten, aufs neue zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der oben charakterisierte Vorsitzende aber, Landgerichtsdirektor Lossau, ist inzwischen — ein merkwürdiger Zufall — befördert worden: Er ist jetzt Senatspräsident am Oberlandesgericht Marienwerder. —

Seelenqualen.

Die „Kreuz-Ztg." hat, was bei ihr ganz ungewöhnlich, Skrupeln bekommen. Einmal hat sie Bedenken, ob die Freisinnigen genug verblockt sind, um das preußische Wahlrecht vor der gebührenden Verurteilung im Reichstag zu retten. Dann aber weiß sie nicht, ob sie Bülow die Beantwortung der Interpellation anbefehlen soll oder nicht. Die konservative Etikette erheischt nämlich, daß das wichtigste politische Problem als Sache Preußens behandelt werde, die Regierung also schweigen muß. Andererseits fürchtet das Blatt, daß dann die „sozialdemokratischen Brandreden ohne authentische (!) Entgegnung unter die Massen getragen" werden. Man sieht, ein schwieriges Problem! —

Der bayerische Vorstoß wider Bülow.

Die bayerische sozialdemokratische Landtagsfraktion hat ihrer Wahlrechtsinterpellation die folgende gepfefferte Begründung beigegeben:

Die Erklärung des Reichskanzlers in der Sitzung des preußischen Landtages vom 10. Januar d. J. geht weit über den Rahmen einer preußischen Angelegenheit hinaus. Die Erklärung **hat in weiten Kreisen des bayerischen Volkes eine lebhafte Beunruhigung** hervorgerufen. Durch diesen Vorgang scheint das Reichstagswahlrecht gefährdet.

Die Einheit des Reiches und der süddeutschen Bundesstaaten beruht aber hauptsächlich auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht. Wenn der Reichskanzler dieses Wahlrecht als mit dem Staatswohl unvereinbar erklärt, so gefährdet er die Einheit des Reiches, und es erscheint diese Erklärung als eine Bedrohung der Verfassung der süddeutschen Staaten. Es muß daher von der königl. Staatsregierung verlangt werden, im Bundesrat entschieden gegen den Vorstoß Preußens Stellung zu nehmen.

Bayerische Liberale und Zentrumsleute haben bei der Beratung der Interpellation Gelegenheit, den Grad ihrer Liebe zum allgemeinen gleichen Wahlrecht vor dem bayerischen Volke zu zeigen. Auf das Resultat darf man gespannt sein. —

Sozialdemokratische Stichwahltaktik.

Ueber die Reichstagswahl in Emden-Norden an Stelle des verstorbenen Fürsten zu In- und Knyphausen schreibt der Hannoversche „Volkswille", nachdem er betont hatte, daß vor allem für den sozialdemokratischen Kandidaten gearbeitet werden müsse, folgendes:

„Sollte aber trotzdem die Sozialdemokratie auch diesmal wieder in der Stichwahl zwischen einem Freisinnigen und einem anderen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden haben, so würde sich dabei zeigen, daß die Lehren des letzten Jahres von den Arbeitern verstanden worden sind. Mögen die Herren Freisinnigen jetzt schon wissen, daß von einer unbedingten Unterstützung freisinniger Wahlkandidaturen **keine Rede** mehr sein kann! Die Partei wird in Zukunft ihre Entscheidung treffen unter sorgfältigster Berücksichtigung der politischen Situation, der Haltung der freisinnigen Fraktionen und der Person des Kandidaten.

Klarheit tut not! In Emden-Norden wird mit sozialdemokratischen Stimmen kein Mann gewählt werden, dessen Persönlichkeit nicht die vollste Garantie dafür bietet, daß er jede wahlrechtsfeindliche Partei und jede wahlrechtsfeindliche Regierung auf das allerschärfste bekämpfen wird!" —

Die gemilderte Zeugnisfolter in Bayern.

Der bayrische Justizminister hat über die Anwendung der Zeugniszwangsfolter am 8. Januar folgende Entschließung erlassen:

Es wird darüber geklagt, daß zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft auch in Fällen angeordnet werde, in denen sie eine offenbare und unnötige Härte bilde. Dem Ansehen der Rechtspflege wäre es nützlich, wenn zur Erhebung solcher Klagen möglich wenig Anlaß gegeben würde. Die Entscheidung darüber, ob die Haft anzuordnen und wie lang sie aufrechtzuerhalten sei, ist zwar innerhalb der Schranken des § 69 der Strafprozeßordnung in das freie Ermessen der Gerichte gestellt, immerhin können aber auch die Behörden der Justizverwaltung dazu beitragen, daß die Maßregel nur dann angewendet wird, wenn es die Umstände des Falles gebieterisch erheischen. Zu diesem Zwecke wird hiermit folgendes angeordnet:

1. Die Staatsanwälte und Amtsanwälte haben die Anordnung der Zwangshaft nicht zu beantragen, solange es möglich ist, den Beweis, der durch die Vernehmung des Zeugen geführt werden soll, durch andere Beweismittel zu liefern, ohne daß das öffentliche Interesse oder wichtige Interessen des Angeklagten dadurch gefährdet werden.

2. Auch wenn hiernach Gründe für die Erzwingung des Zeugnisses vorliegen, darf die Anordnung der Haft nur dann beantragt werden, wenn die sorgfältige Prüfung der Umstände des Falles ergibt, daß der in der Anordnung der Haft liegende empfindliche Eingriff in die persönliche Freiheit und das voraussichtliche Ergebnis der Maßregel **zu der Bedeutung der Sache in richtigem Verhältnisse stehen.**

3. Bestehen Bedenken dagegen, daß die Haft angeordnet oder aufrechterhalten wird, so sind in allen Fällen, in denen die Vorschriften über das Verfahren dazu Gelegenheit geben (vergl. insbesondere die §§ 83 und 351 der Strafprozeßordnung), dem Gerichte gegenüber geltend zu machen. Erforderlichenfalles ist durch Einlegung der Beschwerde auf die Aufhebung der Haft hinzuwirken.

4. Jeder Antrag auf Anordnung der Haft, der nicht von dem ersten Beamten der Staatsanwaltschaft ausgeht, bedarf seiner Genehmigung, sofern er außerhalb der Hauptverhandlung gestellt wird. In zweifelhaften Fällen ist vor der Erteilung der Genehmigung dem Oberstaatsanwalte zu berichten und seine Weisung abzuwarten. Ist der Antrag in der Hauptverhandlung gestellt worden, so ist dem ersten Beamten der Staatsanwaltschaft unverzüglich Anzeige davon zu erstatten.

Dieser Erlaß geht noch ein kleines Stückchen weiter, als der Erlaß Bülows, der vor Weihnachten herauskam. Der bayrische Justizminister weist die Staatsanwaltschaften ausdrücklich auf die Mittel hin, die sie gegen Verhängung der Zeugniszwangshaft anwenden können. Aber genügen kann der Erlaß von München ebensowenig wie der von Berlin. Die Presse hat die Abschaffung des Zeugniszwangs gegen Redakteure zu fordern. Die Einschränkungsanweise auf dem Verwaltungswege geben ihr erstmals keine Sicherung, denn noch immer kann ein Richter die Anwendung der Zeugniszwangsfolter in einem Bagatellprozeß, den ein Unternehmer gegen einen roten „Beleidiger" führt, als zu der Bedeutung der Sache in richtigem Verhältnisse stehend betrachten und zweitens ist jeder Versuch, einen Redakteur zu einer unehrenhaften Handlung zu bestimmen, dem Ansehen der Rechtspflege nicht nützlich. —

Demonstrationen in Sachsen-Altenburg.

Am Sonnabend und Sonntag fanden im ganzen Herzogtum zahlreiche Demonstrationsversammlungen gegen das altenburgische Vierklassenwahlrecht und den neuen Reichsvereinsgesetzentwurf statt, die alle einen starken Besuch aufwiesen. Nach den Referaten wurden Protestresolutionen angenommen, die an den Reichstag geschickt werden. —

Zur politischen Lage in Baden.

Ein badisches Mitglied unser Reichstagsfraktion schreibt uns:

Ihr Mannheimer Mitarbeiter begeht in der Schilderung der politischen Lage (Nr. 16) den Fehler, der nationalliberalen Fraktion ihren Abgeordneten Rebmann durch den Tod entreißen zu lassen. Dieses Mitglied des Oberschulrates lebt noch und erfreut sich einer solchen Frische und Gesundheit, daß Herr Rebmann seinem Kammerkollegen Scherer, der als Vertreter des Kreises Lörrach-Land vor zwei Jahren beim Zusammentritt der Kammer aus dem Leben schied, noch lange nicht folgen dürfte. In der Charakterisierung der Verhältnisse zur Nachwahl im Kreise Schopfheim-Schönau übersieht der Artikel etwas Wesentliches. Der vom Zentrum empfohlene, dem Bauernbund zugeteilte Kandidat, Bürgermeister Ottwald, der den Fall der nationalliberalen Hochburg herbeiführen soll, war bisher der Vertrauensmann der nationalliberalen Partei. —

Landtagswahl im Kreise Germersheim. Bei der gestrigen Landtagsersatzwahl wurde der Liberale Cronauer mit 14 Stimmen Mehrheit gewählt. Bei der Hauptwahl hatte Cronauer und sein Gegenkandidat gleiche Stimmenzahl, das Los hatte für Cronauer entschieden; das Plenum des Landtages hatte aber die Wahl für ungültig erklärt. —

Reichstags-Eintrittskarten.

Genosse Abgeordneter Schwartz ersucht uns mitzuteilen, daß für die nächsten zwei Wochen die Reichstags-Eintrittskarten, die von der Fraktion zu vergeben sind, durch Vorwerkungen vergriffen sind. Es sind so zahlreiche Anfragen für den Tag der Wahlrechts-Interpellation eingelaufen, daß eine Einzelbeantwortung unmöglich ist. —

Jagd auf Antimilitaristen.

Die Staatsanwaltschaft hat bei dem kgl. Landgericht Köln die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen sechs Anarchisten wegen antimilitaristischer Propaganda beantragt. Der Hauptangeklagte, der in Wien geborene, in Arnheim (Holland) ansässige Tischler Hörmann, wird beschuldigt, die Broschüre „Soldatenfreund", die identisch sein soll mit der seinerzeit in Berlin beschlagnahmten Broschüre „Soldatenbrevier", aus London bezogen und nach Deutschland hereingeschafft zu haben. Der Verbreitung bezw. Beihülfe sind angeklagt der Tischler L., die Schuhmacher H. und K., der Maurer L. und der Zementierer B. Die Anklage lautet auf Vergehen oder Uebertretung gegen die §§ 110, 111, 130, 360,7 49, 73, 41 und 42 des Strafgesetzbuches. Diese Paragraphen richten sich gegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen, Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten; Ziffer 7 des § 360 betrifft die unbefugte Abbildung des Landeswappens, da die Broschüren so ausgestattet gewesen sein sollen, als seien sie in einer staatlichen Druckerei gedruckt, bezw. vom Kriegsministerium herausgegeben. Von den Angeklagten befinden sich vier schon seit Wochen in Untersuchungshaft. Zwei sind ortsabwesend. Außerdem befindet sich der Bauhülfsarbeiter Kl. aus Köln-Nippes seit der nämlichen Zeit in Zeugniszwangshaft. Eine Anzahl von Hausdurchsuchungen hat in dieser Zeit stattgefunden. Dieser Tage wurden von der Kölner Kriminalpolizei wiederum zwei Personen wegen antimilitaristischer Propaganda verhaftet, nach 24 Stunden aber wieder auf freien Fuß gesetzt. —

Berichtigung. Im Leitartikel „Vom Schlachtfeld der Arbeit" der Nr. 16 ist aus Versehen nach der zweiten Tabelle folgender Satz ausgefallen: Die unerhörten Menschenopfer, welche die kapitalistische Ausbeutung jahraus, jahrein von der Arbeiterklasse fordert, rufen dringend nach reichsgesetzlicher Abhülfe.

Ungarn.

Fürs freie Wahlrecht!

Budapest, 20. Januar. (B. H.) Seitens der Führer der sozialistischen Partei wird als Demonstration gegen die angeblich auf dem Pluralsystem basierende Wahlreform die Veranstaltung eines mehrtägigen Generalstreiks in Erwägung gezogen.

Rußland.

Der zitternde Zar.

Petersburg, 19. Januar. Da man revolutionäre Anschläge befürchtet, wurde die diesjährige Feier der Wasserweihe vor dem Winterpalais, welcher bekanntlich die ganze Zarenfamilie beiwohnt, abgesagt. Die Feier soll auf einem Teiche des Schloßparks von Zarskoje Selo abgehalten werden. —

Gefängnisgreuel.

Der Dumaabgeordnete Genosse Tschcheidse erhielt von den Genossen Dschaparidse (Abg. d. 1. Duma) und Gegetschkori (Abg. d. 3. Duma) folgendes Telegramm aus Kutais (Kaukasus):

„Im Gouvernementsgefängnis haben 700 Gefangene den Hungerstreik begonnen. Das Gefängnis ist äußerst überfüllt. Es mangelt an Pritschen. Ein Teil der Gefangenen schläft auf dem Zementboden. Die Wäsche wird in den Zellen gewaschen! Die Schmutzkübel werden tagelang nicht gereinigt. Es finden Massenerkrankungen statt ... Die Badestube und Toilette sind gesperrt. Heute sind drei von den Gefangenen gestorben."

Das Elend.

Während die Reaktion durchs ganze Land schreitet, ist auch wieder der Hunger der schreckliche Gast der Dörfer geworden und selbst in den Städten holt er sich seine Opfer. Täglich kann man in der Petersburger Presse von Erfrorenen und Verhungerten lesen. Der Winter war seit langem nicht so streng wie dieses Jahr, und der Lebensunterhalt ist viel teurer geworden als in früheren Jahren. Von allen Seiten kommen Nachrichten über das Steigen der Warenpreise. So sind nach einer Statistik aus Nischni-Nowgorod die Preise dort in folgender Weise gewachsen: Weizenmehl stieg um 18,75 Proz., Roggenmehl um 59,3 Proz., Butter um 12 Proz., Fleisch um 15,5 Proz., Milch um 35,2 Proz., Reis um 36,9 Proz., Holz um 13,04 Proz. Im Verhältnis zu diesen Preisen haben sich auch die übrigen Waren verteuert. Das lastet natürlich am stärksten auf dem Budget des Mannes aus dem Volke, der bei der herrschenden Arbeitslosigkeit oft überhaupt keinen Verdienst findet.

Die Zahl der Arbeitslosen in Petersburg und den anderen Städten nimmt einen schrecklichen Umfang an. Bestellungen in der Eisenindustrie fehlen. Der Staat läßt in diesem Jahre keinen einzigen neuen Frachtwagen bauen, da die Staatsfinanzen ja im miserablen Zustand sind. Stillstand ist in allen Industriezweigen zu merken. Die Putilowschen Fabriken in Petersburg allein haben in der letzten Zeit über 2000 Arbeiter entlassen! Vom flachen Land kommen Nachrichten über die Ausbreitung des Hungers auf einem Gebiete mit 40 Millionen Menschen. Aus verschiedenen Gouvernements wird über Hungerkrankheiten, Skorbut und Typhus berichtet. Für das nächste Jahr scheint sich die Lage aber noch weiter zu verschlimmern, da bei der strengen Kälte und der Schneelosigkeit fast die ganze Wintersaat in Gefahr ist. ...

Die liebe Regierung sorgt indessen mit warmem Herzen: es sollen mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen Rubel — **14 neue Gefängnisse** gebaut werden.

Marokko.

Am Sonnabend hat im französischen Ministerrat der Finanzminister Caillaux eine eingehende Darlegung gegeben, welche Kosten aus der Verstärkung des Okkupationskorps vor Casablanca, sowie der Errichtung der Polizei in den marokkanischen Häfen für das französische Budget erwachsen würden. Die Ausgaben für das Okkupationskorps, die sich bisher auf täglich 4000 Frank beliefen, betragen nunmehr 6000 Frank. Die militärischen Maßnahmen des Generals d'Amade werden von den Ministern durchaus gebilligt. Der General hat den bestimmten Auftrag erhalten, im Schaujagebiete die Ruhe wieder herzustellen. Es wurde vollständig seinem Ermessen überlassen, in diesem oder jenem Teil des Gebietes zu operieren.

Die Kosten Frankreichs werden natürlich letzten Endes auf Marokko hängen bleiben. Der Auftrag an den General d'Amade spricht in seiner Unbestimmtheit dafür, daß die französische Regierung einen Vorwand für einen Feldzug größeren Stils schaffen will. Jedenfalls sind die weitreichenden Operationen d'Amades sehr geeignet, den marokkanischen Nationalstolz und den mohammedanischen Fanatismus stark zu erregen. —

Gewerkschaftliches.

Der achte Jahreskongreß der britischen Arbeiterpartei

London, 18. Januar.

Vom 20. bis 23. d. M. hält die britische Arbeiterpartei (Labour Party, lies: Lebber Party) ihren achten Jahreskongreß in Hull ab. Ueber 250 Delegierte sind angemeldet. Die Partei wurde bekanntlich im Jahre 1900 gegründet und besteht aus Gewerkschaften, Gewerkschaftskartellen, Arbeiterwahlvereinen und zwei sozialistischen Organisationen. Ihre zahlenmäßige Entwickelung war wie folgt:

Jahr	Zahl der Gewerkschaftsverbände	Mitglieder	Gewerkschaftskartelle	Sozialist. Organisationen	Mitglieder	Insgesamt
1900—1	41	353 070	7	3	22 861	375 931
1901—2	65	455 450	21	2	13 861	469 311
1902—3	127	847 315	49	2	13 835	861 150
1903—4	165	956 025	76	2	13 775	969 800
1904—5	158	885 270	73	2	14 730	900 000
1905—6	158	904 496	73	2	16 784	921 280
1906—7	176	975 182	83	2	20 885	998 338
1907—8	181	1 049 673	92	2	22 267	1 072 413

Die Partei ist also in einem fast ununterbrochenen Wachsen begriffen und umfaßt 50 Proz. aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Großbritanniens. Sie besitzt noch kein Programm, wohl aber eine Reihe von Resolutionen, die ihre Politik bestimmen.

Wie aus den oben gegebenen Zahlen hervorgeht, gehörten im Jahre 1900 drei sozialistische Organisationen der Arbeiterpartei an: die Sozialdemokratische Föderation, die Independent Labour Party und die Fabian Society. Die erstere trat bald aus, da sie die Arbeiterpartei zur Annahme einer sozialistischen Resolution veranlassen wollte, aber in dieser Politik nicht die Zustimmung der Mehrheit fand. Mitglieder der Sozialdemokratischen Föderation sind aber in ihrer Eigenschaft als Gewerkschafter auch fernerhin im gleichen Sinne in der Arbeiterpartei tätig. Vorläufig ist die Arbeiterpartei eine sozialpolitische Gewerkschaftspartei, die selbständig im Parlamente vorgeht und mit keiner bürgerlichen Partei verbunden ist. Es wird im nächsten Jahre wahrscheinlich nötig werden, eine Resolution durchzusetzen, die den Mitgliedern verbietet, einen Ministerposten in einer bürgerlichen Regierung anzunehmen. Denn vorläufig gilt es, die Selbständigkeit der Arbeiterfraktion so zu sichern, daß sie weder durch die Sonne der Konzessionen, noch durch die Minierarbeit der Intrigen erschüttert wird. Bleibt die Arbeiterpartei noch einige Jahre selbständig, so wird sie auch ein sozialistisches Programm annehmen.

Dem Kongresse liegen eine Menge von Resolutionen vor. Die Arbeiterpartei folgt hier dem Beispiele der Gewerkschaftskongresse, ohne die Tradition auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen. Hier scheint eine Reform notwendig zu sein. Der Kongreß würde seinem Zwecke besser entsprechen, wenn er sich auf die nächstliegenden Forderungen beschränken würde: Arbeitslosigkeit, Alterspensionen, Achtstundentag für Bergleute. Der Kongreß hat nur drei Tage zur Verfügung. Jede der drei genannten Fragen braucht zur eingehenden, ernsten Prüfung einen vollen Tag. Die als Ergebnis der Diskussion gefaßten Beschlüsse wären sodann als bindende Mandate für die Arbeiterfraktion in der kommenden Session zu betrachten.

Der Parteivorstand sieht dies auch ein und veranstaltete deshalb eine Vorkonferenz, die am 17. und 18. d. M. in Hull tagte und sich ausschließlich mit Arbeitslosigkeit und Alterspensionen beschäftigte. Eine Vorkonferenz kann indes nicht die Bedeutung eines Kongresses haben. Nach ausgesprochen sozialistischen Reden wurde auf der Vorkonferenz folgende widerspruchsvolle Resolution angenommen:

„Arbeitslosigkeit: Nach Ansicht dieser Konferenz ist die Arbeitslosigkeit nicht eine Folge der Handelspolitik und kann auch nicht durch guten Geschäftsgang beseitigt werden; die Arbeitslosigkeit ist vielmehr ein wesentliches Merkmal der gegenwärtigen wirtschaftlichen Organisation. Die Konferenz erklärt deshalb, daß das Problem der Arbeitslosigkeit nur gelöst werden kann, wenn Staat und Gemeinde von ihren gesetzgeberischen und verwaltenden Befugnissen energischen Gebrauch machen; dann durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Beschützung der Arbeiter gegen die Land- und anderen Monopole, die die ländlichen Gemeinden entvölkern, die Städte übervölkern, die Löhne herabdrücken und auf diese Weise den Anteil der reichen Müssiggänger am Nationalprodukt noch vermehren. Die Konferenz verlangt eine Verbesserung des Arbeitslosengesetzes im Sinne der von der Arbeiterfraktion eingebrachten Vorlage."

Diese Resolution trägt das Zeichen des Kompromisses zwischen den Sozialisten und den Gewerkschaftern an der Stirn. Ob ein Kompromiß absolut nötig war, läßt sich von Außenstehenden nicht beurteilen. Es kann nur soviel gesagt werden, daß einfache Gewerkschaftskongresse über diese Frage schon konsequentere Beschlüsse gefaßt haben. Die Fassung dieser Resolution macht die früher ausgesprochene Anregung, eine Resolution gegen den Eintritt von Arbeiterführern in eine bürgerliche Regierung zu diskutieren und anzunehmen, zu einer Frage von unmittelbarer Wichtigkeit. Eine Parlamentsauflösung und Vornahme von Neuwahlen sind in den nächsten 18 Monaten wohl zu erwarten; ebenso ist höchst wahrscheinlich, daß bei der Bildung einer neuen liberalen Regierung einem oder zwei Mitgliedern der Arbeiterpartei Ministerposten angeboten werden dürften. Namen zu nennen, liegt vorläufig kein Anlaß vor.

Die andere Resolution, mit der sich die Vorkonferenz beschäftigte, betraf Alterspensionen und hatte folgenden Wortlaut:

„Die Konferenz erklärt, daß die Arbeiterklasse in der nächsten parlamentarischen Tagung vom Finanzminister erwartet, daß er sein Versprechen, Alterspensionen vorzusehen, ausführt. Die Konferenz erklärt ferner, daß nur ein solcher Plan annehmbar sein kann, der auf alle, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, angewendet wird und der zu keinen Beiträgen verpflichtet."

Dem Kongresse liegen erstens die üblichen sozialpolitischen Resolutionen vor über Fabrikinspektion, Achtstundentag, anständigere Arbeitsbedingungen in den Staatswerkstätten, ebenso rein demokratische über die Reform des Oberhauses, des Wahlrechts, der Geschworenengerichte und des Unterrichtswesens. Ferner wurden Resolutionen eingebracht, die eine tiefgehende Aenderung der Satzungen der Partei verlangen. Die Tapetenarbeiter verlangen, daß folgender Satz aufgenommen wird:

„Das Ziel der Arbeiterpartei ist, eine parlamentarische Fraktion zu bilden, die für den Sturz des gegenwärtigen, auf Konkurrenz begründeten kapitalistischen Systems und für die Einführung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln wirken soll, um den Arbeitern die Früchte ihres Schaffens zu sichern."

Das Londoner Gewerkschaftskartell verlangt, daß der Vorstand ein Programm ausarbeitet, das die von den Jahreskongressen der Partei angenommenen Beschlüsse zur Grundlage hat und auf welches sich die Kandidaten verpflichten sollen. Dasselbe Verlangen sprach die Gewerkschaft der Elektriker aus. Ein ähnliches Verlangen kam von den Gasarbeitern und dem Liverpooler Gewerkschaftskartell.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Resolution der Eisenbahner, die die Verstaatlichung der Eisenbahnen verlangen. Sie sind offenbar mit dem Ausgleich unzufrieden.

Der Verband der Mechaniker brachte eine rein sozialistische Resolution ein, die die Vergesellschaftung der Produktionsmittel verlangt. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Zeitpunkt ist gekommen, wo es notwendig ist, daß die Arbeiterpartei sich zum Ziele setzt, die Produktionsmittel zu vergesellschaften und sie von einem demokratisierten Staate im Interesse des ganzen Gemeinwesens zu verwalten; nur dadurch kann die Arbeiterklasse befreit und die soziale Gleichheit hergestellt werden."

In der Frauenwahlrechtsfrage liegen Resolutionen vor sowohl über eine Ausdehnung des herrschenden Wahlrechts auf die Frauen, wie über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle erwachsenen Männer und Frauen. Diese Resolutionen werden offenbar zu einer lebhaften Diskussion den Anlaß geben. —

Der Jahresbericht enthält auch einen kurzen Bericht der Arbeiterdelegierten zum Stuttgarter Internationalen sozialistischen Kongresse. Die Arbeiterabgeordneten Shackleton und Hudson sind der Ansicht, daß die Beratungen dieses Kongresses höchst interessant und lehrreich waren, besonders die Sitzungen des interparlamentarischen Komitees. Andererseits sei die Zahl der Kongreßteilnehmer viel zu groß; 300 Delegierte wären genügend, um über die Interessen der internationalen Arbeiterparteien zu beraten. Auch die Geschäftsordnung müßte so eingerichtet werden, daß weder zuviel deutsch noch zuviel englisch gesprochen wird. Dann müsse vermeidet werden, daß Macdonald und Shackleton keinen Zutritt zur Kommission über politische und gewerkschaftliche Aktion haben konnten, was sich nicht leicht rechtfertigen ließe, da doch die Arbeiterpartei, die größte in Betracht kommende Organisation Großbritanniens, das größte Interesse an den Beratungen dieser Kommission haben mußte. Zum Schlusse sagen die Berichterstatter:

„Diese Kongresse sind ein ausgezeichnetes Mittel, zwischen den Arbeitern aller Länder ein besseres Einverständnis zu schaffen, und sie bilden die größte Sicherheit für den Weltfrieden."

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik der Kollegen in der Motorfahrzeugfabrik in Reinickendorf dauert unverändert fort. Zuzug ist fernzuhalten.

Auch der Streik in der optischen Werkstatt O. K. Rixdorf dauert fort. Die Firma, die in Berlin Ersatz nicht finden kann, sucht in Schwäbisch-Gmünd und anderen bekannten Städten der Goldwarenindustrie Arbeitswillige. Hierbei ist dasselbe zu beobachten wie in vielen anderen Fällen auch. Die Firma bietet den fremden Arbeitskräften, deren Leistung sie gar nicht kennt, 45 M. Wochenlohn nebst freier Fahrt. Das ist weit mehr, als die leistungsfähigen Streikenden jemals verdient haben. Und da die Firma den Streikenden von dem geringeren Verdienst noch Abzüge machen wollte, ist ja wohl ohne weiteres bewiesen, wie berechtigt der Streik unserer Kollegen ist.

Wir ersuchen die Kollegen überall, so lange dieser Streik dauert, jedes Arbeitsangebot dieser Firma abzulehnen.

Arbeiterfreundliche Blätter ersuchen wir um Nachdruck.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Zur gewerkschaftlichen Einigung.

Am Sonntag den 19. Januar tagte im Englischen Garten eine stark besuchte Versammlung der Freien Vereinigung der Staaker Berlins und Umgegend. Nach Erstattung des Kassenberichtes gaben die Delegierten Christoph und Duple den Bericht von der 3. Konferenz der Freien Vereinigung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands. Der Bericht betraf speziell die Verschmelzung mit dem Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands. Die Delegierten empfahlen die dort gefaßten Beschlüsse anzunehmen und unterbreiteten folgende Resolution:

„Die heutige Generalversammlung der Freien Vereinigung der Staaker Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der 3. Konferenz der Bau-, Erd- und gewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands und erklärt sich mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden.

Die Versammelten erkennen die Notwendigkeit einer Einheitsorganisation um so mehr an, damit dem brutalen Vorgehen des koalierten Unternehmertums ein ebenso geschlossenes Vorgehen von Arbeitnehmerorganisationen entgegengestellt werden kann. Deshalb verpflichten sich die Anwesenden, mit aller Energie dafür einzutreten, daß die Konferenzbeschlüsse zur Durchführung gebracht werden. Weiter verpflichten sich die Versammelten, auch fernerhin, soviel in ihren Kräften steht, organisatorisch tätig zu sein und für unsere Ideen zu wirken, damit der Arbeiterbewegung immer neue Kämpfer zugeführt werden."

Die Diskussion war eine ausgiebige. Es wurden Bedenken gegen die Verschmelzung geltend gemacht, auch wurden zwei Anträge eingebracht, zunächst den 8. Kongreß der Fr. V. d. G. abzuwarten, andererseits sich dieser Korporation als lokale Organsation anzuschließen. Nachdem die genügende Aufklärung gegeben und die Bedenken zerstreut waren, wurde die vorgelegte Resolution gegen eine Stimme angenommen.

Es erfolgt nunmehr laut Konferenzbeschluß der Uebertritt am 1. März 1908. Es wurden dann noch Christoph und Bliesenick als Delegierte zum 8. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften gewählt. Weiter wurde auf Antrag beschlossen, für den Monat Februar keine Beiträge zu zahlen, damit ein jeder Kollege sein Mitgliedsbuch beim Uebertritt in Ordnung hat. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde dann die Versammlung geschlossen.

•

Auch durch die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend, die am 12. d. M. im selben Lokal zu der Verschmelzung mit dem Verbande Stellung nahm, wurden die Konferenzbeschlüsse gegen drei Stimmen angenommen.

Die Großbäckerei Carl Hanke, bisher Hauptgeschäft Simon-Dach-Straße 12, hat den Betrieb eingestellt und alle organisierten Bäcker entlassen. Der Bruder des bisherigen Inhabers, Bäckermeister August Hanke, der die Forderungen der Organisation nicht bewilligt hat und zurzeit außerdem noch eine Bäckerei in der Rheinsberger Straße besitzt, hat nun unter Beibehaltung der Firma „Carl Hanke" das Geschäft weiter betrieben. Die neue Bäckerei befindet sich Gabriel-Max-Straße 16, die Filialen sind größtenteils noch dieselben. Der neue Inhaber hat die Forderungen bisher nicht bewilligt und hat neue, unorganisierte Gesellen eingestellt. Die Großbäckerei Carl Hanke, Inhaber August Hanke, ist daher gesperrt.

Verband der Bäcker und Konditoren.

An die Wahlvereins- und Gewerkschaftsvorstände resp. Vergnügungskomitees

richten wir die Bitte, uns dadurch zu unterstützen, daß sie sich von den Musikern die Kontrollkarte zeigen lassen. Dieselbe ist grün und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Karten ohne Stempel sind ungültig und sind sofort anzuhalten. — Die Kontrollkarte ist in jedem Vierteljahr von anderer Farbe und sind unsere Mitglieder verpflichtet, dieselbe bei sich zu tragen und auf Verlangen vorzuzeigen.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Musiker.

Deutsches Reich.

Achtung, Schiffbauer!

Wegen Maßregelung von drei Kollegen haben sämtliche Schiffbauer sowie Hülfsarbeiter der Schiffswerft Kubler resp. Muggelberg in Ketschendorf bei Fürstenwalde die Arbeit niedergelegt. Zuzug für Schiffbauer, Hülfsarbeiter, Tischler, Schlosser und Schmiede ist streng fernzuhalten.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Vereinigung der Schiffbauer und im Betriebe verw. Arbeiter Deutschlands. (Sitz Berlin.)

Achtung, Werkzeugmacher!

In der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Wittenau sind die gesamten Werkzeugmacher gemaßregelt wordn.

Der Betrieb ist gesperrt und ist Zuzug fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Ausstände in Luxuswagenfabriken. Bei der bekannten Firma Utermöhle in Köln sind die Arbeiter ausgesperrt worden, weil sie eine Verlängerung der Arbeitszeit von 9½ auf 10 Stunden bei gleichbleibendem Tageslohn ablehnten. Die Firma hat in Hildesheim einen Filialbetrieb. Als den dortigen Arbeitern die Fertigstellung der in Köln liegenden Arbeiten zugemutet wurde, legten diese die Arbeit nieder und traten in den Ausstand.

Jetzt sind auch die Arbeiter der Rheinischen Karosseriewerke, vormals Papler u. Sohn in Köln, in den Ausstand getreten. Da auch ihnen die Verlängerung der Arbeitszeit von 9½ auf 10 Stunden bei gleichbleibendem Lohn angesonnen wurde. Es hat den Anschein, daß die Luxuswagenfabriken die gegenwärtige flaue Geschäftszeit benutzen wollen, um die im Frühjahr 1906 durch Vertrag abgeschaffte zehnstündige Arbeitszeit allgemein wieder einzuführen.

Gelbe Lügenbeuteleien und ihre Brandmarkung.

Im vorigen Jahre erregte der Streik bei der Nähmaschinenfabrik Seidel u. Naumann in Dresden überall wegen der besonderen Nebenumstände: Gründung eines gelben Streikbrecher-Vereins, Arbeitswilligen-Import von England, Streikpostenverbot großes Aufsehen. Die gesamte bürgerliche Presse beschäftigte sich damit und war besonders eifrig im Weiterverbreiten der zahllosen Lügen und Verleumdungen, die über den Streik und die Leiter desselben von Dresden aus fortwährend in die Welt gesetzt wurden. In diesem Kampf zeichnete sich durch einseitige Stellungnahme zugunsten der Unternehmer besonders die Dresdener sozialliberale Zeitung aus, die übrigens schon seit längerer Zeit an „Ueberfluß an — Lesermangel" sanft entschlafen ist. U. a. veröffentlichte sie einen ihr angeblich von arbeitswilligen Arbeitern der Firma Seidel u. Naumann zugegangenen Brief, der in unerhörter Weise die Leiter der Metallarbeiterorganisation und das Streikkomitee verleumdete und seinerzeit auch in den Spalten der übrigen kapitalistischen Presse Eingang gefunden hat. In diesem traurigen Machwerk, dessen intellektuelle Urheber ganz andere Leute wie Arbeiter waren, wurde dem Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes in Sachsen Haack vorgeworfen, er hätte nur deshalb den Streik bei der Firma Seidel u. Naumann angezettelt, um seine persönlichen Rachegelüste zu befriedigen. Er hätte die Arbeiter schon lange systematisch verhetzt. Es ist von der Gewissenlosigkeit Haacks und des früheren Bevollmächtigten der Dresdener Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes Beinkämpen die Rede. Und eine ganze Reihe anderer Gemeinheiten, u. a. auch gegen das Streikkomitee sind in diesem elenden Machwerk enthalten. Die also Angepöbelten zitierten den verantwortlichen Redakteur der verflossenen „Dresdener Zeitung" vor Gericht, da ja die Hintermänner, die Gelben, nicht zu fassen waren. Dort stellte sich denn selbstverständlich die völlige Haltlosigkeit der Verleumdungen heraus. Da den Beleidigten an einer Bestrafung des verantwortlichen Redakteurs nichts lag, sondern nur an der Feststellung der Wahrheit, so begnügten sie sich mit einer entsprechenden Erklärung im „Dresdener Volksblatt" und in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" sowie der Uebernahme sämtlicher Kosten des Verfahrens durch den Verklagten.

Sächsische Staatsrettung.

Wie Staat und Polizei den Arbeitswilligen und Unternehmern beispringen, davon gibt ein Streik der Bauarbeiter auf der großen Gußstahlhütte in Döhlen bei Dresden wieder drastische Beispiele. Wie immer, wenn irgend in Dresden oder Umgebung die Maurer in einem Kampfe mit einem Unternehmer stehen, über einen Bau die Sperre verhängen, da erscheint die Dresdener Arbeitswilligenkolonne mit ihrem Führer, einem mißglückten Bauspekulanten, auf dem Plan, um im Trüben zu fischen. Diese Kolonne lebt von systematischem Streikbruch. Auch in Döhlen hat sie sich erboten, den Retter in der Not zu spielen.

Diese Leute werden morgens in einem besonderen Eisenbahnwagen von Dresden nach Deuben transportiert, dort von der Polizei in Empfang genommen und nach der Hütte spediert. Der Heimweg vollzieht sich ebenso.

Und dabei handelt es sich bei dem Kampf nicht etwa um Forderungen der Streikenden, sondern um einen Abzug, den die Direktion in der jetzigen teuren Zeit machen wollte. Die schwarze Kolonne bekommt sogar 58 Pf. pro Stunde, während die gut eingerichteten Maurer, die jahrelang auf der Hütte gearbeitet haben, 42—45 Pf. erhielten.

Der Direktor erklärte, auf einige Tausend Mark käme es ihm in diesem Fall nicht an.

Ein echter Scharfmacher, dieser Herr Direktor, und das wird noch indirekt von Staat und Polizei unterstützt — natürlich im „Interesse der Ordnung und Sicherheit des Staates".

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Süddeutschland und die preußische Reaktion.

Stuttgart, 20. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Eine heute abend tagende Versammlung, die von etwa 2000 Personen besucht war, protestierte gegen die reaktionäre Reichsvereinsgesetzvorlage. In einer zweiten Resolution sprachen die Versammelten den preußischen Wahlrechtskämpfern ihre volle Sympathie aus. Durch seine Stellungnahme gegen das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht habe sich Fürst Bülow als Feind des Reichstagswahlrechts bekannt. Die Versammlung erblickt in der weiteren Ausübung der Kanzlerschaft durch den Fürsten Bülow eine Gefahr für die Reichseinheit. Von den Vertretern im Reichstage erwarten die Versammelten eine gebührende Zurückweisung der durch Bülow geäußerten reaktionären Anschauungen.

Auf dem Eise eingebrochen.

Mannheim, 20. Januar. (W. H.) Auf dem Neckar sind zwei Kinder im Alter von 8 und 10 Jahren beim Schlittschuhlaufen eingebrochen und ertrunken.

Die Politik der Gewalt.

Petersburg, 20. Januar. (W. T. B.) Der Zustand des außerordentlichen Schutzes für Petersburg und das Petersburger Gouvernement ist bis zum 21. Juli und der Zustand des verstärkten Schutzes in einigen Bezirken des Dongebietes ist bis zum 5. November d. J. verlängert worden.

Ein Riesenbrand.

Sidney, 20. Januar. (W. H.) Ein Großfeuer zerstörte das Warenlager der Firma David Cohen u. Co. vollständig. Viele umliegenden Gebäude wurden teilweise zerstört. Der Schaden beläuft sich auf einige Millionen Mark.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

84. Sitzung, Montag, den 20. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der ersten Beratung des Viehseuchengesetzes.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Für uns handelt es sich bei diesem Gesetzentwurf in erster Linie um die Ernährungsfrage des ganzen Volkes, um gesundes Vieh und gesundes Fleisch, ohne die die Ernährung des Volkes nicht auf die wünschenswerte Höhe gehoben werden kann. Wer nun die einzelnen Bestimmungen dieser Vorlage nachprüft, wird zugeben müssen, daß sie von unabsehbarer Tragweite sind, nicht etwa wegen der Verluste, die durch die Sperrmaßregeln der Landwirtschaft entstehen können, sondern eben wegen dieser Lebensfrage des Volkes. Aber trotz sehr zahlreicher, sehr wertvoller Bestimmungen, in denen die Vorlage die Erfahrungen eines Vierteljahrhunderts nutzt, enthält auch diese Vorlage wieder zahlreiche Einzelheiten, die den Eindruck machen, als ob die Regierung den Agrariern die paar Wünsche, deren Erfüllung ihnen bisher noch gefehlt hat, diesmal erfüllen wollte. Charakteristisch ist, daß keiner der Redner, die vor mir zu diesem Gesetze gesprochen haben, irgendwie auf diese Bestimmungen eingegangen ist. Was Zolltarif und Fleischbeschaugesetz den Agrariern noch nicht gewährt haben, das soll jetzt nachgeholt werden. Ich werde leicht den Beweis dafür führen können, daß es sich bei vielen Bestimmungen dieser Vorlage um eine **Vermehrung und Sicherung der Liebesgaben an die Agrarier** handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nebenbei enthält die Vorlage einen Passus, der eine direkte gemeingefährliche Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes bildet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Doch ich komme noch darauf zurück.

Was bringt das Gesetz zunächst? Eine Erweiterung des Kreises der Tiere, die durch das Gesetz betroffen werden, zu denen künftig auch noch Hunde, Katzen und Geflügel gehören sollen. Dem können wir ohne weiteres zustimmen. Vermehrt ist auch die Anzahl der Seuchen, die unter das Gesetz fallen, neu hinzu gekommen sind z. B. der Rotlauf der Schweine, die Hühnercholera, die Tuberkulose des Rindviehs usw. Einzelne Krankheiten darunter machen sich doch aber in diesem Gesetze recht bedenklich. Eine ganze Anzahl von Landwirten hat mir erklärt, daß es zu geradezu unerträglichen Zuständen führen würde, wenn die Anmeldepflicht für Schweineseuchen und Schweinepest aufrecht erhalten bliebe oder wenn nicht wenigstens die Strafbestimmungen gestrichen würden; denn die Schweinekrankheiten hängen von soviel Zufälligkeiten ab, daß von 20 Sachverständigen wohl 10 Schweinepest annehmen und 10 sie verneinen könnten. Noch schlimmer steht es mit der Tuberkulose, die zu erkennen die Viehzüchter oft gar nicht in der Lage sind. Dabei gebe ich ohne weiteres zu, daß die Anmeldung der Tuberkulosefälle sehr wünschenswert wäre, um der weitverbreiteten Seuche entgegenzuwirken. Stieg doch in Preußen seit 1900 die Zahl des tuberkulösen Rindviehs von 6,2 auf 19 Proz., während die Zahl der kranken Tiere in Sachsen 1903 den außerordentlich hohen Stand von 31,8 Proz. erreichte, und Abg. Lehmann nannte eine ähnlich hohe Zahl tuberkulöser Erkrankungen für Kiel und meinte, daß dort die dänische Grenze nahe sei. Die Anspielung war deutlich genug. Ich habe nicht die Absicht, das Ausland zu loben; aber gerade der dänischen Viehzucht haben wir nichts vorzuwerfen. Genau an demselben Tage, an dem der Abg. Lehmann sprach, hat der preußische Landwirtschaftsminister an die Landwirtschaftskammern ein Rundschreiben gerichtet, in dem er auf den **hohen Stand der Landwirtschaft und der Viehzucht in Dänemark** hinwies und den deutschen Landwirten empfahl, dort Landwirtschaft zu studieren. (Vielfaches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß von der Rechten auch in dieser Session wiederholt die Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk verlangt worden ist. Ich habe nie etwas Lächerlicheres gehört, als wenn gerade die Herren von der rechten Seite so außerordentlich großen Wert auf den Befähigungsnachweis für Schuster und Schneider legen. Wenn ein Schuster mir die Stiefel schlecht macht, gehe ich das nächste Mal zu einem anderen. Aber viel wertvoller wäre der Befähigungsnachweis für die Landwirte (Heiterkeit); denn da handelt es sich um die Ernährungsfrage des ganzen Volkes. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Ich weiß sehr wohl, daß der richtige Bauer, der Arbeitsbauer, der kleine landwirtschaftliche Viehzüchter, der mitten in der Praxis drinsteht, die Landwirtschaft gut kennt. Aber die Großgrundbesitzer im Osten Preußens, die von dort aus den Staat beherrschen (Unruhe und Lachen rechts), die haben zum großen Teil ihre landwirtschaftlichen Kenntnisse als Offiziere in den Kavallerieregimentern erworben. (Lebhafter Widerspruch rechts, anhaltende Unruhe.) Nicht für die Kleinmeister, sondern für die preußischen Großgrundbesitzer sollte deshalb der Befähigungsnachweis zuerst eingeführt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Zuruf rechts: Krasse Unkenntnis!)

Zurück zur Tuberkulose des Rindviehs. Die Vorlage enthält eine außerordentlich charakteristische Bemerkung über die Gefährlichkeit der Tuberkulose für unseren Viehbestand. Es heißt in der Begründung, daß es möglich wäre, die Seuchengefahr sehr wesentlich einzuschränken. Aber es heißt da weiter, daß wir nicht so viele Tierärzte haben, wie dazu nötig sind oder auch nicht soviel dafür aufwenden können. Und nachdem dies festgestellt ist, wird auch auf Seite 41 der Begründung den deutschen Viehzüchtern ein außerordentlich schwerer Vorwurf gemacht. Zunächst heißt es da: Der Schade, den die Seuche der Landwirtschaft zufügt, ist unberechenbar. Dann heißt es, und das ist der springende Punkt: „Allerdings würde es den Viehbesitzern nicht unmöglich sein — praktische Versuche haben dies bereits gezeigt — die Seuche in ihren Beständen durch geeignete Vorkehrungen ohne staatliches Einschreiten ein wenig einzuschränken. Aber auf ein allgemeines freiwilliges Vorgehen auch nur eines größeren Teiles der Viehbesitzer kann erfahrungsgemäß nicht gerechnet werden." (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird also festgestellt, daß die Viehzüchter selbst leider nicht in dem Maße der Seuche entgegentreten, wie sie könnten und müßten, und ferner, daß wir kein Geld für Tierärzte haben. Und daraus schließt man nun, daß man im Lande die Bauern schikanieren und daß man vor allem das Ausland hermetisch abschließen soll. Bauen Sie ein einziges Kriegsschiff weniger, so würden Sie Geld in Hülle und Fülle für die notwendigen Tierärzte haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im § 1 heißt es ausdrücklich, daß als verdächtig auch ein Stück Vieh anzusehen ist, bei dem die Vermutung vorliegt, daß es mit Ansteckungsstoff infiziert ist. Herr Kollege Lehmann sagte vor 8 Tagen, derjenige, der das Wort „Seuchenverdacht" geprägt habe, müsse nicht nur gehenkt, sondern auch gespießt werden. In der Sache stimme ich ihm zu, wenn auch nicht in der Strafe. Ich weiß nicht, ob dieser Strafvorschlag auf nationalliberale Grausamkeit oder sächsische Gemütlichkeit zurückzuführen ist.

Ganz unannehmbar ist der § 9 des Gesetzes. Es heißt darin: Bricht eine Seuche aus, auf die sich die Anzeigepflicht erstreckt oder zeigen sich Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, so hat der Besitzer des betroffenen Viehs unverzüglich der Polizeibehörde usw. Anzeige zu machen usw. Dann heißt es: Die gleichen Pflichten hat, wer in Vertretung des Besitzers der Wirtschaft vorsteht, wer Vieh in Obhut hat (Hirt, Schäfer, Schweizer, Viehpfleger usw.) und wer mit der Aufsicht beauftragt ist, ferner für die auf dem Transport befindlichen Tiere deren Begleiter usw. Eine ganze Anzahl von Personen sollen also verpflichtet sein, die Anzeige zu machen. Wenn dieser Paragraph Gesetz wird, so können die Leute ihres Lebens überhaupt nicht mehr froh werden. Es ist ja leider Tatsache, daß fast in jedem Dorf Rivalitäten und Feindschaft bestehen. In welche Lage geraten nun alle diese Leute, wenn sie verpflichtet sind, der Polizeibehörde eine Anzeige zu machen. Hier muß die Kommission unbedingt eine andere Fassung finden. Vielleicht könnte man sagen, daß sie verpflichtet sein sollen, dem Besitzer innerhalb einer bestimmten Frist, etwa 12 Stunden, Anzeige zu machen.

Im § 12 heißt es, nachdem von der Isolierung die Rede ist, „auf Ersuchen des beamteten Tierarztes hat der Vorsteher des Seuchenortes für die vorläufige Bewachung der erkrankten und verdächtigen Tiere sowie für die Durchführung der dringenden Maßregeln zu sorgen." Wo soll nun der kleine Bauersmann, der vielleicht eine kranke Kuh hat, diese isolieren? Es heißt hier nun, daß der Amtsvorsteher es tun soll. Ich kenne eine ganze Reihe von Orten, wo das vollständig unmöglich ist. Im § 17a werden zum Schutze gegen die ständige Gefährdung der Viehbestände durch Viehseuchen eine ganze Reihe von Maßnahmen, zirka 18, genannt. Ich stimme mit Kollegen Lehmann überein, daß dieser Paragraph viel zu sehr vom grünen Tisch aus gearbeitet ist. Wenn das alles durchgeführt werden soll, was hier steht, so ist das eine solche unglaubliche Belästigung der Landwirte, daß der Schaden dadurch viel größer wird, als der durch die Seuchen selbst entstehende. Die Eingabe des Zentralverbandes der deutschen Viehzüchter enthält sehr beachtenswerte Bemerkungen. Es soll danach unterschieden werden zwischen Maßnahmen, die einen ständigen Schutz gegen die Seuchengefahr gewähren, und solchen, die nur für die Dauer einer bestimmten Seuchengefahr gelten sollen. In einem einzigen Satz wird der springende Punkt festgelegt: „Der Seuchenherd muß ermittelt und die Seuche muß auf ihren Herd beschränkt werden". Das haben die Sozialdemokraten stets gefordert; aber Absperrungsmaßregeln der ganzen Grenze, weil irgendwo in Rußland ein Krankheitsfall sich ereignet hat, ist ein Unding. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unter den Maßnahmen des § 17a heißt es unter Nr. 15: „Regelung der Beseitigung oder der Reinigung von Abwässern und Abfällen in Gerbereien, Fell- und Häutehandlungen." Ich habe schon verschiedentlich auf die ungeheure Schädigung aufmerksam gemacht, welche die Landwirtschaft dadurch erfährt, daß die Abwässer aus Fabriken ungehindert abgeleitet werden. Man versucht nun, einen Teil der Frage, nämlich für die Abwässer von Gerbereien, hier bei Gelegenheit des Viehseuchengesetzes zu regeln; ebenso meine ich, wird es nicht allzu schwierig sein, wenn man nicht ein Reichsgesetz zur Regelung der ganzen Frage erlassen will, doch in einem anderen Gesetz die Frage der Abwässer aus den chemischen Fabriken zu regeln.

Der § 19 des Gesetzes stellt

eine Beschränkung des Vereinsrechts

dar. Es heißt im § 19: „Beschränkungen des Personenverkehrs innerhalb der Räumlichkeiten, (Gehöft, Stall, Standort, Hofraum, Weidefläche, Viehausstellung, Marktplatz usw.) in denen sich derartige Tiere befinden." Hierzu kommt weiter in Betracht § 44a: „Für einen verseuchten Ort oder einen bestimmten gefährdeten Bezirk kann der Verkehr von Personen auch in Räumlichkeiten, (Gehöft, Stall, Standort, Hofraum, Weidefläche, Viehausstellung, Marktplatz usw.) in denen sich für die Seuche empfängliche Tiere befinden, beschränkt oder insofern ausgeschlossen werden, als er nicht zur Wartung und Pflege des Viehes erforderlich ist." Man muß hierzu die Begründung auf Seite 72 lesen, um zu sehen, was diese Paragraphen für unser politisches Leben bedeuten. Es heißt auf Seite 72: „Deshalb sieht der neue § 44a die Zulässigkeit von Beschränkungen des Personenverkehrs nicht nur für einen verseuchten Ort, sondern auch für einen gefährdeten größeren Bezirk und nicht nur in Räumlichkeiten mit kranken oder verdächtigen, sondern auch in solchen mit für die Seuche empfänglichen Tieren vor." Den Bürgermeister möchte ich sehen, der auf Grund dieser Paragraphen nicht eine politische Versammlung unmöglich machen kann. (Unruhe rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bisher sind Versammlungen schon untersagt worden, weil die Maul- und Klauenseuche in einem Orte herrscht. Derartig weitzugehen, daß man ein Versammlungslokal, welches sich in einem größeren Gehöft befindet und das von der Straße aus zu erreichen ist, ohne daß man am Hofe oder Stalle vorbeigeht, für gefährdet erklärt, das ist nicht zu billigen. Und wir müssen es den Bürgermeistern unmöglich machen, die Bestimmungen so auszulegen. Ein solcher Abschluß des Verkehrs, wie er hier gewünscht wird, ist überhaupt nicht zu ertragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein sehr wichtiges **Kapitel dieser Gesetzesvorlage ist dasjenige**, welches die Entschädigungsfrage regelt. Bisher war sie landesgesetzlich geregelt, und nur für einzelne Seuchen wurden Entschädigungen gezahlt. Ich habe nicht ganz dahinterkommen können, ob wirklich die ganze Summe nur 5 bis 6 Millionen Mark beträgt, die im letzten Vierteljahrhundert ausgezahlt ist. Wenn aber jetzt die Entschädigungspflicht ausgedehnt werden soll in dem Maße, wie die Gesetzesvorlage es vorsieht, so werden ganz ungeheuerliche Summen dafür in Betracht kommen. Nun bin ich dafür zu haben, daß entschädigt wird. Aber das setzt voraus, daß wir eine **obligatorische Zwangsviehversicherung** einführen, wie meine Partei das auch schon früher verlangt hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Zuruf rechts: Wer soll das bezahlen?)

Eine ganz besondere Beachtung verdienen die Bestimmungen bezüglich der

Maßnahmen gegenüber dem Auslande

in den §§ 6 und 6a. Es heißt im § 6: „Die Einfuhr von Tieren, die an einer übertragbaren Seuche leiden, und von verdächtigen

Kleines Feuilleton.

Wonnen und Schmerzen eines Hoflieferanten. Ferd. Bonn hat dem ungastlichen Berlin, das ihm doch ach so viel vergnügte Possen hohen Stiles dankt, seine Meinungen und Taten während seiner Berliner Epoche (merkts, Ihr Literatur- und sonstigen Geschichtsschreiber) in Tagebuchform zu Füßen gelegt (oder an den Kopf geschmissen). Allen denkenden Zeitgenossen, die die Gnade zu schätzen wissen, Bonns Zeitgenossen zu sein, seien die „Zwei Jahre Theaterdirektor in Berlin" nachdrücklich empfohlen. Vom Umschlag an, auf dem Bonn sinnig in Rüstung und Lorbeerkranz sich darstellt, bis zur letzten Zeile gibts des Schönen, Wahren, Guten (im Sinne Bonns) fast zu viel. Was muß der verkannte Held, Reformator, Dichter alles gelitten haben! Besonders wenn man seine Hofbeziehungen betrachtet. Getreulich steht da vermerkt, wann und wie oft ein Prinz den Sherlock Holmes genoß. Einmal heißt's da: „Jeden Tag kommt jetzt ein anderer Prinz. Der Kronprinz, Eitel Fritz, die Kronprinzessin von Griechenland mit Prinz Adalbert. Prinz August Wilhelm ist jedesmal mit dabei. Sonntag 3400 M. Jetzt geht's anders rum."

Aber ach wie bald schwinden Schönheit und Gestalt. Bonn kommt's nicht unterlassen, seine Hohenzollerntrilogie „Friedrich" partout und trotz des ergangenen Verbotes zur Aufführung zu bringen. Wahrlich, ein Stoff eines Tragikers (wie Bonn) wäre es, diesen inneren Kampf des Patrioten mit dem Dichter, der auch Patriot ist, und mit dem Schicksal abzukonterfeien. (Tun Sie es doch selbst, Bonn!) Wie herrlich strahlte doch die kaiserliche Gunst am 6. März, da beim „Hunde von Baskerville" Bonns gute Tendenz und religiöse Weltanschauung gelobt wurden. Sofort erinnert Bonn an sein Schmerzenskind „Friedrich", das Frau Maria Bonn dem Kaiser bald darauf in Potsdam aufs Pferd reichen muß. Und nun folgt eine Leidensstation auf die andere. Wo Bonn dem Kaiser immer begegnet (und er begegnet ihm so oft), kämpft er wie eine Löwin für den jungen Fritz. Mit Worten, mit Blicken, mit Taumelbewegungen. . . . Nach der definitiven Ablehnung stellt sich Bonn in Homburg „dem Kaiser in den Weg". Aber Er ging vorbei und Bonn blieb allein auf einer Bank im deutschen Wald von Homburg sitzen und seine Tränen flossen in die Frühlingssonne. „Es waren dieselben, die alle geweint haben, von Wagner bis Lortzing, von Schiller bis Kleist, alle der lange lange Zug erlauchter deutscher Geister, der jetzt an mir vorbeiwallte."

So erging es diesem loyalen Manne und Dichter, der ohne sein Zutun eine Weile anerkannter Hoflieferant geworden war. Warum, Bonn, blieben Sie auch nicht bei den Detektivstücken mit religiöser Weltanschauung. Da hätten Sie es noch weit bringen können

Theater.

Neues Schauspielhaus: Wolkenkratzer. Burleske in drei Akten von Karl Rößler und Ludwig Heller. Der Theaterzettel hatte die Autorennamen verschwiegen, eine Diskretion, die bei manchen anderen Premieren der Saison mehr als bei diesem von vornherein auf alle literarischen Prätentionen verzichtenden, aber gar nicht unamüsanten Kleinigkeit geboten gewesen wäre. Das New Yorker Milieu, die groteske Art der Uebertreibung, die in einzelnen Höhenpunkten an die kalt lächelnde Unverfrorenheit Mark Twainscher Einfälle streifte, ließ anfangs ein amerikanisches Exportprodukt vermuten, bis die schwäbelnden Heimatlaute des Schwankmillionärs jeden Zweifel hinsichtlich des Ursprungslandes beseitigten. Der Ulk bewegt sich, wie nicht anders zu erwarten, durchaus im Kreis des Stereotypen, Allbekannten, dessen, was nun einmal als Niederschlag unübersehbar vieler, richtiger oder falscher Eindrücke und Anekdoten in Europa als „amerikanisch" gilt. Zur Ausgestaltung irgend einer halbwegs plausiblen lustspielmäßigen Handlung oder auch nur Einzelfigur hat es nicht gelangt. Aus dem vorhandenen Vorrat sind einfach durch Umschmelzung ein paar neue Anekdoten gewonnen, die aber in der Aufmachung eines munteren und geschickten Bühnendialoges teilweise ganz ergötzlich wirkten.

Sehr drollig ist die Szene, in der die drei geschiedenen Ehemänner von Mrs. Ethel, der ältesten unter den heiratsfähigen Millionärstöchtern Cormacks, in Frack und weißer Binde anrücken, um ihr bei einer abermaligen Verlobung zu gratulieren. Jeder überreicht mit der gleichen Verbeugung seinen Strauß. Das Schicksal gemeinsamer Verlassenheit hat sie zu einem unzertrennlich festem Freundschaftsbund gekittet. Der Unerschrockene, der es als vierter mit ihr wagen will, erobert ihr und ihres Vaters Herz durch einen Coup von Ueberlebensgröße. Er wettet, daß er die Million, die Cormack an ihm als Freiersmann vermißt, in einem halben Tage schaffen würde, läßt ein Millionendepot des künftigen Schwiegervaters zum Schein verschwinden und nutzt den Kurssturz der Papiere an der Börse zu lukrativen Käufen aus. Der Alte markiert erst sittliche Entrüstung, fühlt sich dann aber auf seinem eigensten Gebiet übertrumpft und schlägt dem Neuling Halbpart vor. Auch Ethel ist zufrieden, noch sensationeller hätte sie es freilich gefunden, wenn er die Courage besessen, mit den väterlichen 20 Millionen durchzugehen. Die jüngste, direkt dem Kollege entlaufene Schwester, ein ins Amerikanische potenzierter Backfisch, erfreut ihren Papa mit einem ehemaligen österreichischen Offizier und jetzigen Kellner als Bräutigam. Der mittleren liegt ein kopfwackelnder Bonaparte-Abkömmling zu Füßen. Einsam wandelt durch den lauten Wirrwarr als Weiser aus dem Morgenlande ein beturbanter philosophischer Raja (Adolf Klein).

Herr Arndt gab die stark unwahrscheinliche Figur des gemütvoll schwäbelnden Börsenwolfs, von Herrn Borée als Diener ausgezeichnet unterstützt. Der drei Töchter nahmen sich die Damen Gisela Schneider, Zollmar und Sorger mit gutem Gelingen an. Für den starken Applaus dankte Direktor Halm im Namen der Autoren. dt.

Humoristisches.

— Die Reform des preußischen Wahlrechts. Die Behauptung, Bülow wolle das preußische Wahlgesetz nicht zeitgemäß reformieren, ist eine niederträchtige Verleumdung. Bülow hat doch Verbesserungen angekündigt, nur hat man ihn wieder nicht ausreden lassen. Tatsächlich will der Ministerpräsident eine ganze Reihe schwerwiegender Zugeständnisse machen, von denen wir nur die folgenden erwähnen:

Es wird in Zukunft gestattet sein, auch in Röllchen zur Wahlurne zu schreiten. Es steht den Wählern frei, ob sie mit Automobil, Droschke oder Trambahn zum Wahllokal fahren wollen. (Eine bemerkenswerte Konzession an den Block!) Auch die Arbeiter sollen ihr Wahlrecht haben: sie sollen nämlich, wenn sie den Raum betreten, die Wahl haben, ob sie von einem Schutzmann oder einem Bedienten hinausgewiesen werden.

Schließlich gibt Bülow noch die tröstliche Versicherung, daß Dummheit, wenn sie von einem entsprechenden Vermögen unterstützt wird, kein Wahlhindernis bildet. An unwichtigen Formsachen, wie die Einteilung in drei Klassen, Veränderungen vorzunehmen, bestand keine Veranlassung.

— Wilhelm Busch-Plutarch. Der große Humorist traf mit einem Herrn zusammen, dem die zarte Konstitution seines Söhnchens, „Block" genannt, viel Sorgen machte.

„Ja, ja," sagte Busch mitleidig, „Vater werden ist nicht schwer Vater sein dagegen sehr!" („Jugend".)

Notizen.

— Theater und Musik. Im Thalia-Theater fiel die Montagsaufführung aus. Das neue Stück, das Girardi mitbringt: „Immer oben auf", wird Mittwoch zum ersten Male gespielt. — Im Lortzing-Theater geht „Don Juan" am Donnerstag zum ersten Male in Szene.

— Professor Herm. Kretzschmar, der Lehrer für Musikwissenschaft an der Berliner Universität, beging am 19. Januar seinen 60. Geburtstag. Der treffliche Musikpädagoge, dessen bekannter „Führer durch den Konzertsaal" Fachleuten wie Laien ein willkommenes Handbuch geworden ist, erkrankte Tags zuvor an der Influenza, so daß die ihm zugedachten Ehrungen verschoben werden mußten.

— Was ein Ei aushalten kann. Von einem besonders empfindlichen Menschen sagt man wohl, er müsse so vorsichtig behandelt werden wie ein rohes Ei. Dazu bemerkt der „Kosmos": Die dünne Eierschale, auf die im Durchschnitt 10 bis 11 Proz. des Eigewichts kommen, ist gegen Stöße, zumal gegen seitliche, allerdings sehr empfindlich, dagegen besitzt sie eine erstaunlich große Widerstandsfähigkeit gegen jeden Druck. Durch neuere wissenschaftliche Versuche wurde die Widerstandsfähigkeit der Schale von Hühnereiern geprüft, und zwar zunächst gegen mechanischen Druck zwischen den beiden Polen. Das durch eine kleine Oeffnung entleerte und auf eine Platte gelegte Ei wurde von oben her mit Gewichten beschwert, worauf es durchschnittlich bei einer Belastung von 18 bis 34 Kilogramm zerbrach, in keinem einzigen Falle jedoch an den Enden. Behufs Feststellung der Widerstandsfähigkeit gegen hydraulischen Druck im Innern führte man in das Ei eine dünne, von einem ganz feinen Kautschukballon umgebene Hülle ein. Der Ballon konnte von außen mit Wasser gefüllt werden, bis er, die innere Schalenwand berührend, seinen Druck auf sie übertrug: erst zwischen 2¼ und 2½ Atmosphären zerbrach das Ei. Um endlich die Widerstandsfähigkeit gegen äußeren Wasserdruck zu prüfen, schloß man das Ei in einen Behälter ein, der hydraulischem Druck unterworfen wurde; dann zerbrach die Schale sogar erst bei einem Druck von 30 bis 37 Atmosphären.

Tiere ist verboten. Dasselbe gilt für die Kadaver und Teile von Tieren, die an einer übertragbaren Seuche gefallen sind . . . endlich für Gegenstände jeder Art, von denen nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß sie Träger des Ansteckungsstoffes sein können." Das ginge noch, aber nicht ein einziger der bisherigen Redner hat auf die unübersehbaren Folgen hingewiesen, die besonders der § 6a haben kann. Hier heißt es: „Zum Schutze gegen die Gefahr der Einschleppung von übertragbaren Seuchen der Haustiere aus dem Auslande kann der Verkehr mit Tieren im Grenzbezirke solchen Bestimmungen unterworfen werden, die geeignet sind, im Falle der Einschleppung einer weiteren Verbreitung der Seuche vorzubeugen." Und nun geht es weiter: „Die Bestimmungen sind, soweit erforderlich, auch auf tierische Erzeugnisse und Rohstoffe, sowie auf solche Gegenstände auszudehnen, die Träger von Ansteckungsstoffen sein können." Das ist eine Bestimmung, die meines Erachtens geradezu undurchführbar ist, wenn man nicht geradezu unglaubliche Zustände in Deutschland in bezug auf die Lebensmittelpreise herbeiführen will. In der Begründung heißt es in der Denkschrift auf Seite 11: „Eine Einschleppungsgefahr droht auch von Kadavern oder von Teilen solcher Tiere, die zur Zeit des Todes mit einer ansteckenden Krankheit behaftet oder seuchenverdächtig waren, endlich von anderen Gegenständen, die Träger des Ansteckungsstoffes einer übertragbaren Tierkrankheit sind. Für das Einfuhrverbot kommen demnach insbesondere tierische Rohstoffe, wie Fleisch, Knochen, Häute, Hörner, Hufe, Klauen, Haare, Wolle, Federn, ferner tierische Erzeugnisse wie Milch, Dünger, und als „giftfangende" Gegenstände z. B. Futtermittel (Rauhfutter, Körner, Rüben, Kaff, Kleie, Mehl), Streumaterialien, Geschirrteile, Stallgeräte, getragene Kleider, Lumpen und dergleichen in Betracht." Zu den giftfangenden Gegenständen gehört die Milch, und ohne weiteres wird man auch Butter und Eier von der Einfuhr ausschließen können; beachten Sie besonders das Wort: „und dergleichen"! Dieser Paragraph bedeutet für die Agrarier geradezu eine Wünschelrute, die niemals versagen wird. Wenn das Zollgesetz versagt, wenn das Fleischbeschaugesetz versagt, wenn die Grenzsperre versagt, so wird man sagen: hier handelt es sich um giftfangende Gegenstände, und die müssen jenseits der Grenze bleiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Es wäre das ja nicht die erste Erfahrung, die wir mit der agrarischen Politik und der agrarischen Regierung machen. Wahrscheinlich würde man auf Grund dieses Paragraphen versuchen, die Buttereinfuhr und die Eiereinfuhr nach Deutschland zu verbieten, und wir bekommen im Jahre für etwa 150 Millionen Mark Eier . . . (Präsident Graf **Stolberg** unterbricht plötzlich den Redner und schreit in den Saal: Ich bitte die Saaltüren zu schließen! — Heiterkeit.) Auch die Einfuhr von Häuten und Fellen und die ganze deutsche Lederindustrie könnte auf diesem Wege aufs schwerste gefährdet werden. Wahrscheinlich würde es nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gar nicht lange dauern, bis die russische Grenze für Gänse und Hühner gesperrt wäre, deren Einfuhr jetzt den Agrariern so außerordentlich unangenehm ist. Ich kann mich überhaupt nicht entsinnen, jemals in einem wirtschaftlichen Gesetz einen derartigen Kautschukparagraphen gefunden zu haben. Wollte man eine Parallele zu ihm suchen, so müßte man schon den groben Unfugsparagraphen anziehen. Ich schätze die Wissenschaft der deutschen Tierärzte gewiß hoch, aber die Machtvollkommenheit, die man ihnen hier in diesem Gesetz geben will, geht mir entschieden zu weit. Eine solche Machtvollkommenheit könnte man vielleicht Halbgöttern, aber nicht Menschen geben. Und auch die Tierärzte sind nur Menschen (Heiterkeit) und sogar dem Irrtum sehr unterworfen. Ich will Ihnen da einen außerordentlich krassen Fall erzählen, der besonders die Landwirte in diesem Saale interessieren wird: Ein Landwirt, dessen Name Ihnen allen bekannt ist, hatte in seinem Stall zwei Kühe stehen. Eines Tages bemerkte er an der einen mehrere kleine haarlose Flecken. Der Tierarzt wird gerufen, erklärt es für irgend eine neue Seuche, quacksalbert und schmiert drauf los — das Tier bleibt trotzdem gesund, nur die Flecke werden immer zahlreicher und größer. Schließlich legt sich der Landwirt 'mal einen Tag lang in den Stall, um der Sache auf den Grund zu gehen, und da sieht er, wie sein Esel der roten Kuh die Haare abfrißt. (Schallende, langanhaltende Heiterkeit im ganzen Hause.)

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze sollen von den einzelnen Bundesstaaten erlassen werden. Damit wären wir nur einverstanden, wenn alle deutschen Staaten eine Volksvertretung hätten. Aber gerade Preußen hat keine Volksvertretung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist allerdings ein Landtag da, aber der ist keine Volksvertretung, sondern nur

die verrückte Karikatur einer Volksvertretung.

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, fortwährender Lärm rechts.) Einem derartigen Parlament können wir es nicht überlassen, die Ausführungsbestimmungen zu irgend einem Gesetze zu erlassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **Stolberg**, von einem Schriftführer aufmerksam gemacht, unterbricht den Redner erst jetzt: Ich dulde nicht, daß Sie den preußischen Landtag die Karikatur einer Volksvertretung nennen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten), und rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. **Scheidemann** (fortfahrend): Wir können dem Gesetz nur zustimmen unter der Bedingung, daß nicht neue Liebesgaben hineingeschmuggelt werden für die schlimmsten Bauernfeinde, die preußischen Junker. (Lachen und Unruhe rechts.) So notwendig ein Viehseuchengesetz ist, viel dringender ist es, daß Maßnahmen ergriffen werden, um die deutschen Bauern zu beschützen vor der Gefahr des preußischen Junkertums, und das wirksamste Heilmittel gegen diese Gefahr ist die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe und lautes Lachen rechts, Zurufe rechts: Viehseuche! Viehseuche!)

Abg. Dr. **Höffel** (Rp.): Der Vorredner hat behauptet, daß dieses Gesetz volksfeindlich wirken werde. Das Viehseuchengesetz hat aber mit dem Preise der Lebensmittel nichts zu tun; wir sperren die Grenze ja nur aus sanitären Gründen, nicht um die Preise zu erhöhen. (Na, na! links.) Herr Scheidemann hat die Einführung des Befähigungsnachweises für die Großgrundbesitzer gefordert. Der Großgrundbesitz hat seinen Befähigungsnachweis glänzend erbracht und ist vorbildlich geworden für die ganze Landwirtschaft. (Sehr wahr! rechts.) Ich habe gelesen, daß Herr Scheidemann morgen in einer Arbeitslosenversammlung sprechen wird. Wenn er den Arbeitslosen einen guten Dienst leisten will, dann mag er ihnen raten, aufs Land zu gehen. Dort finden sie Arbeit. (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Mugdan** (frs. Vp.): Ich möchte gegenüber Herrn Scheidemann hervorheben, daß die Sperrmaßregeln keine unbedingte Verurteilung verdienen. Vielfach sind sie berechtigt und aus sanitären Gründen durchaus geboten, selbst wenn Verteuerung des Fleisches dabei eintritt. Nicht nur verseuchte, sondern auch seuchenverdächtige Tiere müssen im Interesse der Gesundheit des deutschen Viehstandes ferngehalten werden. Andererseits dürfen aber sanitäre Gründe nicht zum Vorwand genommen werden, um unbequeme Konkurrenz auszuschließen. Die Erschwerung der Einfuhr frischen, von deutschen Tierärzten zu untersuchenden Fleisches ist durchaus keine sanitäre, sondern eine agrarische Maßregel, über die sich weite Volkskreise mit Recht beschweren. Herr Scheidemann hat schon von den Gefahren der polizeilichen Vorschriften gesprochen, indessen zu schwarz gemalt. Wir sind bereit, in der Kommission an der Verbesserung der Vorlage mitzuarbeiten. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Die Einbringungsrede zu dieser Vorlage seitens der Regierung unterblieb im Plenum deshalb, weil die komplizierten Einzelbestimmungen ja doch der Kommissionsberatung vorbehalten bleiben müssen. Die Abgeordneten aller Parteien haben die Geneigtheit ihrer Fraktionen erklärt, an dem Gesetze mitzuarbeiten. Auch Herr Scheidemann. Seine Polemik gegen Junker und preußisches Landtagswahlrecht, seine Lobsprüche an die Adresse der Bauern und der Tierärzte waren ja wohl nur Ranken, die seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Gesetze verhüllen sollten.

Von verschiedenen Seiten sind die Bestimmungen als zu scharf und lästig für Handel und Verkehr bezeichnet worden. Wie sollte es aber die Regierung machen? Wenn wir auch in den letzten Jahren von Viehseuchen weniger heimgesucht worden sind als früher, so hat sich doch gezeigt, daß die bestehende Gesetzgebung nicht auf der Höhe der biologischen und veterinären Forschungen und Erfahrungen stand. Wir haben getan, was wir konnten, um das Gesetz in Einklang zu bringen mit den Erfahrungen der Forschung und der Praxis. Wenn wir uns manchmal auf noch nicht völlig bewiesene Theorien haben stützen müssen, wie der Abg. Scheidemann uns vorwarf, so ist darauf zu erwidern, daß man auch bei der Bekämpfung menschlicher Krankheiten bisweilen nicht umhin kann, noch nicht völlig bewiesene Theorien heranzuziehen. — Gelingt es nicht im ersten Moment, eine Seuche zu lokalisieren und zu unterdrücken, so entstehen aus ihrer Ausbreitung die schlimmsten Gefahren. Deshalb dürfen wir vor Maßnahmen von einer gewissen Schärfe nicht zurückschrecken. Gerade die Abwehr von Seuchen aus dem Auslande muß mit besonderer Energie betrieben werden, daher können wir die Bestimmung des § 6 nicht fallen lassen, daß schon seuchenverdächtige Tiere von der Einfuhr ferngehalten werden können. Die Bestimmung soll sich aber niemals auf ganze Kategorien von Tieren beziehen, sondern immer nur auf individuelle Tatsachen, die den Verdacht der Verseuchung absolut rechtfertigen. Uebrigens überschätzt man die Bedeutung des § 6, und wir können uns über diese Spezialfrage in der Kommission näher unterhalten.

Abg. **Bindewald** (Antis.): Die Darstellung des Abg. Scheidemann ist ganz unzutreffend; bei der Absperrung der Grenzen handelt es sich nicht um Freundlichkeiten gegen die Agrarier, sondern um die Erhaltung unseres Viehbestandes und unserer Volksgesundheit; die Absperrung kann daher gar nicht streng genug sein.

Abg. v. **Sah-Jaworski** (Pole) warnt davor, der Polizei zu weit gehende Befugnisse zu gewähren.

Abg. **Vogt-Crailsheim** (wirtsch. Vg.) ist bei der allgemeinen Unaufmerksamkeit des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Die tierärztliche Untersuchung der Viehtransporte führt dazu, daß ein Transport drei- bis viermal untersucht wird, da die Untersuchung stattfinden muß bei jedem Uebergang in einen anderen Regierungsbezirk; diese unnützen Plackereien sollte man endlich beseitigen. Die Ausdehnung der Anzeigepflicht für erkrankte Tiere auf die Angestellten ist ganz überflüssig; sie verlangt vielfach von den Leuten geradezu Unmögliches. Der Redner der Rechten, Herr Siebenbürger, hat behauptet, wir könnten die deutsche Bevölkerung durch die eigene Landwirtschaft mit dem notwendigen Rindfleisch versorgen; das ist aber ganz unzutreffend.

Abg. Dr. **Ricklin** (Els.): Unsere Landwirtschaft kann den Bedarf der deutschen Bevölkerung an Fleisch decken; sie bedarf hierzu aber des Schutzes gegen Seuchen. Damit will ich freilich nicht sagen, daß ich mit allen Bestimmungen des Gesetzentwurfes einverstanden bin, über Einzelheiten wird sich aber in der Kommission eine Verständigung erzielen lassen.

Abg. **Wehl** (natl.) bittet um größere Berücksichtigung der Lederindustrie in der Vorlage.

Damit schließt die Debatte.

Das Gesetz geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Telefunkengesetz. Zweite Lesung des Majestätsbeleidigungsgesetzes. Scheckgesetz.)

Schluß 6½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom Montag, den 20. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Arnim.

Die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt beim Kapitel Generalkommissionen.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.) tritt für eine neue Organisation der Generalkommissionen und für eine Besserstellung der Sekretäre bei diesen und bei den Spezialkommissionen sowie der Landmesser und Zeichner bei diesen Behörden ein.

Abg. v. **Bockelberg** (k.) wünscht Erwägungen darüber, ob die Generalkommissionen als besondere Behörden bestehen bleiben oder in dem allgemeinen Verwaltungsorganismus aufgenommen werden sollen.

Abg. Frhr. v. **Zedlitz** (frk.) schließt sich diesem Wunsche an.

Landwirtschaftsminister v. **Arnim**: Soweit den zutage getretenen Schäden auf dem Verwaltungswege abgeholfen werden kann, ist das bereits geschehen. Es ist weiter noch geplant, die Stellung der Spezialkommissare zu verbessern. Den allgemeinen Wünschen der Vorredner kann ich aber in solchem Umfange nicht entsprechen.

Abg. Schröder-Kassel (natl.) wünscht die Schaffung gehobener Stellen für die Sekretäre der Spezialkommissionen.

Abg. **Wiemer** (frs. Vp.) spricht sich gegen die geplante Verlegung der Spezialkommission von Nordhausen nach Heiligenstadt aus.

Landwirtschaftsminister v. **Arnim** erwidert, daß eine solche Verlegung seines Wissens nicht beabsichtigt sei.

Abg. **Heine** (natl.) wünscht bessere Ausbildung der Landmesser.

Abg. **Busch** (Z.) schließt sich diesem Wunsche an.

Abg. **Tourneau** (Z.) fordert vermehrte Rentengutsbildung zur Seßhaftmachung ländlicher Arbeiter.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel: Landwirtschaftliche Lehranstalten bemerkt

Abg. Dr. **Mäller**-Berlin (frs. Vp.): In der Kommission ist an den Minister die Frage gerichtet worden, wie er sich zu den Bestrebungen auf eine Vereinigung der Tierarzneischule mit der Landwirtschaftlichen Hochschule stelle, und er hat darauf die klare Antwort gegeben, daß er nicht daran denke. Ich möchte mich ebenfalls gegen eine solche Vereinigung aussprechen, da ich die Selbständigkeit beider Anstalten im Interesse der Studierenden und im Interesse der Forschung für das richtigste halte. Beide Anstalten sollten möglichst gut ausgestattet werden. (Beifall links.)

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.): Wir sind der Meinung, daß bei den ländlichen Fortbildungschulen mehr als bisher dahin gestrebt werden muß, sie zu Fachschulen zu machen. Erwünscht wäre auch eine Förderung der landwirtschaftlichen Buchführungsgenossenschaften. Ferner empfehlen wir eine größere Ausdehnung der Fortbildungsschulen für Mädchen auf dem Lande. (Beifall links.)

Abg. **Hirt** (k.): Die Landwirtschaftsschulen haben sich sehr gut bewährt, sie bilden wirklich praktische Landwirte heran. Die Hauptsache ist, daß die besten Lehrkräfte an ihnen wirken.

Landwirtschaftsminister v. **Arnim**: Es sollen Kurse für Volksschullehrer eingerichtet werden, um sie zu dem Unterricht an ländlichen Fortbildungschulen besser zu befähigen. Den obligatorischen Fortbildungsunterricht können wir nur einführen, wenn der betreffende Landesteil einen dahingehenden Antrag stellt, wie es z. B. seitens der Provinz Schlesien geschehen ist.

Abg. **Savigny** (Z.) verlangt mehr Mittel für die Haushaltungsschulen. Das gesamte Unterrichtswesen für die Töchter der Landwirte schwebt bisher noch in der Luft.

Landwirtschaftsminister v. **Arnim** erwidert, daß der vorliegende Etat bereits mehr Mittel für diesen Zwecke enthalte.

Abg. **Busch** (Z.): Die Haushaltungsschulen auf dem Lande sind im Interesse des sozialen Wohls sehr wichtig. Die Lösung der sozialen Frage liegt zum Teil im Kochtopf. Für die Förderung der Haushaltungsschulen ist aber die Aufwendung größerer Staatsmittel erforderlich.

Abg. Dr. **Schröder**-Kassel (natl.) spricht sich in gleichem Sinne aus.

Abg. Dr. **Heydweiller** (natl.) regt eine bessere Ausbildung der landwirtschaftlichen Wanderlehrer über die Obstverwertungsmethoden an. Die Landwirtschaftskammer zu Wiesbaden habe erklärt, den Kreisen dafür keine Mittel zur Verfügung stellen zu können.

Abg. Dr. **Faßbender** (Z.) bittet, bei den landwirtschaftlichen Lehranstalten die Ausbildung von Gärtnern mehr zu berücksichtigen.

Abg. **Hammer** (k.) wünscht die Verstaatlichung der Gärtnerlehranstalt in Dahlem.

Abg. **Fritsch** (natl.) schließt sich dem Wunsche des Vorredners an.

Ein Kommissar des Finanzministers erwidert dem Abg. Hammer, daß das Finanzministerium der Anstalt in Dahlem gegenüber stets sehr freigebig gewesen sei. Die Verstaatlichung würde nicht im Interesse der Anstalt liegen.

Abg. **Dietrich**-Thorn (frs. Vp.): Wir sind der Ansicht, daß die Ausbildung tüchtiger Gärtner und Obergärtner für den Obstbau und die Obstverwaltung am besten in Anstalten mit staatlichem Charakter erfolgt. (Beifall links.)

Abg. **Ernst** (frs. Vg.) betont die Notwendigkeit der Vermehrung der ländlichen Fortbildungsschulen.

Minister v. **Arnim** erwidert, daß nicht die Staatsregierung, sondern die einzelnen Provinzen über die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts zu entscheiden hätten. Er stehe diesem sympathisch gegenüber.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt Kapitel „Tierärztliche Fachschulen und Veterinärwesen".

Abg. Dr. **Müller**-Berlin kritisiert die vorsintflutlichen Zustände an der Berliner tierärztlichen Hochschule. Vor allem sollte man den jungen Tierärzten mehr Gelegenheit zu Studienreisen geben. Wenn sie sich in anderen Ländern umsehen, so ist dies mehr wert als der ganze Professorenaustausch, bei dem verdammt wenig heraus kommen wird. (Sehr richtig! links.)

Ein Regierungskommissar bestreitet, daß die Zustände an der Berliner Tierarzneischule so kraß seien, wie die Vorredner sie geschildert haben.

Abg. Dr. **Müller**-Berlin (frs. Vp.) erwidert, daß er diese Verhältnisse aus eigener Anschauung kenne.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.) bittet um den Erlaß einer neuen Geschäftsanweisung für die beamteten Tierärzte, in der darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß diese den Privattierärzten nicht zu große Konkurrenz bereiten könnten.

Das Kapitel wird bewilligt.

Die weitere Etatsberatung wird auf **Dienstag 11 Uhr** vertagt.

Schluß 4½ Uhr.

Parlamentarisches.

Einlauf.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause:

Zusammenstellung des Gesetzentwurfs über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen mit dem vom Hause der Abgeordneten in der dritten Beratung gefaßten Beschlüssen.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Am 25. Dezember v. J. veröffentlichten wir zahlenmäßige Angaben über den damaligen Umfang der Arbeitslosigkeit in Berlin auf Grund von Feststellungen, welche die Berliner Gewerkschaftskommission gemacht hatte. Aus diesen Feststellungen ging hervor, daß die Arbeitslosigkeit schon im Dezember eine erschreckend große Ausdehnung genommen hatte. Schon in unserem Artikel vom 25. Dezember sprachen wir die begründete Befürchtung aus, daß sich das Heer der Arbeitslosen im Januar d. J. noch bedeutend vermehren werde. Die Tatsachen haben unsere Annahme bestätigt. Es ist leider eingetreten, was wir im Dezember vorausgesehen haben: der Anfang des neuen Jahres hat eine ungeheure Vermehrung der Arbeitslosigkeit gebracht. So ungünstig die allgemeine Situation im verflossenen Dezember war, so bot doch das Weihnachtsgeschäft noch manchen eine vorübergehende Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst. Diese Gelegenheit ist nunmehr fortgefallen. Tausende sind infolgedessen zu dem großen Heere der Arbeitslosen hinzugekommen. Sie vermehren die Scharen derer, die schon zu Weihnachten mit dem Elend der Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten, treten gleich ihnen das Straßenpflaster und schauen eifrig nach einer Gelegenheit aus, die ihnen Beschäftigung und Brot bringen könnte. Solche Gelegenheit winkt aber nur wenigen, denn die Arbeitsnachweise sind von Arbeitsuchenden bevölkert, wie seit Jahren nicht, und die Nachfrage nach Arbeitern ist nur gering.

Nach der Statistik des Zentralvereins für Arbeitsnachweis kamen in Berlin auf 100 offene Stellen im November 1907 189 männliche Arbeitsuchende. Im Dezember 1907 aber kommen bei **den männlichen Arbeitsuchenden 227 und bei den weiblichen 127 auf je 100 offene Stellen.** Im Dezember 1906 waren nur 150 männliche und 90 weibliche Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen zu verzeichnen. Dasselbe Bild wie diese Verhältniszahlen geben auch die absoluten Zahlen der Statistik des Zentralvereins für Arbeitsnachweis. In allen Nachweisen, welche diesem Verein in Berlin angeschlossen sind waren eingetragen:

am 10. Dezember 1906	. . .	8 679 Arbeitsuchende
„ 15. „ 1907	. . .	11 385 „
„ 16. Januar 1908	. . .	12 448 „

Diese Zahlen beweisen, daß die Arbeitslosigkeit im Dezember 1907 erheblich größer war wie in demselben Monat des Jahres 1906 und daß die Zahl der Arbeitslosen, die im Dezember 1907 bereits vorhanden waren, im Januar 1908 weiter angeschwollen ist.

Für die einzelnen Berufe, deren paritätische Arbeitsnachweise dem Zentralverein angeschlossen sind, liegen folgende Angaben vor:

Arbeitsuchende waren eingetragen am 16. Januar 1908:

Ungelernte Arbeiter . . .	3 655
„ Arbeiterinnen .	929
Maler	850
Schlosser	360
Klempner	274
Tapezierer	400
Buchbinder, männlich . . .	306
„ weiblich . . .	156
Lederarbeiter	83
Stukkateure	165
Dachdecker	101
Maschinisten	119
Brauer	747
Holzarbeiter	3 409
Bäcker	306
Fahrstuhlführer	73
Glaser	218
Buchdrucker	300
Summa	12 448

In diesen Zahlen kommt nur ein kleiner Teil der tatsächlich vorhandenen Arbeitslosigkeit zur Darstellung, denn es sind ja nur wenige Berufsgruppen, über die der Zentralverein Auskunft geben kann. Aus dem großen Gebiet der Metallindustrie sind nur die verhältnismäßig kleinen Branchen der Schlosser und Klempner vertreten. Das Baugewerbe fehlt gänzlich bis auf die kleinen Gruppen der Dachdecker, Glaser und Stukkateure. Im Bäckergewerbe wird der paritätische Arbeitsnachweis nur wenig benutzt, denn die Arbeitsvermittelung für Bäcker liegt hauptsächlich in den Händen der Innungen. In manchen Berufen, deren Arbeitsnachweise dem Zentralverein angeschlossen sind, spielt neben der Vermittelung durch den Nachweis noch die persönliche Umschau, das Zeitungsinserat usw. eine große Rolle in der Arbeitsvermittelung. In solchen Berufen werden also viele Arbeitslose sein, die sich im Nachweis gar nicht eintragen lassen, namentlich zu einer Zeit, wie der gegenwärtigen, wo die Aussicht, durch den Arbeitsnachweis eine Stelle zu erhalten, sehr

gering ist. Aus diesen Gründen muß also die wirkliche Zahl der Arbeitslosen viel größer sein als die in den Aufstellungen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis angegebene. Diese Angaben bedürfen also der Ergänzung durch anderweite Feststellungen.

Die Gewerkschaften sind zum Teil — auf Grund der von ihnen gezahlten Arbeitslosenunterstützung — in der Lage, zahlenmäßige Angaben über den Stand der Arbeitslosigkeit zu machen. Andere Gewerkschaften, die zwar keine Kontrolle über ihre Arbeitslosen ausüben, haben doch einen so sicheren Ueberblick über die Lage in ihrem Berufe, daß ihre schätzungsweisen Angaben über die Zahl der Arbeitslosen ungefähr zutreffend sein werden. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat neuerdings wieder eine Umfrage unter den ihr angeschlossenen Gewerkschaften veranstaltet, um festzustellen, wie viele Arbeitslose am 15. Januar d. J. vorhanden waren. Wir geben in nachstehender Zusammenstellung das Wesentlichste aus den Ergebnissen der Umfrage und fügen, um einen Vergleich zu ermöglichen, aus unserem Artikel vom 25. Dezember auch die damaligen Angaben der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit am 15. Dezember hinzu.

Angaben der Gewerkschaften über die Zahl der Arbeitslosen

	am 15. Dez. 07	am 15. Jan. 08
Böttcher	30	68
Buchbinder	330	468
Buchdrucker	600	400
Buchdruckerei-Hilfsarbeiter	150	181
Glaser	110	216
Kupferschmiede	51	51
Weißgerber	69	107
Steindrucker, Lithographen	247	272
Sattler	242	313
Schuhmacher	150	150
Tabakarbeiter	102	?
Holzarbeiter	2 510	4 220
Metallarbeiter	4 475	6 711
Schmiede	—	169
Tapezierer	—	ca. 1 100
Handels- und Transportarbeiter	—	753
Barbiere	171	269
Fabrik- und Hilfsarbeiter	137	151
Portefeuiller	5	20
Bauhilfsarbeiter	ca. 3 000	ca. 3 000
Maler	ca. 3 000	ca. 3 000
Maurer	670	ca. 2 000
Putzer	—	600
Töpfer	103	807
Summa	16 492	24 826

Hiernach haben also die Gewerkschaften für den 15. Januar dieses Jahres eine Zahl von **24 826 Arbeitslosen** ermittelt. Hierin ist nur ein Teil der Zahl enthalten, welche der Zentralverein für Arbeitsnachweis angibt, nämlich derjenige Teil, der auf die ihm angeschlossenen Facharbeitsnachweise kommt. Nicht enthalten sind in der Zahl der Gewerkschaften die ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen vom Zentralverein für Arbeitsnachweis, nämlich 3655 + 929. Rechnen wir diese zu den von den Gewerkschaften angegebenen 24 826 hinzu, so erhalten wir die Zahl von **29 410 Arbeitslosen**, deren Vorhandensein mit ziemlicher Sicherheit nachgewiesen ist. Damit haben wir aber immer noch nicht den vollen Umfang der Arbeitslosigkeit ermittelt. Die Gewerkschaften, welche ihre Angaben auf Grund der durch ihre Arbeitslosenunterstützung ausgeübten Kontrolle machten, konnten natürlich nur die Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder angeben. Nahezu vollständig konnten wohl nur die Holzarbeiter die Zahl ihrer Arbeitslosen ermitteln, denn für den größten Teil dieses Gewerbes kommt nur der paritätische Arbeitsnachweis in Frage und daneben unterhält der Holzarbeiterverband einen eigenen Nachweis für einige kleine Gruppen, die nicht zur Zuständigkeit des paritätischen Arbeitsnachweises gehören. Jedoch kommt auch für das Holzgewerbe noch das Arbeitsuchen durch Zeitungsinserate in Frage, so daß auch ein Teil der Holzarbeiter keinen Arbeitsnachweis in Anspruch nehmen wird. Was die Angaben der meisten anderen Gewerkschaften betrifft, so muß berücksichtigt werden, daß sie sich in der Regel nicht auf die Mitglieder anderer Gewerkschaften und nicht auf die Unorganisierten erstrecken. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände kann man annehmen, daß gegenwärtig

mindestens 40 000 Arbeitslose in Berlin

vorhanden sind.

Es kommt übrigens weniger an auf die Feststellung der absoluten Zahl der Arbeitslosen, als vielmehr auf den Nachweis, daß die wirtschaftliche Krise in erschreckendem Maße zunimmt und daß sich die Arbeitslosigkeit, die schon im Dezember ungewöhnlich groß war, im Januar noch bedeutend vermehrt hat. Dieser Nachweis ist in vollem Umfange erbracht sowohl durch die Angaben des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, als auch durch die Angaben der Gewerkschaften, wenn auch die Zahlen an sich kein völlig erschöpfendes oder kein bis ins einzelne zutreffendes Bild der wirklichen Arbeitslosigkeit liefern.

In den Summen, welche die Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung auszahlten, spiegelt sich gleichfalls die Zunahme der Arbeitslosigkeit wider. Bei unserer Veröffentlichung am 25. Dezember lagen die Nachweise über Arbeitslosenunterstützung erst bis zum 15. Dezember vor. Jetzt haben wir eine bis zum Jahresschluß 1907 reichende Uebersicht, aus der wir folgendes hier anführen:

Arbeitslosenunterstützung zahlten:

	1907 III. Quartal	1907 IV. Quartal
Bildhauer	5 770 M.	10 328 M.
Transportarbeiter	3 785 „	16 542 „
Steindrucker, Lithographen	7 615 „	11 094 „
Sattler	5 617 „	9 602 „
Schmiede	2 232 „	3 761 „
Zimmerer	1 230 „	26 510 „
Holzarbeiter	56 390 „	133 500 „

Der Metallarbeiterverband zahlte vom 15. November bis 15. Dezember 1907 46 053 M. und vom 16. Dezember 1907 bis 15. Januar 1908 71 068 M. Arbeitslosenunterstützung aus. Der Holzarbeiterverband hat für diesen Zweck in der ersten Hälfte des Januar bereits 41 773 M. ausgezahlt. Er hat an Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1906 im ganzen 148 816 M. und im Jahre 1907 762 367 M. verbraucht. Das alles sind unwiderlegliche Beweise für die ungeheure Zunahme der Arbeitslosigkeit, die übrigens auch durch die Statistik der Krankenkassen mit unverkennbarer Deutlichkeit dargetan wird.

Im Dezember vorigen Jahres lagen uns die Angaben über die Mitgliederzahlen der Krankenkassen erst bis einschließlich November vor. Wir konnten schon damals aus der Krankenkassenstatistik nachweisen, daß die rapide Zunahme der Mitgliederzahlen vom Jahre 1904—1906 im Jahre 1907 nicht nur fast ganz aufhörte, sondern teilweise eine Abnahme der Mitgliederzahl eingetreten war. Hierdurch war ebenfalls ein Sinken der Konjunktur erwiesen, wenn auch noch nicht in dem Umfange, wie es nach den Angaben des Zentralvereins für Arbeitsnachweis und der Gewerkschaften der Fall war. Wir wiesen damals darauf hin, daß sich der Eintritt einer größeren Arbeitslosigkeit nicht sogleich in den Mitgliederzahlen der Krankenkassen bemerkbar macht, da ein großer Teil der Arbeiter auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit solange wie möglich seine Mitgliedschaft in den Krankenkassen beibehält. Die jetzt vorliegende Uebersicht über den Mitgliederstand der Krankenkassen im Dezember zeigt nun eine in den meisten Berufsgruppen sehr bedeutende Abnahme des Mitgliederbestandes und bestätigt dadurch in vollem Umfange, was durch die gewerkschaftlichen Feststellungen schon vor Weihnachten erwiesen war.

Mitgliederzahl der Krankenkassen.

Berufsgruppen	am 1. 12. 07	am 1. 1. 08	Abnahme
Steine und Erden	544	539	5
Chemische Industrie	920	906	14
Gärtnerei	548	513	35
Textilindustrie	5 084	4 969	115
Künstlerische Betriebe	6 501	6 148	353
Graphisches Gewerbe	34 599	33 820	779
Nahrungs- u. Genußmittel	34 234	33 171	1 063
Papier und Leder	22 838	21 744	1 094
Handel und Verkehr	136 867	134 269	2 598
Metall und Maschinen	154 044	151 077	2 967
Holzbearbeitung	42 343	39 051	3 292
Bekleidung	109 577	103 870	5 707
Baugewerbe	29 690	23 709	5 981
Verschiedene Berufe	134 162	125 834	8 328
Summa	711 951	679 620	32 341

In der vorstehenden Tabelle fehlt nur eine Berufsgruppe, nämlich die des Gastwirtsgewerbes, die im Dezember — wegen der Feiertage — eine geringe Zunahme von Mitgliedern aufweist. Die Zunahme beträgt 261 oder etwa 1 Proz., sie dürfte gegenwärtig einer bedeutenden Abnahme gewichen sein. Sonst ist zu der Tabelle noch zu bemerken, daß in der letzten Gruppe „Verschiedene Berufe", die Mitglieder der Berliner Allgemeinen Ortskasse sowie die Mitglieder der Ortskassen in Rummelsburg, Reinickendorf und Rixdorf zusammengefaßt sind, die sich nicht nach einzelnen Berufen sondern. Im übrigen beziehen sich die Angaben auf die in Berlin vorhandenen Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Die vorstehende Tabelle zeigt uns, daß, vom Gastwirtsgewerbe abgesehen, in allen Berufen eine Abnahme der Kassenmitglieder im Monat Dezember stattgefunden hat. Wenn aber die Krankenkassen im Dezember ein **Minus von 32 341 Mitgliedern** aufweisen, so steht fest, daß mindestens diese 32 341 Personen im Dezember arbeitslos waren. Unsere Annahme, daß wir Mitte Dezember etwa 30 000 Arbeitslose in Berlin hatten, scheint also hinter der Wirklichkeit noch etwas zurückgeblieben zu sein. Wenn erst die Krankenkassenstatistik für den Monat Januar vorliegt, wird sie zeigen, was schon jetzt durch die gewerkschaftlichen Angaben festgestellt ist: die große Zunahme der Arbeitslosigkeit vom Dezember zum Januar. Wir fürchten, daß unsere Annahme, wonach wir gegenwärtig eine Zahl von 40 000 Arbeitslosen in Berlin haben, noch hinter der furchtbaren Wirklichkeit zurückbleiben wird.

In der vorstehenden Uebersicht der Krankenkassen fehlen ja die größten mit Berlin zusammenhängenden Vororte, wie Schöneberg, Charlottenburg, Lichtenberg usw. Die Zahl der wirklich Arbeitslosen ist ja auch, wie wir schon sagten, aus bestimmten Gründen immer größer als die Zahl der aus den Krankenkassen ausgetretenen Mitglieder. Nach alledem ist die Annahme durchaus begründet, daß wir im gegenwärtigen Augenblick

in Groß-Berlin 50 000—60 000 Arbeitslose

haben.

Eine solche kolossale Ausdehnung der Arbeitslosigkeit bedeutet einen allgemeinen Notstand. Einen Notstand, der hervorgerufen und verschuldet ist durch die widersinnige privatkapitalistische Produktionsweise. Nicht aus eigener Kraft können sich die vom Elend der Arbeitslosigkeit Betroffenen aus ihrer Notlage befreien, solange die durch den unsinnigen Kapitalismus heraufbeschworene Krise herrscht, die anscheinend noch lange anhalten und ihre verheerenden Wirkungen den Arbeitern fühlbar machen wird. Angesichts eines so ausgedehnten Notstandes haben die Behörden die Pflicht, den bitteren Folgen der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu wehren. Nicht durch Almosen, sondern durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für diejenigen, welche das Unternehmertum als entbehrliche Arbeitskräfte auf die Straße geworfen hat.

Aus der Partei.

Eine Partei-Bildungsschule in Paris.

Die sozialistische Erziehungsarbeit hat bisher in Paris ziemlich im argen gelegen. Die Zerfahrenheit und theoretische Konfusion in den Organisationen war die Ursache, aber auch die Folge davon. In den zumeist von der Arbeiterschaft besuchten „Universités populaires" werden nicht wenig wertvolle Vorträge auch über volkswirtschaftliche Themen gehalten, aber im ganzen gibt dort eine systemlose Aufklärungsmeierei mit anarchistischer Kannegießerei einen gemischten Bildungssalat. Wohl nicht unbeeinflußt von dem Eifer, womit sich neuerdings die um die Revue „Mouvement Socialiste" gescharte syndikalistische Gruppe der Propaganda ihrer Anschauungen zugewendet hat, hat sich in der letzten Zeit eine Anzahl von Mitgliedern der geeinigten sozialistischen Partei daran gemacht, eine Parteischule zu gründen. Die Aufgabe, die sie sich gestellt haben, ist vor allem praktischer Natur. Einerseits sollen die sozialistischen Prinzipien in ihrer, schon vollbrachten oder noch zu vollbringenden Anwendung und in deren verschiedenen Methoden erörtert werden. Als die ersten hier zu behandelnden Fragen nennt das Programm: Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus, das Kommunalprogramm, neutrales und sozialistisches Genossenschaftswesen, Antimilitarismus und internationale Aktion. Dieser Kurs, der sozusagen seminaristische Uebungen pflegen soll, wird nur Parteigenossen zugänglich sein. Daneben aber ist noch ein zweiter Kurs errichtet, der einen Elementarunterricht in den theoretischen Grundfragen und in der Geschichte des Sozialismus bietet. Dieser ist auch außerhalb der Partei stehenden Personen zugänglich. Vortragende in beiden Kursen sind ausschließlich Mitglieder der Partei. — Die Vorträge sind schon unter großer Teilnahme der Arbeiterschaft eröffnet worden. Sie finden zweimal wöchentlich statt. Der Monatsbeitrag ist 40 Centimes. Hoffentlich wird die Schule die Erfolge haben, die ihre Gründer erhoffen und die lebhafte Intelligenz der Pariser Arbeiter zu anhaltender systematischer Arbeit erziehen.

Parteiliteratur.

In einigen Tagen erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68: **Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar 1908 über die Wahlrechtsfrage.** Mit einem einleitenden Vorwort.

Die „Neue Zeit" hat das erste der neuen Ergänzungshefte herausgebracht. Es enthält eine Arbeit des Genossen **K. Kautsky: „Nationalität und Internationalität".**

Das Heft liegt der Nr. 16 der „Neuen Zeit bei, die folgenden Inhalt hat:

Der rollende Stein (behandelt die neueste Phase des Wahlrechtskampfes).
Die Haager Konferenz. Von M. Pawlowitsch.
Die Aenderung des Börsengesetzes. Von Ludwig Frank.
Die Viehseuchen und ihre Bekämpfung. Von Ph. Scheidemann-Kassel.
Die gewerkschaftliche Aktion im Jahre 1906. Von Wilhelm Janssen.
Die Verteilung der Vermögen in England. Von K.
Literarische Umschau: Paul Umbreit, die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. Dr. med. A. Holitscher, Alkohol und Kind. Wilhelm Blos, Pater Ambrosius.
Zeitschriftenschau.

Ausschlüsse in Frankreich. Der Nationalausschuß der sozialistischen Partei Frankreichs beschloß, die Deputierten Dedaze, Pastre und Fournier aus der Partei auszuschließen, weil sie sich geweigert haben, von ihren um 6000 Fr. erhöhten Deputiertendiäten 3000 Fr. an die Parteikasse abzuliefern. Ferner wurde beschlossen, auf dem nächsten in Toulouse stattfindenden Parteikongresse die Ausschließung des Deputierten Breton vorzuschlagen, weil er in der Kammer für die Bewilligung des Budgets gestimmt hat.

Versammlung finnischer sozialdemokratischer Journalisten.

Am 28. und 29. Dezember 1907 hielten die finnischen sozialdemokratischen Journalisten in Tammerfors eine Versammlung ab und beschlossen, einen Verein zu gründen und sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften anzugliedern. Die sozialdemokratische Presse Finnlands zählt bereits 20 politische Zeitungen mit 120 000 Abonnenten nebst 7 Gewerkschaftsorganen mit 11 550 Abonnenten. Außerdem erscheinen zwei wissenschaftliche Journale — „Sosialistinen Aikakauslehti" (die sozialistische Zeitschrift) im Finnischen und „Folktribunen" im Schwedischen. Das Zentralorgan der Partei „Työmies" in Helsingfors hat 27 000 Abonnenten. — Die Journalistenversammlung beschloß, eine Stipendienkasse zu gründen, um den Mitgliedern Reisestipendien zu weiterer Ausbildung im Auslande zu gewähren.

Die sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften in Finnland sind nicht Eigentum der Partei, selbst das Zentralorgan „Työmies" nicht. Sie werden alle von Verlagsgesellschaften herausgegeben. Die Verlagsgesellschaften bestehen aus Arbeitern, die als Anteilsinhaber in der Art der Aktiengesellschaften wirtschaften. Die Ueberschüsse dieser Gesellschaften kommen denn auch nicht der Partei zugute, sondern werden meistens zur Erweiterung der Unternehmungen verwendet. — In der letzten Zeit begegnet man immer häufiger dem Gedanken, daß die Partei schon kräftig genug sei, diese Unternehmungen in solche der Partei zu verwandeln. Mit der Verlagsgesellschaft „Työmies" wird das in kürzester Zeit geplant.

Aus Industrie und Handel.

Verringerung der Getreideanbauflächen.

Die hohen Viehpreise des Jahres 1906 haben die Landwirtschaft veranlaßt, die Viehproduktion zu steigern. Das ist anscheinend auf Kosten des Anbaus von Brotgetreide geschehen. Da jetzt die Fleischpreise wieder gefallen sind, die Preise für Getreide einen Rekordhochstand erreicht haben, wird das laufende Jahr vielleicht wieder eine stärkere Getreideproduktion bringen. Darunter muß dann wieder die Viehzucht leiden und es gibt wieder Fleischnotstandspreise. Die deutsche Landwirtschaft ist nicht imstande, den inländischen Konsum zu befriedigen. Die Einfuhr von Lebensmitteln wird aber durch Zollschranken, Einfuhrverbote und -Erschwerungen verschiedener Art behindert, damit die nationalen Preise nicht ins Gedränge geraten. Der Großgrundbesitzer spielt mit den Konsumenten, er bringt sie auf jeden Fall unter die Preisschraube.

Ueber die Verminderung der Anbauflächen für Brotgetreide in Deutschland macht die „Bank- und Handelszeitung" folgende Aufstellung:

	Weizen Winter-	Weizen Sommer-	Roggen Winter-	Roggen Sommer-
1907	1 807 211	349 576	5 904 677	137 921
1906	1 758 760	141 920	5 972 910	128 797
1905	1 785 208	137 975	6 020 457	125 206
1904	1 760 317	255 465	5 970 247	128 831

Es wurden also mit Brotgetreide in Deutschland angebaut Hektare:

1907	7 789 385
1906	8 087 696
1905	8 072 786
1904	8 017 370

Im Jahre 1907 war der Anbau von Brotgetreide in Deutschland also bedeutend kleiner als in den drei Jahren 1906, 1905 und 1904. Gegen das Vorjahr allein wurden im laufenden Jahre weniger mit Weizen und Roggen bestellt 248 000 Hektar oder 3,1 Proz. der vorjährigen Aussaat.

Wenn auch nicht übersehen wird, daß der Getreidebau in der letzten Zeit rationeller betrieben wird, so reicht die qualitative Produktionssteigerung doch kaum aus, die Verringerung der Anbaufläche auszugleichen. Aber wenn das auch der Fall sein sollte, jedenfalls kann die Entwickelung nicht als Beweis für die agrarische Behauptung dienen, die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, den gesamten vaterländischen Konsum zu decken. Allerdings wird von jener Seite gesagt, das erste Erfordernis seien rentable Preise. Wenn aber die letztjährigen Preise noch nicht die Höhe haben, um die Landwirtschaft auf die in Aussicht gestellte Leistungsfähigkeit zu bringen, dann kommt man allmählich dahinter, daß die Junker mit ihrer Behauptung nicht ganz unrecht haben. Wenn die Preise nach ihrer Ansicht erst rentabel sind, dann garantiert ihre Höhe Unterernährung in solchem Umfange, daß die Volksvermehrung nicht nur zum Stillstand kommt, sondern auch bei uns abgelöst wird durch die Entwickelung, die die Bevölkerungsbewegung in Frankreich genommen hat.

Aus der Tabakindustrie.

Die Konjunkturkurve hat eine rückläufige Bewegung eingeschlagen und der Zigarren- und Zigarettenkonsum wird starke Einschränkung erfahren. Bei diesem unfreundlichen Ausblick steht der Tabakindustrie nun auch noch eine neue Steuer bevor, die sowohl Zigarren, wie auch Rauch-, Kau- und Schnupftabak treffen soll. In der Kautabakindustrie sucht man einer Mehrbelastung schon dadurch vorzubeugen, daß die vereinigten Kautabakfabriken ihren Abnehmern einen erheblichen Preisaufschlag ankündigen. Die Preiserhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß die Rollen Kautabak von nun an kleiner geliefert werden, also mehr Rollen auf ein Pfund kommen, das heißt der Konsument muß zahlen. Auf die Tabakindustrie würde eine Verschlechterung der Absatzverhältnisse um so nachteiliger wirken, als sie noch mit starken Vorräten teueren Rohstoffs eingedeckt ist, den sie im laufenden Jahre aufzuarbeiten hat. Es betrug in den ersten elf Monaten der letzten vier Jahre die Mehreinfuhr unbearbeiteter Tabakblätter in Doppelzentnern:

1904	577 444	1906	516 984
1905	622 927	1907	624 465

Die Preise stellten sich für einige wichtigere Sorten ausländischen und inländischen Rohtabaks während des Novembers für einen Doppelzentner in Mark:

	1905	1906	1907
Bremen, Kentucky, ordinär	58	65	86
Hamburg, Brasil. 2 Proz. Tara	90	110	136
Mannheim, Zig.-Tab., Pfälzer	96	115	133
„ Schneidgut, „	78,50	72,50	90

Sowohl die Menge als der Wert des eingeführten Rohstoffes ist im Jahre 1907 gegenüber 1906 gewaltig gestiegen. Entweder ist die Verarbeitung im Jahre 1907 überaus lebhaft und der Absatz sehr gewinnbringend gewesen, oder aber die Tabakindustrie ist mit bedeutenden, sehr teueren Rohstoffvorräten in das Jahr 1908 hineingegangen.

Soziales.

Hebaklord.

Der deutsche Konsul in Cincinnati beschreibt mit anerkennenswerter Unparteilichkeit das in der nordamerikanischen Maschinenindustrie allgemein eingeführte System zur Erhöhung ihrer

Leistungsfähigkeit. Zunächst ist es allgemein erster Grundsatz, Menschenarbeit möglichst durch Maschinen zu ersetzen (labor saving machines), wodurch auch eine gesteigerte Geschwindigkeit der dabei notwendigen menschlichen Arbeit erzielt wird. Aber damit geht keine dementsprechende vermehrte Fürsorge für Schutzvorrichtungen Hand in Hand. Im Gegenteil ist diese mit wenigen Ausnahmen allgemein noch sehr vernachlässigt. Die wirksamste Triebfeder für die gesteigerte Geschwindigkeit liegt aber in dem allgemein eingeführten **Prämiensystem.** Jeder Arbeiter erhält jeden Tag einen schematisch vorgedruckten Schein (report), in den er am Abend die am Tage vollendete Arbeit einzutragen hat. Diese Angabe muß von dem betreffenden Meister (foreman) auf Richtigkeit hin geprüft und unterschrieben werden. Am folgenden Morgen wird jeder einzelne report auf die Durchschnittsleistung für die Stunde berechnet und mit einer Mindest- und Höchstleistung verglichen. Hat der Arbeiter diese Mindestleistung nicht erreicht, so wird er mit dem Bemerken davon in Kenntnis gesetzt, daß er diese auf alle Fälle erreichen müsse, wenn er sich eine ständige Stelle sichern wolle. Hat der Arbeiter aber die Höchstleistung überschritten, so wird ihm ein **kleiner** Betrag, ein Bruchteil von dem wirklichen Wert der Arbeit, gutgeschrieben. Schon das Erreichen des Mindestmaßes erfordert einen geschickten und geübten Mechaniker. Durch mehrjähriges maschinenmäßiges Arbeiten gelangt aber selbst ein mittelmäßiger Arbeiter dahin, auch die Höchstleistung zu überschreiten. In vielen Fabriken gibt es noch eine **Extrawochenprämie,** die der erhält, der die meiste Ueberarbeit geliefert hat. Die ganze Arbeitskraft wird so aufs allerstärkste angespannt, und der Arbeitgeber erhält nicht nur eine große Tagesleistung an Arbeit, sondern sogar noch Ueberarbeit für verhältnismäßig wenig Geld, für welche sonst der angemessene Stundenlohn bezahlt werden müßte. Aber weiter: Hat dann ein verhältnismäßig großer Prozentsatz der Arbeiter die Höchstleistung erreicht und zum Teil überschritten, so wird von der Fabrikleitung **eine neue höher geschraubte Tabelle** herausgegeben und die Arbeit nach dieser bemessen. Auf diese Weise werden die Arbeiter gezwungen, in immer rascherem Tempo zu arbeiten. Die für die Arbeitgeber so vorteilhafte Wirkung dieses Prämiensystems hat zu ihrer Einführung in noch anderen Betrieben als im Maschinenbetriebe geführt.

Soweit die Mitteilungen und Urteile des deutschen Konsuls in Cincinnati. Bei Krupp in Essen wird in ganz ähnlicher Weise verfahren. Das System dieses Hetzakkordes ist eine der wesentlichsten Ursachen für Betriebsunfälle.

Ein Konkurrenzklauselprozeß beschäftigte das Kaufmannsgericht in Regensburg. Der Reisende einer Eisenwarenhandlung war wegen Unterschlagung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und von der Firma kurzerhand entlassen worden. Nachdem ein Teil der Strafe verbüßt war, reichte eine andere Eisengroßhandlung am Orte ein **Gnadengesuch** für den Reisenden ein, wobei sie sich **verpflichtete,** ihn in Stellung zu nehmen. **Das Gesuch hatte Erfolg,** der Mann wurde entlassen und trat bei der Firma ein. Nun **klagte aber die erste Firma** auf Erfüllung der seinerzeit mit ihm eingegangenen Konkurrenzklausel, wonach er bei Vermeidung einer **Konventionalstrafe von 3000 M.** bei keiner anderen Firma in Regensburg Stellung nehmen darf. Der Beklagte, der in seiner neuen Stellung 1600 M. bezieht, sollte die 3000 M. zahlen. Das Gericht entschied, daß die Konkurrenzklausel noch zu Recht bestehe, sprach aber der klägerischen Firma nur 300 M. zu.

Das Verbot einer Konkurrenzklausel haben trotz der Ungerechtigkeit solcher Klausel bekanntlich im Reichstage die Antisemiten zu hintertreiben gewußt, und noch jetzt haben deutsch-nationale Handlungsgehülfen im Elsaß sich für Aufrechterhaltung dieses gesetzlichen Terrorismus ausgesprochen.

Arbeitslos durch die Polizei.

Ein verheirateter Arbeiter in Nürnberg hatte wegen Betruges eine Gefängnisstrafe zu verbüßen. Kurz vor seiner Entlassung aus der Strafanstalt wurde ihm eröffnet, daß ihn der **Magistrat Nürnberg** aus der Stadt **ausgewiesen** habe. Auf sein Ersuchen wurde ihm ein Aufenthalt von 7 Tagen gewährt, um seine Familienverhältnisse ordnen zu können. Seine Frau ist seit zehn Jahren bei einem Nürnberger Fabrikanten beschäftigt, der sich bereit erklärte, auch den Mann in Arbeit zu nehmen. In Rücksicht darauf richtete er an den Magistrat ein Gesuch, die Ausweisung rückgängig zu machen. Der Unternehmer verwendete sich in der gleichen Richtung für ihn. Nun wartete er wochenlang auf die Entscheidung, und als er nichts mehr hörte, begab er sich auf das Rathaus, um sich nach dem Schicksal seiner Eingabe zu erkundigen. Dort wurde er aber, nachdem man ihm mitgeteilt, daß seine Bitte abgewiesen sei, von der Seite seines zehnjährigen Sohnes, der sich in seiner Begleitung befand, weg **verhaftet,** dem Gericht vorgeführt und **wegen Bannbruches zu zwei Tagen Haft verurteilt.** Der Bedauernswerte, der aufrichtig bestrebt ist, seinen Fehltritt wieder gutzumachen, wird gewaltsam daran verhindert, sich ehrlich zu ernähren; er soll entweder seine Familie verlassen und allein in die Fremde ziehen, oder die Frau soll eine sichere Stellung aufgeben und mit den Kindern ihrem Manne ins Ungewisse folgen. So wird die „Heiligkeit der Familie" gewahrt, an deren Zerstörung die verfluchten Sozialdemokraten so fleißig arbeiten. Wenn der Gehetzte schließlich wieder auf die ungesetzliche Bahn gerät, so macht das der Polizei gar nichts aus; dann steckt man ihn eben wieder ins Gefängnis. Die Lehren von Köpenick sind bei den Bürgerlichen tatsächlich schon längst wieder vergessen.

Die Beratung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes gibt Veranlassung, mit derartigen widersinnigen Ausweisungsbefugnissen aufzuräumen.

Zur „Leutenot".

Der Großgrundbesitzer Hauptmann a. D. Fischer, Besitzer des Dominiums „Fischerhof" (unweit Jauer), Vorsitzender des dortigen Kriegerbundes hat einen eklatanten Beweis für die Arbeiterfreundlichkeit der Großgrundbesitzer dieser Tage gegeben. Auf seinem Gute waren zur Fütterung der Ochsen ausländische Saisonarbeiter, Burschen von 16 bis 17 Jahren, verwandt worden, für die nach deren Abreise in die Heimat zwei einheimische Lohngärtner die betreffende Arbeit verrichten sollten. Sie erklärten sich auch dazu bereit, wenn sie denselben Lohn wie jene, nämlich pro Fütterung 10 Pf. und Deputat erhalten. Der Gutsherr wollte ihnen aber bloß 10 Pf. geben, also **weniger als den Ausländern.** Da nun die Lohngärtner darauf nicht eingehen mochten, so wurde ihnen seitens des Gutsherrn einfach gesagt: „er befehle ihnen nunmehr die Arbeit mit zu übernehmen". Damit glaubte er das „Recht" erwirkt zu haben, die Arbeiter wegen „Ungehorsams" sofort entlassen zu können. Und was man nicht für möglich gehalten: **die einheimischen Arbeiter wurden,** weil sie für ihre Arbeit nicht mehr, aber wenigstens soviel wie die ausländischen Burschen vergütet haben wollten, **sofort entlassen!** Nun sind die von dieser rigorosen Maßregel Betroffenen nicht etwa selbst schwer zu behandelnde, widerwillige Leute, sondern der eine wurde im vorigen Jahre für seine **25jährigen treuen Dienste bei dieser Herrschaft bekoriert** und der andere ist **drei** Jahre dort in Stellung. — Dies der nackte Tatbestand.

Die agrarischen Zeitungen, die „Deutsche Tageszeitung" voran, hüten sich, diesen Fall mitzuteilen: er könnte ja gar zu deutlich zeigen, was an der „Landflucht" schuld ist. Es würde uns nicht wundernehmen, wenn einer der Scheinbauern der „Deutschen Tageszeitung" oder im Dreiklassenparlament gar den Fall als Beweis für Kontraktbruch der Arbeiter verwerteten.

Ein Ortsstatut darf nicht die Polizei an Stelle der Stadt setzen.

In der Gemeinde Langenfelde war durch Ortsstatut die **Straßenreinigungspflicht** den **Grundbesitzern** auferlegt worden. In den inneren Ortsteilen sollte die Reinigungspflicht eine verstärkte sein. Die Reinigung sollte dort öfter erfolgen und vor **allen** Grundstücken, während sie in den äußeren Ortsteilen nur vor bebauten Grundstücken Zwang sein sollte. Nun bestimmt das Ortsstatut, daß durch **polizeiliche** Bekanntmachung mitgeteilt werde, welche Bezirke zu den **inneren** Gemeindeteilen gehören. 13 Grundbesitzer, Sasse und Genossen, die in dem polizeilich gekennzeichneten **inneren** Stadtteil die Reinigungspflicht nicht vorschriftsmäßig erfüllt hatten, wurden **vom Landgericht Hagen verurteilt. Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob jedoch das Urteil auf und sprach die Angeklagten mit folgender Begründung frei:** Allerdings bleibe das Kammergericht bei der im Gegensatz zum Ober-Verwaltungsgericht vertretenen Auffassung, daß auch durch ein Ortsstatut die in erster Linie den Gemeinden obliegende Straßenreinigungspflicht den Anliegern (Grundbesitzern) auferlegt werden könne. Das Statut hier enthalte aber eine unzulässige Delegation, indem es die **Polizeibehörde** ermächtige, zu bestimmen, welche Bezirke zu dem inneren Stadtteil gehörten. Nur die städtischen Behörden hätten den örtlichen Umfang der verstärkten Pflicht bestimmen können. Aus der Ungültigkeit jener Abgrenzung durch die Polizei ergebe sich die Freisprechung der Angeklagten.

Im Schlamm erstickt.

Fast unglaublich, aber wahr und charakteristisch für die Sauberkeit resp. für die Verwaltung der Stadt Essen, wo man dank der kapitalistischen Stadtvertretung Geld für alles Mögliche hat, nur nicht für Straßenreinigung und andere Notwendigkeiten, ist folgende kurze Meldung bürgerlicher Blätter, die ohne jeden Kommentar wiedergegeben wird: **„Im Straßenschlamm erstickt.** Gestern nachmittag 1½ Uhr ist der im Alter von 40 bis 50 Jahren stehende Arbeiter Barowski auf der Steeler Chaussee in betrunkenem Zustande in den **Straßenschlamm gefallen und erstickt."**

Submissionsblüte.

Die Stadt Bamberg hatte eine kleine Druckarbeit zu vergeben. auf die ausgeschriebene Submission liefen 7 Angebote ein, die sich zwischen 455 und 150 M. bewegten. Zwischen Höchstgebot und Mindestgebot ist somit eine Differenz von **über 300 M.** Das **Mindestgebot** wurde von einer **Generalanzeiger-Druckerei** gemacht.

Gerichts-Zeitung.

Ein Bauunglück

hat zu einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung geführt, die den Bahnmeister Karl Buschmann und den Schachtmeister Albert Rinkus gestern vor die erste Strafkammer des Landgerichts II führte. In Schöneberg wurden im August 1906 in der Nähe der General-Pape-Straße durch die Deutsche Eisenbahnbaugesellschaft Dammarbeiten verrichtet. Es war eine ganze Anzahl Arbeiter, darunter auch Frauen, mit der Beseitigung einer alten Ueberführung und der Aufschüttung von Seitendämmen beschäftigt. Als am 13. August 1906 in der fünften Nachmittagsstunde die Arbeit in vollem Gange war, stürzte plötzlich der Damm ein und durch die herabstürzenden Erdmassen und Lehm wurden vier unten in einem Graben arbeitende Frauen verschüttet. Drei Frauen konnten gerettet werden, ehe sie größeren Schaden erlitten hatten, dagegen war die Arbeiterin Marianne Luszinski vollständig unter den Erdmassen vergraben werden. Als sie nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten ans Tageslicht befördert wurde, war sie bereits bewußtlos. Sie wurde in bedenklichem Zustande nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht und ist dort infolge Nierenzerreißung und Beckenbruchs verstorben. Nach der Behauptung der Anklage ist der Zusammensturz nur möglich gewesen, weil in nicht zu billigender Weise unter der oberen Lehmschicht Sand weggeschaufelt worden war und die Erdmassen infolgedessen keinen Halt mehr hatten. Für das Unglück wurde der erste Angeklagte als der Leiter der ganzen Arbeit, an welcher etwa 40 Arbeiter beteiligt waren, und der zweite Angeklagte als Schachtmeister, unter dessen direkter Aufsicht an der Unfallstätte gearbeitet wurde, verantwortlich gemacht. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen beide Angeklagte je 1 Monat Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Buschmann auf eine Woche, gegen Rinkus auf zwei Wochen Gefängnis.

Eine Kindesaussetzung

beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts III. Wegen Vergehens gegen § 221 Str.-G.-B. mußte sich das 21jährige Dienstmädchen Emma Gens vor dem Strafrichter verantworten. Die Angeklagte kam im Jahre 1903 als 18jähriges junges Mädchen nach Berlin, um hier als Dienstmädchen in Stellung zu gehen. An einem „Ausgehsonntage" machte das junge und unerfahrene Mädchen die Bekanntschaft eines Arbeiters M aus Schöneberg. Nach wenigen Wochen kam es zu einem intimeren Verkehr, da die Angeklagte dem Eheversprechen des jungen Mannes vollen Glauben schenkte. Der Verkehr blieb nicht ohne Folgen, sodaß die Verführte ihre Stellung verlor. Da sich auch ihr Bräutigam von ihr losgesagt hatte, so geriet sie in das schlimmste Elend, da sie wegen ihres Zustandes nirgends Arbeit fand. Am 1. Dezember 1904 fand die Angeklagte endlich Aufnahme in der Charité und gab noch an demselben Tage einem Knaben das Leben. Ohne die geringsten Barmittel und nur mit den allernotwendigsten Bekleidungsstücken für das Kind versehen, wurde die G. Mitte Dezember aus der Charité entlassen. Sie hatte die Absicht, sofort wieder eine dienende Stellung anzunehmen, um für ihr Kind den Lebensunterhalt zu erlangen. Auf eine Zeitungsannonce hin gab die Angeklagte das Kind zu einer Frau in Charlottenburg in Pflege, für welche sie monatlich zwanzig Mark im Voraus zahlen sollte. Sie hoffte dieses Geld schon nach ein paar Tagen an die Pflegerin zahlen zu können und nahm eine Stellung bei einem Kaufmann in der Warschauer Straße an. — Am 21. Dezember in später Abendstunde hatte ein in dem Hause Ansbacher Straße 64 in Charlottenburg beschäftigtes Dienstmädchen zufällig noch etwas von dem Boden dieses Hauses zu holen. Zu ihrem Schrecken vernahm sie plötzlich aus einer Bodenkammer heraus ein klägliches Jammern und Winseln. In Gemeinschaft mit anderen Personen forschte sie nach der Ursache und fand zur allgemeinen Ueberraschung ein vollständig nacktes neugeborenes Kind, das auf einem Bündel alter Lumpen lag. Der Findling wurde nach dem Waisenhause geschafft, und erhielt, da alle Ermittelungen erfolglos blieben, den Namen „Hans Ansbach". Erst nach vielen Monaten gelang es, die Herkunft des vorläufig nach dem Namen seines Auffindungsortes getauften kleinen Erdenbürgers festzustellen. Die jetzige Angeklagte Gens war die unglückliche Mutter, die sich in der Verzweiflung zu diesem Schritte hatte hinreißen lassen. Da sie seinerzeit nicht das Pflegegeld nach einigen Tagen bezahlt hatte, war die Pflegemutter am 21. Dezember bei ihr erschienen und hatte ihr das Kind zurückgebracht. Aus Furcht, daß ihre Herrschaft etwas von der Existenz des Kindes erfahren würde, entledigte sich die Angeklagte der ihr unbequemen Last durch eine Aussetzung. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erkannte das Gericht auf neun Monate Gefängnis. Die Frage, ob das bedauernswerte Mädchen zurechnungsfähig gewesen, gelangte nicht zur Erörterung.

Durch die Flucht eines gemeingefährlichen Erpressers aus dem Gerichtsgebäude wurde gestern die weitere Verhandlung einer Strafsache vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unmöglich gemacht. Wegen wiederholter versuchter Erpressung war der Konditor und „Schauspieler" Willi Scheib angeklagt. Scheib ist ein trotz seiner Jugend schon vielfach wegen aller möglichen Straftaten vorbestrafter Mensch. Zuletzt wurde er wegen eines mit unglaublicher Frechheit durchgeführten Erpressungsfeldzuges gegen einen Herrn L., den er im Tiergarten kennen gelernt hatte, mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. Er hatte unter Androhung mit dem § 175 seinerzeit von dem unglücklichen Opfer größere Geldbeträge erpreßt. Bald nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt wendete er sich seinem alten Gewerbe wieder zu, legte sich aber bei seinen Erpressungen auf ein anderes Gebiet. Er trieb sich auf den Korridoren des Berliner Polizeipräsidiums umher und knüpfte Bekanntschaften mit Personen an, die dort als Angeschuldigte zu ihrer verantwortlichen Vernehmung geladen waren. Diesen bot er unter dem Hinweise, daß er schon manchem Angeklagten Entlastungsmaterial besorgt habe, seine Dienste als eine Art Privatdetektiv an. Wurde dem gefährlichen Burschen dann von leichtgläubigen Leuten ein Auftrag erteilt, so bemühte er sich nicht Entlastungsmaterial, sondern belastendes Material zu sammeln. Unter der Androhung dieses der Staatsanwaltschaft mitzuteilen verlangte Scheib dann von den betreffenden Angeschuldigten selbst oder deren Angehörigen Geldbeträge. Auf dem Korridor des Polizeipräsidiums machte der Angeklagte auch die Bekanntschaft eines Goldarbeiters Hugo S., der der Hehlerei angeschuldigt war. Im Laufe des Gesprächs erfuhr Scheib, daß dieser einen in Breslau in guten Verhältnissen lebenden Bruder habe. Ohne in diesem Falle einen Auftrag zu haben, beschäftigte sich der Angeklagte auch mit der gegen S. schwebenden Sache und ermittelte verschiedene Dinge, die diesem in dem Ermittelungsverfahren großen Schaden zuführen konnten, wenn sie zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangten. Unter dem Vorgeben, daß er in der Lage sei, dem inzwischen vom Untersuchungsrichter verhafteten S. helfen zu können, richtete Scheib an den in Breslau wohnhaften Bruder einen Brief, in welchem dieser gebeten wurde, unverzüglich nach Berlin zu kommen. Der Empfänger des Briefes fuhr auch sofort nach Berlin, da er glaubte, seinem Bruder irgendwie behilflich sein zu können. Auf dem Bahnhofe traf er mit dem ihm bisher unbekannten Angeklagten zusammen, der schon nach kurzer Zeit mit seinen wahren Absichten hervortrat und für „Auslagen" 60 M. verlangte, „andernfalls er das gesammelte Material der Staatsanwaltschaft unterbreiten würde". Infolge dieser Drohung zahlte S. auch die verlangte Summe. Einige Tage später erhielt er einen Brief, in dem der gemeingefährliche Erpresser 150 Mark unter denselben Drohungen verlangte. Nunmehr erstattete S. Anzeige. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, als er sah, daß die Sache sehr schlecht für ihn stand, daß er tatsächlich im Interesse des inhaftierten S. tätig gewesen sei und vor dem Untersuchungsrichter eine günstige Aussage abgegeben habe. Durch diese Behauptung sah sich das Gericht veranlaßt, die Akten der gegen S. schwebenden Strafsache von der Staatsanwaltschaft einzufordern. Die Verhandlung wurde deshalb auf kurze Zeit ausgesetzt und der Angeklagte konnte den Gerichtssaal verlassen. Nachdem die Akten herbeigeholt worden waren, sollte die Verhandlung wieder beginnen. Gerichtshof, Staatsanwalt und Zeugen waren pünktlich zur Stelle. Es fehlte nur der Angeklagte. Dieser hatte die kurze Zeit benutzt, um schleunigst Reißaus zu nehmen. Dem Gericht blieb deshalb nichts weiter übrig, als die Sache zu vertagen und gegen den in letzter Minute durchgebrannten Angeklagten einen Haftbefehl zu erlassen.

Betrügereien im Knappschaftsverein.

Der frühere Assistent des Dortmunder Zweigvereins des Allgemeinen Knappschaftsvereins, Albert Priebe, wurde gestern vor der Strafkammer wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Priebe hatte die Auszahlung der Invaliden- und Krankengelder vorzunehmen und hat durch Fälschungen von Quittungen sich einen Betrag von zirka 6500 M. angeeignet. Er war seinerzeit nach Frankreich geflüchtet, wurde aber bei seiner Rückkehr in Köln verhaftet.

Versammlungen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend

hielt am Sonntag in den „Industriesälen" seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 lag gedruckt vor. Die Einnahmen beliefen sich auf 6199,45 M., die Ausgaben auf 6155,47 M. Der Bestand ist im Laufe des Quartals von 53 527,67 M. auf 53 571 M. gestiegen. Die Dechargeerteilung für den Kassierer wurde vertagt, weil bei der Markenabrechnung ein Fehler unterlaufen ist, der noch der Aufklärung bedarf; im übrigen befindet sich die Kasse, wie von den Revisoren hervorgehoben wurde, durchaus in bester Ordnung.

Der Vorsitzende Juppenlatz gab dann den Geschäftsbericht über das verflossene Jahr, das ja, besonders infolge des langen Kampfes im Baugewerbe, recht ereignisreich war. Der Redner ging kurz auf diesen Kampf ein und sprach ferner über die Veränderungen im Mitgliederbestand, die damit wie mit der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit zusammenhängen. Im 4. Quartal 1906 hatte der Verein 2117, im selben Quartal 1907 1865 Mitglieder, die ihre Beiträge zahlten. Sodann erwähnte der Redner die Einigungsbestrebungen mit dem Zentralverband, den ablehnenden Beschluß des Vereins, sowie das Bemühen der Geschäftsleitung, die Einigung dennoch durchzusetzen. Der Verein werde trotz alledem weiter bestehen, solange er nur noch Mitglieder habe.

Der Vorsitzende berichtete danach kurz über die Tätigkeit der Rechtsschutzkommission, die verschiedene Fälle zu erledigen hatte, die meist mit dem Kampf im Baugewerbe im Zusammenhang standen.

Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells gab der Kartelldelegierte Repschläger. Er führte einige Zahlen zum Beweise dafür an, daß verschiedene dem Berliner Kartell und der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossene Organisationen bei dem Kampf im Baugewerbe ihre Unterstützungspflicht nicht erfüllt haben. Für die Zimmerer habe das keine Bedeutung gehabt, da sie jederzeit in der glücklichen Lage waren, den Kampf mit eigenen Mitteln zu führen. Der Redner kam schließlich auf den Uebertritt zum Zentralverband zu sprechen. Da entstand jedoch eine starke Unruhe in der Versammlung. Es wurde dann beschlossen, dem Redner das Wort zu entziehen. Die Debatte, die darauf folgte, bezog sich auf die Einigungsfrage und die Stellung, die nun Geschäftsleitung und Ausschuß als Fürsprecher der Einigung dem Vereine gegenüber einnehmen. Es wurde wiederum, wie in der vorigen Versammlung, der Antrag gestellt, die Geschäftsleitungs- und Ausschußmitglieder Fischer, Labitzke, W. Schmidt, Repschläger und Czeminski auszuschließen. Ein von ihnen unterzeichnetes Flugblatt für den Uebertritt zum Verbande war am Eingang des Saales verteilt worden. Der Vorsitzende Juppenlatz ersuchte die Versammlung, den Ausschußantrag abzulehnen, weil jene Mitglieder sich nach dem 1. Februar ja selbst außerhalb des Vereins stellten. Die Mitglieder jener beiden Körperschaften gaben in der Versammlung Erklärungen ab, die keinen Zweifel darüber ließen, daß sie auch in Zukunft den Beschlüssen der Konferenz entsprechend für den Uebertritt zum Verband wirken werden. Der Ausschlußantrag wurde mit 86 gegen 80 Stimmen verworfen.

Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Juppenlatz, 2. Clamann; 1. Kassierer Reichardt, 2. Pflaum; 1. Schriftführer Grabowski, 2. Scheffer; Kontrolleure: Zymslawski und Stenz; Revisoren: Klinger und Lau. In die Rechtsschutzkommission wurden Juppenlatz, Darms, Martens und Webers gewählt, in die Agitationskommission Darms, Scheffer, Clamann, Weisel, Kufahl, Schüler, Rupp und Hennig. Die Wahl des Kartelldelegierten wurde dem Vorstand überlassen. Als erster Bibliothekar fungiert der erste Vorsitzende, als zweiter Bibliothekar wurde Steinborn gewählt.

Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund. Ortsgruppe Berlin. Mittwoch abend 8½ Uhr im „Englischen Hof", Neue Roßstraße 3: General-Versammlung.

Arbeiter-Turnverein Schöneberg. Die regelmäßigen Turnabende finden jetzt Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr abends in der Turnhalle Berchtesgadener Straße (Ecke Grunewaldstraße) statt. Auch werden daselbst Anmeldungen für die in nächster Zeit eröffnete Frauen- und Mädchen-Abteilung angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Das Wahlrecht und die Frauen.

Ueber das vorstehende Thema, das auf den letzten Parteitagen und bei den Verhandlungen auf dem letzten internationalen Kongreß mit in den Vordergrund des allgemeinen Interesses geschoben wurde, wird Genossin Klara Zetkin heute (Dienstag) sowie am Mittwoch und Freitag dieser Woche in Berlin referieren. Besonders durch die letzten Vorgänge hat die Frage des Frauenwahlrechts aktuelle Bedeutung bekommen. Gerade an der Haltung der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Frauenorganisationen in dieser Frage läßt sich erkennen, daß es jenen immer und stets, bei jeder Gelegenheit, bei allen Forderungen nur um Sicherung der kapitalistischen Herrschaft und um Erweiterung der Klassenvorrechte auf die bürgerliche Frau zu tun ist. Die Bestrebungen der bürgerlichen Frauenbewegung, und wenn diese noch so radikal sich aufspielt, bedeuten daher für das Proletariat Verschärfung seiner Unterjochung, sie bewirken eine Stärkung der Reaktion. Aus diesem Grunde dürfen die Vorträge der Genossin Zetkin ganz besonderes Interesse beanspruchen. Die Versammlungen finden statt:

Dienstag bei Freyer (Keller), Koppenstraße.
Mittwoch bei Kliem, Hasenheide.
Freitag bei Ballschmieder, Badstraße.

Sämtliche Versammlungen sind zu 8 Uhr einberufen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Bezirksführer-Sitzung findet heute im Lokale von Habel, Bergmannstraße, statt.

Der Vorstand.

Achtung, V. Wahlkreis. Die erste Abteilung hält am Mittwoch, den 22. d. Mts., abends 8½ Uhr, eine gemeinsame Abteilungs-Versammlung bei Borde, Luna-Säle, Neue Königstr. 7 ab. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet das Erscheinen aller Mitglieder.

Der Abteilungsführer.

Sechster Wahlkreis.

Am Sonntag, vormittags 9 Uhr, findet in allen Bezirken ein Extrozahltag statt. Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Rummelsburg. Heute Dienstag abends 8½ Uhr findet im Saale der Witwe Weigel eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. In dieser Versammlung erstatten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Bericht über ihre Tätigkeit in den letzten zwei Jahren. Auch die bürgerlichen Gemeindevertreter sind zu dieser Versammlung eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen aller Parteigenossen ersucht

Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Heute, Dienstag, abends 8½ Uhr, Generalversammlung des Wahlvereins in Speers Festsälen, Baumschulenweg. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Neuwahl desselben. Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Genossen erwartet

Der Vorstand.

Adlershof. Heute abend 8½ Uhr im Lokale von Kaul, Bismarckstraße 16, findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Parteigenossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Grünau. Heute abend um 7 Uhr findet von der „Grünen Ecke“ aus die Handzettelverbreitung statt. Zahlreiche Beteiligung der Genossen erwartet

Der Vorstand.

Zossen. Am Mittwochabend 8½ Uhr findet im Lokale des Herrn Schimke die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Jedem Parteigenossen wird zur Pflicht gemacht zu erscheinen.

Der Vorstand.

Hohen-Schönhausen. Am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Gen. Herschleb die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Genossen vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Heute Dienstagabend 8½ Uhr: Diskutierabend bei Barth, Viktoriastr. 7. Sämtliche am Sonntag ausgegebenen Hauslisten zur bevorstehenden Gemeindewahl sind ausgefüllt zurückzugeben.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Ordensfest

am Sonntag vollzog sich unter starkem polizeilichen Schutze, ungefähr so wie vor zwei Jahren, als es gerade auf den 21. Januar, den roten Sonntag, fiel. Obwohl es sonst gern gesehen wird, wenn bei patriotischen Veranstaltungen recht „viel Volk“ als Staffage erscheint, so mag „man“ andererseits es doch nicht ausgeschlossen gehalten haben, daß auch die „verfluchten Sozis“ erscheinen könnten, um Wahlrechtskundgebungen zu veranstalten. Es steht zweifellos fest, daß seit dem 12. Januar an gewissen Stellen jeder größere Trupp Menschen als Wahlrechtsdemonstranten angesehen wird. Und so hatte die obrigkeitliche Vorsehung ihre diesbezüglichen Maßnahmen getroffen. Das heißt, man hatte in der Schloßgegend an jeden Laternenpfahl zwei Schutzleute mit dem Rücken gegeneinander gestellt, die das Publikum mit Kennerblicken auf etwelche umstürzlerische Absichten zu beobachten hatten. Auch sollten Ansammlungen nicht geduldet werden, die Hurragaffer hatten sich deshalb stets „in Bewegung“ zu halten. Ob die hochwohllöbliche Behörde diese Maßnahme in weiser Fürsorge hinsichtlich des gesundheitlichen Nutzens geprüft hat, wissen wir nicht, nehmen es aber an; jedenfalls war es gut, denn bei längerem Stehen auf dem feuchten, kalten Boden konnte man sich unzweifelhaft einen stockkonservativen Schnupfen, wenn nicht gar den Tod holen. Das letztere dürfte ja nun allerdings patriotische Gemüter nicht sonderlich schrecken, denn ein solches Ende würde in Anbetracht des gewaltigen und feierlichen Ereignisses dem Tod auf dem Schlachtfelde gleichkommen, und fürs Vaterland zu sterben, soll ja bekanntlich des Lebens schönster und höchster Zweck sein.

Schon an der Kreuzung der Friedrichstraße und der Linden trat ein Polizeileutnant in höchsteigner Person an uns heran und da wir einen reinen Kragen, eigens für die Krönungsfeier, umgelegt hatten und auch sonst keine staatsgefährlichen Merkmale aufzeigten, so legte der elegante Ordnungsmann mit unnachahmlicher Grazie die Hand salutierend an den Helm und forderte uns höflich auf, nicht stehen zu bleiben. Anderen ging's nicht besser, unten am Schloß herum konnte man fortwährend das stereotype: „Weiter gehen, nicht stehen bleiben!“ hören. Aber es war nicht so böse gemeint, wir hatten sogar das Empfinden, als genügten die Schutzleute nur der Form hiermit. Denn gegen Mittag, als es erst richtig losging und die Karossen hin und hersausten, verhinderten sie es nicht mehr, daß sich die „loyalen“ Bürger dichtgedrängt stauten und die Hälse ausreckten, um eine bunte Uniform zu sehen. Ab und zu konnte man eine Sekunde lang eine Männerbrust erhaschen, die mit Orden und Kinkerlitzchen bedeckt war, wie man es auf Jahrmärkten bei Händlern sehen kann, die ihren ganzen Vorrat an Broschen und sonstigem Kleinkram auf der Brust tragen. Weiter fanden die Gaffer absolut keinen Augenschmaus, wenn man nicht noch als etwas Sehenswertes gelten lassen will, daß in der zweiten Etage mehrere Kronleuchter flimmerten und ab und zu einige bunte Uniformen oder weiße Vorhemden an den Fenstern auftauchten. Aber das genügte den armseligen Hurrahelden schon, die ein bunter Fetzen in einen Freudenrausch versetzen kann.

Besonders die Damen stellten tiefgründige Betrachtungen an, welche unter den an den Fenstern sichtbaren Personen der Kaiser sein könnte und welche der Kronprinz.

Eine Mutter mit ihrem Söhnchen, das ein Bukett trug, schien byzantinische Absichten zu hegen, denn als es hieß, das Kaiserpaar kommt, versuchte sie nach den Inseln zu gelangen, aber in schnöder Verkennung ihrer edlen Gefühle, schoben die Beamten die beiden mit sanfter Gewalt wieder in die Reihen, „mang die andern“. Ein Herr, der zum Weitergehen aufgefordert worden war, schimpfte in seinem Unmut hierüber auf die bösen Sozis, die schuld daran seien, daß man in Berlin nicht einmal mehr „seinen Kaiser“ sehen könne. „Jeder dieser roten H. . . . müßte 25 auf den Hintern bekommen, das wäre das Richtige.“

Als die Musik zu konzertieren begann, wälzte sich ein unentwirrbarer Menschenknäuel nach dem Lustgarten, wir können aber zu unserer Genugtuung feststellen, daß die Schutzmannschaft sich einer außerordentlichen Zurückhaltung befleißigte und, soweit wir die Situation übersehen konnten, von ihrem Säbel keinen Gebrauch machte.

Obwohl auch in bestimmten Gebäuden Schutzleute noch „für alle Fälle“ bereit gehalten wurden, bekamen sie nichts zu tun. Die Mannschaft beispielsweise, die sich im Hofe des Passage-Hotels befand, etwa 40 Mann, vertrieb sich ihre Zeit damit, sich photographieren zu lassen. Wir wissen zwar nicht genau, ob es sonst zulässig ist, am Sonntagnachmittag 2 Uhr Gruppenbilder aufzunehmen, aber es muß wohl schon seine Richtigkeit haben, wenn sich die Schutzmannschaft zum Ordensfeste photographieren läßt.

Polizeiphantasie. Unter den Zuschauern des Ordensfestes am Sonntag befand sich auch ein alter Herr, der einen für ein Schutzmannsauge wohl etwas eigentümlichen Spazierstock bei sich hatte. Dem Hüter des Gesetzes mögen wohl in seiner großen Phantasie die sonderbarsten Vorstellungen gekommen sein, denn er entschloß sich, diesen Gegenstand etwas näher zu untersuchen. Diese hochnotpeinliche Untersuchung ergab, daß der Stock zwar kein Nitroglyzerin, wohl aber eine — Neujahrsspitze barg. Unter dem Gelächter der Umstehenden machte sich der Mann baldigst aus dem Staube.

Zu den heutigen Arbeitslosenversammlungen.

Am heutigen Tage, 10½ Uhr vormittags, finden Versammlungen von Arbeitslosen statt. Diese Zusammenkünfte haben den Zweck, zu konstatieren, welchen gewaltigen Umfang die Arbeitslosigkeit und Erwerbsunmöglichkeit in Groß-Berlin angenommen haben. Es gibt Leute, die da meinen, daß Not und Elend durch den Polizeisäbel beseitigt werden können und ihn als Allheilmittel empfehlen. Um diesen Leuten jede Gelegenheit hierzu zu nehmen, empfiehlt es sich, den bestellten Ordnern unbedingt Folge zu leisten und besonders alle Ansammlungen vor den Versammlungslokalen zu vermeiden.

Ein Wahlrechtsflugblatt

betitelt: „An die Rechtlosen!“ gelangte am Sonntag in einer Massenauflage in Berlin und den Vororten zur Verbreitung. Dank der opferwilligen Tätigkeit unserer Genossen ging die Verteilung mit der gewohnten Präzision vor sich.

Der Bericht des Magistrats über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin aus den Verwaltungsjahren 1901 bis 1905 mit Abbildungen, Plänen und graphischen Darstellungen ist in seinem zweiten Teil jetzt in Karl Heymanns Verlag erschienen.

Aus dem ärztlichen Bericht des Kinderkrankenhauses.

Von dem im letzten Etatsjahre meist im vorgeschrittenen Stadium der Krankheit eingelieferten, an Diphtherie leidenden Kindern sind im städtischen Kaiser-Friedrich-Kinderkrankenhause von 277 nur 18 gestorben. 247 konnten als geheilt entlassen werden, 11 als gebessert und ein Knabe als ungeheilt, während 18 im Bestand weiter behandelt wurden. Die Todesfälle betreffen fast ausschließlich Kinder, die im vorgerückten Stadium dem Krankenhause zugeführt wurden. Fast in allen anderen Fällen gelang es, die Kinder zu retten.

Im städtischen Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhause wird seit längerer Zeit mit großem Erfolg zur Ernährung kranker Säuglinge Buttermilch benutzt, besonders bei Verdauungsstörungen hat sich Buttermilch im Wechsel mit guter Säuglingsmilch oder Ammenmilch ausgezeichnet bewährt. Das gute Ergebnis ist erreicht worden bei Kindern, die mit den schwersten Erkrankungen der Verdauungsorgane usw. eingeliefert sind, so daß man mit großer Befriedigung auf dasselbe zurücksehen kann. Natürlich muß die Milch frisch und tadellos sein.

Zur Schließung von Schulklassen infolge Erkrankungen wird mitgeteilt, daß in der 78. Gemeindeschule, Christianiastraße 4—6, in der Zeit vom 7. bis 17. d. M. fünf Diphtherie-, drei Scharlach- und eine Masernerkrankung in vier Klassen vorgekommen sind. Die im selben Gebäude befindliche 97. Gemeindeschule hat weniger Fälle aufzuweisen. Hier wurden drei Klassen während der Desinfektion geschlossen. Die Anordnung, daß die sieben Klassen acht Tage geschlossen bleiben sollten, ist zurückgenommen worden, nachdem am Sonnabend eine vollständige Desinfektion der Schulräume stattgefunden hat. Mit dem Unterricht wird heute wieder begonnen.

Auf der Mördersuche.

Am Alexanderplatz gibt es augenblicklich harte Nüsse zu knacken. Abgesehen von den erklecklichen „unaufgearbeiteten Resten“ sind nicht weniger als vier frische Mörder zu fangen. Und wie das immer so geht — man sucht da, wo man sie nicht findet. Inzwischen wiegen sich die Mordbuben in Sicherheit und lachen sich ins Fäustchen, denn je eklatanter der Mißerfolg der Polizei, desto größer der Mut derjenigen, denen ein Menschenleben nicht viel bedeutet. Daß die Kriminalpolizei nicht gründlich genug vorgeht, darüber kann man sich nicht beklagen. Alle diejenigen, welche bloß während der letzten Wochen in dem von ihnen selbst gar nicht bemerkten Verdacht gestanden haben, daß sie ihre Hände ebenso mit fremdem Blute befleckt haben wie neulich am Sonntag die Säbelhelden, zählen nach Tausenden. Da werden ganze Berge von Personalakten durchstöbert, ganze Regimenter von „schwarzen Kreuzen“ aus den Personalstandsregistern unter die Lupe genommen und nach 24 Stunden hat man tausend unselige Menschenkinder auf der Liste, die alle vielleicht der Mörder gewesen sein können und in Wirklichkeit doch keiner Fliege etwas zu leide tun. Einer muß es von diesen sein, einer soll es sein, aber gerade diesen einzigen kann man nicht aussortieren. Und wenn's nachher drauf und dran kommt, wenn man mit Hülfe des Publikums und der „siebenten Großmacht“ den Richtigen gefaßt hat, dann war's überhaupt keiner von all den tausend Verdächtigen, sondern ein ganz anderer, ein scheinbar Harmloser, an dem das Polizeiauge blind vorbeitappte. Schauderhaft, höchst schauderhaft!

Was da alles jetzt durchsucht wird, ist pyramidal. Die Polizeilampe leuchtet in Bodenkammern und Kellerlöcher, wo sie sonst im Interesse der lieben Menschlichkeit nichts zu tun findet. Heruntergekommene Kreaturen, die keine bestimmte Arbeit haben, von Pfennigverdienst vegetieren, in menschenunwürdigen Wohnungen hausen, sind jetzt schlimm dran. Und was man da so nebenbei entdeckt, bringt manchen nach Nummer Sicher. Ein halbes Dutzend Schlafleute, die monatelang friedlich und schiedlich in einem einzigen Loch beisammen wohnten, werden rauh auf Herz und Nieren geprüft und schließlich erbarmungslos auseinander gesprengt. Viele Hunderte, die selbst herzlich froh sind, wenn man ihnen nichts tut, werden aufgegriffen und für irgend ein Delikt, das ja so leicht herauszuschnüffeln ist, mit mehr oder minder langer Staatspension beglückt. In Herbergen und Obdachlosenasylen, in Volksküchen und Kaffeelokalen ist kein Prolet davor sicher, daß ihn unversehens Frau Hermandad im Genick packt und mit fiebernder Stimme schreit: Bist du einer der vier Mörder? Und immer, immer wieder war der Griff umsonst. Die Polizeigefängnisse füllen sich mit unsicheren Kantonisten bis auf das letzte Plätzchen, die Aburteilungen wegen einfacher Vergehen nehmen fabrikmäßigen Charakter an. Der Richtige, der eine, den man sucht, der läuft frei und frank herum, streift die Hermandadsjünger mit blutigem Rockärmel und — spottet ihrer.

Das Publikum wird nervös, wird ungeduldig. Wozu haben wir unsere Polizei? Wozu besolden wir mit unserem schweren Gelde, mit unseren Steuern das blaubekittelte Heer? Was nutzt uns der gewaltige Apparat, wenn er von vier Mördern nicht mal einen fassen kann! Und dann faßt man wirklich den einen. Mit Hurra wird's hinausgeschmettert in die Großstadtwelt — und 48 Stunden später kleinlaut widerrufen. Nein, es war doch nicht der Richtige. Die Polizei hat nebenbei gegriffen. Und so irrt sie sich noch lange, noch oft, bis endlich — Gras über die Geschichte wächst. Die „unaufgearbeiteten Reste“ aber haben sich um vier gewichtige Aktenstücke vermehrt. . . .

Vielleicht schickt nächstens die Polizei Angestellte durch die Straßen Berlins mit einem Plakat versehen, auf dem die Worte prangen: „Die Mörder der letzten Zeit werden höflichst ersucht, sich zu melden!“

Zu dem Raubmord in der Linienstraße an der Produktenhändlerin Marie Nielbock ist zu melden, daß bis jetzt die Bemühungen der Kriminalpolizei ohne Erfolg geblieben sind. Vom Polizeipräsidium ist zur Ermittelung des Täters eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden.

Der Verein für Kinder-Volksküchen hat im Monat Dezember 1907 in seinen 15 Anstalten 163 709 Portionen Mittagessen an notleidende Kinder verteilt. Seitens der Lehrerschaft der Gemeindeschulen werden dem Verein täglich neue Anmeldungen dringend überwiesen, einzelne mit dem Bemerken, daß die Kinder durch Entkräftung bei dem Unterricht ohnmächtig werden. Die Zahl der zu speisenden Kinder beträgt jetzt 6846. Die Mittel des Vereins sind fast gänzlich aufgebraucht und der Verein kann nur seine Tätigkeit fortsetzen, wenn ihm wohltätige Mitglieder Mittel zuführen.

Der Hausverwalter als „Selbstpolizist“. Ein Hausbesitzer, der nicht selber in seiner Mietskaserne wohnen kann oder mag, muß seine Herrschergewalt einem Vertreter übertragen, einem sogenannten Hausverwalter. Viele Hausbesitzer legen Wert darauf, daß die Verwalter, die von ihnen als Statthalter eingesetzt werden, recht erfüllt und durchdrungen sind von dem Bewußtsein ihrer Macht. Je größer die Forsche ist, die ein Verwalter mitbringt, desto brauchbarer erscheint er einer gewissen Sorte von Hausbesitzern. Einer von den besonders „brauchbaren“ scheint der Verwalter des Hauses Tilsiter Straße 25A zu sein, ein Herr Jannusch, der bei der Post als Briefträger, Schaffner oder dergleichen beschäftigt ist. Jannusch hat seine Verwalterstelle erst zum 1. Januar 1908 angetreten, aber schon hat er eine sehr beachtenswerte Probe seiner Forsche abgelegt. Bei Gelegenheit eines Streites hat der starke, kräftig gebaute Mann mit einem dicken Knüppel auf eine im 65. Lebensjahr stehende Frau Ganske eingehauen, die mit einem Sohn und einer Tochter im Hause wohnt. Die Familie Ganske hat hier seit 1. Januar 1908 die Hausreinigerstelle, wofür eine monatliche Vergütung von nur 15 M. vereinbart worden war, obwohl das Haus drei Aufgänge hat. Die Miete für die Ganskesche Wohnung war auf 30 M. festgesetzt, mithin waren monatlich noch 15 M. bar zu zahlen. Für Januar blieb die Familie Ganske diese 15 M. zunächst schuldig, weil der junge Ganske für den Verwalter im Hause ein Zimmer und zwei Korridore tapeziert hatte und hierüber erst abgerechnet werden sollte. Die Familie ist arm und befindet sich gegenwärtig in Not. Sie muß mit jedem Groschen rechnen, der ihr als Gelegenheitsverdienst zufällt. Herr Ganske berechnete sich den Lohn für die von ihm geleistete Tapezierarbeit auf mindestens 12 M., Herr Jannusch aber soll versucht haben, ihn mit 3 M. abzuspeisen. In dem Streit, der hierum entstand, griff Jannusch zum Knüppel und schlug erst auf Fräulein Ganske ein und dann auf deren Mutter. Dabei rief er, im Hause habe er zu befehlen, hier sei er der Wirt, er selbst sei hier Polizei usw. Die alte Frau wurde von ihm so schwer getroffen, daß sie auf der Schulter eine dicke, blutunterlaufene Stelle und auf dem Kopf eine stark blutende Wunde davontrug. Ein aus der Nachbarschaft zu Hülfe gerufener Arzt mußte Frau Ganske dem Arzt der nächsten Unfallstation überweisen, weil er selber kein ausreichendes Verbandszeug bei sich hatte und ihm schnelle Hülfe nötig schien. Im Hause Tilsiter Straße 25A herrscht große Erregung über diese gewalttätige Art, „Polizei“ zu spielen. Wir sind gespannt darauf, ob der Besitzer des Hauses sich auf die Seite des Hausreinigers oder des Hausverwalters stellen wird. Die Familie Ganske ist, wie gesagt, arm. Wird der Hausbesitzer mit ihr viel Federlesens machen?

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am vergangenen Donnerstag im Friedrichshain. Dort waren Parkarbeiter mit dem Ausästen der Bäume beschäftigt. Der 60 Jahre alte Parkarbeiter Maatz stürzte aus beträchtlicher Höhe herab und zog sich einen doppelten Beinbruch und einen Armbruch zu.

Wir fragen hier: Ist es überhaupt richtig, mit derartigen Arbeiten, die körperliche Gewandtheit erfordern, einen alten Arbeiter zu betrauen. Uns wird mitgeteilt, daß in der Kolonne, in der sich der Unfall ereignete, jüngere Arbeiter vorhanden waren, die leichter in der Lage waren, solche Kletterarbeiten auszuführen.

Einen tragischen Tod hat eine amerikanische Millionärstochter in Berlin gefunden. Die 17jährige Tochter des in New York bekannten Millionärs Thorb-Richiffens hatte sich hier aufgehalten,

um Kunststudien zu betreiben. Sie wohnte in einem Pensionat in der Schillerstraße. Vor einigen Tagen brachte sie sich versehentlich eine kleine Rißwunde an der Unterlippe bei. Am Sonnabend schwoll die betreffende Stelle plötzlich rapid an und gestern erlag das bedauernswerte junge Mädchen nach furchtbaren Qualen einer Blutvergiftung, die an der Wunde entstanden war. Die Leiche der Verstorbenen wird nach New York übergeführt werden.

Eine erschütternde Tragödie hat sich am Sonntag in der Skalitzer Straße 69 abgespielt. In dem Quergebäude wohnte die Witwe Schulz mit ihrem erwachsenen Sohn Fritz. Der letztere war vor einiger Zeit arbeitslos geworden und alle Bemühungen, wieder Beschäftigung zu erhalten, waren vergeblich. In der Verzweiflung faßte der junge Mensch den Entschluß, sich das Leben zu nehmen. Am Sonnabend kaufte er sich einen Revolver und als er am Sonntag mit der Mutter am Kaffeetisch saß, zog er zum Entsetzen der alten Frau plötzlich die Waffe hervor und jagte sich, bevor ihm die Mutter den Revolver entreißen konnte, eine Kugel in den Kopf. In hoffnungslosem Zustande wurde der Lebensmüde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht.

Im Kinematograph aufgesucht wurde am Sonntagabend ein elfjähriger Knabe aus der Dunckerstr. 77, der seit Montag, den 13. d. M., vom elterlichen Hause unauffindbar abwesend war. Der kleine Ausreißer sollte an diesem Tage einige Besorgungen machen, von denen er jedoch nicht wieder zurückkehrte. Erst vorgestern abend konnte er vom Portier des Kinematographentheaters Ecke Eberswalder Straße und Schönhauser Allee angehalten, der Polizei übergeben und von dieser seinen Angehörigen zugeführt werden. Unter seiner Jacke verborgen trug der Kleine die Montag mitgenommene Markttasche.

Ein Berliner Kriminalbeamter hat in der letzten Nacht zwei Personen durch Pistolenschüsse schwer verletzt. Aus amtlicher Quelle wird darüber gemeldet: „Vor dem Tanzlokal Elysium in der Landsberger Allee 41 gerieten in der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr mehrere Angetrunkene in eine Schlägerei, wobei sie sich in ernster Weise mit Stöcken bearbeiteten. Um diese Zeit verließ der Kriminalschutzmann Stelse vor dem genannten Hause einen Straßenbahnwagen, um sich, vom Dienste kommend, nach seiner in diesem Grundstück belegenen Wohnung zu begeben. Plötzlich schlugen ohne jede Veranlassung die Burschen auf Stelse ein, drängten ihn gegen den Vorgartenzaun und versetzten dem Ueberfallenen, der mit der Brust auf dem niedrigen Zaun lag, einen Hieb mit einem Gummischlauch über den Kopf und einen zweiten über den linken Arm, so daß er zu Boden stürzte. Jetzt rief er um Hülfe, bezeichnete sich als Kriminalbeamter und drohte zu schießen. Darauf brüllten die Kerle; „Kriminalschutzmann! Haut ihn! Stecht ihn!" und drangen von neuem mit Messern und Gummischläuchen auf ihn ein. In seiner großen Bedrängnis gab der Beamte vier Schüsse aus seiner Browning-Pistole ab, von denen der erste versagte, die drei anderen den 25 Jahre alten Möbelpolierer Willy Utecht, Petersburger Straße 38, bei der Witwe Hedwig Kurz wohnhaft, am Unterleib bedenklich verletzten. Utecht wurde sogleich nach dem Krankenhause am Friedrichshain geschafft. Mit ihm brachte man noch einen zweiten Angreifer, der durch Stockhiebe erheblich verletzt worden war und bewußtlos auf dem Pflaster lag, nach dem genannten Krankenhause. Stelse, der Verletzungen am Hinterkopf, mehrere Schwellungen auf dem Scheitel, Wunden an beiden Armen und Händen davongetragen hatte und über Brustschmerzen klagte, ist dienstunfähig. Eine neugierige Menge von etwa hundert Personen konnte ohne große Mühe zerstreut werden. — Der Genosse des schwerverletzten Utecht, der mit ihm nach dem Krankenhause im Friedrichshain geschafft worden war, ist als der Kutscher Otto Pätzel, geboren am 8. März 1885, ermittelt worden. Ein dritter Exzedent, der 20 Jahre alte Arbeiter Karl Lange, ist der Kriminalpolizei zugeführt worden."

Ob diese Darstellung, die zugunsten des Beamten spricht und nach der sich der Beamte bedroht gefühlt und in Notwehr gehandelt hat, so ganz zweifelsfrei ist, müssen wir dahingestellt sein lassen. Eine nähere strenge Untersuchung ist sicher am Platze.

Ein gefährlicher „Kinderfreund" trieb am Sonntagabend im Südosten sein Unwesen. Er lockte ein fünfjähriges Kind der Witwe P., Melchiorstr. 36, in den Hausflur des Hauses Adalbertstr. 34 und war im Begriff, mit der Kleinen unsittliche Handlungen vorzunehmen. Das Kind fing an zu schreien und da gerade zwei Männer die Treppe des Hauses herabkamen, nahm er von seinem Vorhaben Abstand und ergriff die Flucht nach der Köpenickerstraße zu. Es gelang nicht, den Buben festzustellen. Er war von großer schmächtiger Statur, ohne Bart, hatte jugendliches Aussehen, trug dunklen Anzug ohne Ueberzieher.

Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam in der vergangenen Nacht in der Exerzierstr. 5 Feuer aus, wobei eine Frau Mitz Brandwunden im Gesicht und den Händen erlitt. Die Feuerwehr löschte den Brand und brachte die Verletzte nach der nächsten Unfallstation.

In der Havel ertrunken ist am Sonnabend abend der bei den Berliner Anglern bekannte Anglerwirt Louis Schmidt. Schmidt unternahm mit seinem Freunde Maus eine Partie mittels Pieksschlittens nach dem nahe gelegenen Salzhof, um Bekannte zu besuchen. Von dort waren beide im Begriff, auf der Insel Helgoland einzukehren. Auf der Fahrt nach dort brach Schmidt mit seinem Schlitten ein. Sein Freund konnte ihm in der Dunkelheit keine Hülfe leisten und Schmidt ging unter, indem er noch rief: „Maus, ich kann nicht mehr, ich komme nicht wieder raus." Die Leiche wurde am Sonntagmorgen herausgeholt und nach der nahegelegenen Wohnung geschafft.

Ein zweiter Unglücksfall ereignete sich am Sonntagabend ebenfalls auf der Havel bei der Pionierschwimmanstalt. Dort war der Maurer Ponto in ein offenes Loch geraten. Auf seine Hülferufe eilten die Arbeiter Bree und Haase mit einer Stange zu Hülfe. Ponto war aber schon so entkräftet, daß er sich daran nicht mehr halten konnte. Der Arbeiter Haase kroch an das Loch heran, um ihn im letzten Augenblick noch zu fassen. Inzwischen hatten sich mehrere Personen eingefunden und Haase wurde an den Füßen zurückgezogen samt Ponto. In erstarrtem Zustande wurde Ponto nach einer nahegelegenen Restauration gebracht, wo er sich wieder erholte.

Der Automobilunfall in der Müllerstraße, bei dem der Schüler Walter Jacob überfahren wurde, ist, wie uns noch mitgeteilt wird, weniger verhängnisvoll verlaufen, als es anfänglich schien. Die Verletzungen des Knaben sind leichterer Natur und es steht zu hoffen, daß der Verletzte Ende nächster Woche gänzlich geheilt sein wird. Dem Führer des Autos soll keine Schuld beizumessen sein.

Wer ist die Tote? In der Nacht zum 14. Januar 1908 sprang eine unbekannte zirka 20 bis 22 Jahre alte Frauensperson gegenüber dem Hause Kottbuser Ufer 23 in den Landwehrkanal und ertrank. Die Leiche wurde geborgen und nach dem Schauhause gebracht. Unweit der Landungsstelle wurde später ein roter Damenfilzhut, ein schwarzer Muff und ein weißes Taschentuch, gez. P. W., gefunden. Diese Sachen dürften der unbekannten Person gehören. Die Tote ist 1,70 Meter groß, von schlanker Gestalt, hat dunkelblondes Haar und blaue Augen. Sie war bekleidet mit schwarzem Jakett, graugestreiftem Kleid, dunklem Unterrock mit rotem Futter, weißem Hemd ohne Zeichen, weißer Unterjacke mit Spitzen, grauem Korsett, schwarzen Strümpfen, schwarzen Lederhandschuhen, kleinem goldenen Ring mit rotem Stein und Ohrbommeln. Bei der Leiche wurde ein Portemonnaie mit 5 Pf. vorgefunden. Rekognoszenten wollen sich im Leichenschauhause melden.

Feuerwehrbericht. Am Sonntagmittag wurde die Feuerwehr nach dem Palais des Prinzen Friedrich von Hohenzollern am Tempelhofer Ufer 11 alarmiert. Sofort rückte der Branddirektor Reichel mit 9 Löschzügen dorthin aus. In kurzer Zeit waren 30 Fahrzeuge zur Stelle. Dichter, aus dem Boden dringender Qualm zeigte, daß der Dachstuhl in Gefahr war. Es brannte der Fußboden und Balken. Die Flammen konnten nach Aufreißen des Fußbodens bald gelöscht werden. Das Feuer war durch unvorsichtiges Ausschütten von glühender Asche in einem alten Blecheimer entstanden. Der Boden des Eimers war durchgebrannt; die Flammen hatten dann den Fußboden erfaßt und dadurch Nahrung gefunden. Zum Glück war es heller Tag und die Gefahr gleich bemerkt worden, anderenfalls wäre sie nicht so schnell beseitigt gewesen. Abends um 5½ Uhr mußte die 1. Kompagnie einen größeren Dachstuhlbrand in der Schönhauser Allee 118 an der Ringbahn löschen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand nach einstündiger Tätigkeit auf den Dachstuhl zu beschränken. Ganz in der Nähe, Immanuelkirchstr. 8, war vorher in einem Keller Feuer ausgekommen. Kohlen, Papier u. a. brannten dort.

Um 2 Uhr nachmittags entstand in der 239. Gemeindeschule in der Weißenburger Straße 36 Feuer, das den Fußboden und die Balkenlage erfaßte, aber keine weitere Ausdehnung erlangte. Um 4 Uhr nachmittags rückte der 7. Zug nach der Großen Frankfurter Straße 102 aus. Dort war bei dem Photographen Müller an der Ecke der Krautstraße Feuer ausgekommen, bei dem der Photograph Brandwunden an der rechten Hand erlitten hatte, die ihm von der Feuerwehr verbunden wurde. Nachts stand eine Laube in der Laubenkolonie zwischen Weißensee und Berlin in Flammen. In der Kleinbeerenstr. 28 und Schäferstr. 11 brannten Badezimmer und in der Camphausenstr. 30 und Berlichingenstr. 1 Wäsche, Kleider usw. auf Korridoren. Weihnachtsbäume, Gardinen, Möbel, Teppiche usw. wurden in der Kurfürstenstr. 162, Korsörer Straße 4 und anderen Stellen ein Raub der Flammen. Am Ostbahnhof 15 mußte ein Küchenbrand gelöscht werden. Ferner liefen gestern abend noch Alarme aus der Swinemünder Straße 13 und mehreren anderen Orten ein.

Vorort-Nachrichten.

Seht die Wählerlisten nach, die nur bis zum 30. Januar in den Gemeindebureaus zur Einsichtnahme ausliegen. Wer nicht in der Liste steht, geht seines Wahlrechtes verlustig. Für diejenigen, die selbst die Listen nicht einsehen können, übernehmen die auf Plakaten vermerkten Genossen bereitwilligst die Einsicht in die Listen.

Zu den bereits veröffentlichten Orten geben wir noch bekannt:

Pankow. Die Wählerliste liegt aus im Rathaus, Zimmer 25, wochentags von 8—3 Uhr und Sonntags von 9—1 Uhr.

Johannisthal im Gemeindebureau, Zimmer 2, wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Außerdem beim Genossen Gobin, Roonstr. 2. Die Einsichtnahme in die Liste übernehmen die Genossen Radumke, Roonstr. 4 und Schuhmachermeister Pirsich, Roonstr. 4.

Bezirk Waidmannslust im Gemeindebureau.

Schmargendorf. Wem es nicht möglich ist, selbst nachzusehen, wolle seine genaue Adresse an Arbeiter Theodor Reck, Breitestr. 1 oder an die Gastwirte Christian Bartels, Restaurant „Wirtshaus Schmargendorf", Warnemünder Straße 6 und Adolf Pötscher, „Gasthaus zum Lindenbaum", Spandauerstr. 40, abgeben.

Grünau. Die Einsichtnahme in die Liste übernehmen unter Aushändigung einer zuverlässigen Legitimation die Genossen Wilh. Cöhn, Bahnhofstr. 8, Ernst Mietzner, Königstr. 2 und Johann Franz, „Grüne Ecke".

Tegel: Im Gemeindebureau wochentags von 8—1 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags; Sonnabend von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr; Sonntag vormittags von 10—1 Uhr.

Charlottenburg.

Die **Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung** hat in ihrer nächsten Sitzung am Mittwoch eine außergewöhnlich wichtige und umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Der öffentlichen Sitzung, die erst um 7 Uhr beginnt, geht eine nichtöffentliche Sitzung voran. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung steht u. a. die Wahl von vier unbesoldeten Stadträten, der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Errichtung einer Schulzahnklinik, der sozialdemokratische Antrag betreffend Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten und gerechtere Einteilung der Wahlbezirke, die Magistratsvorlage betreffend Beitritt der Stadtgemeinde Charlottenburg zu dem Verkehrsverbande und die Vorlage betreffend Einführung einer Gemeinde-Schankerlaubnissteuer: diese Steuer soll nach den Vorschlägen des Magistrats 300 M. betragen, wenn der Gewerbebetrieb von der Gewerbesteuer frei ist, sie steigt auf 800 M., wenn der Gewerbebetrieb in die vierte Gemeindesteuerklasse gehört, auf 1800 M. in der dritten, auf 2800 M. in der zweiten und auf 4000 M. in der ersten Klasse. Begründet wird diese Ausnahmesteuer einmal damit, daß es notwendig sei, neue Steuerquellen zu erschließen und zweitens mit allgemeinen Redensarten, wie daß dadurch die Vermehrung der Gastwirtschaften erschwert, die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse gebessert würden u. dergl. Die Einnahme wird auf 488 000 M. und im Falle die Steuer die Zahl der Konzessionen um die Hälfte verringert, auf 240 000 M. geschätzt. Hoffentlich gelingt es, die Vorlage, gegen die die Gastwirte mit Recht lebhaften Protest erheben, zu Falle zu bringen. Braucht die Stadt Geld, dann möge sie gerechte, alle Schichten der Bevölkerung im Verhältnis zu ihrem Einkommen treffende Steuern erheben, nicht aber Sonderbestimmungen für einzelne Gewerbetreibende treffen.

Rixdorf.

Eine furchtbare Ueberraschung wurde gestern der Ehefrau des Fahrers Schrapp, Canner Chaussee 18, zuteil. Als sie an das Bett ihres vier Monate alten Zwillingspärchens herantrat, fand sie beide Kinder zu ihrem Entsetzen tot vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt untersuchte die beiden Leichen, er vermochte die Todesursache jedoch nicht festzustellen. Die Polizei hat die Leichen beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhause überführen lassen.

Treptow-Baumschulenweg.

Aus der Gemeindevertretung. Das im Dezember von der Vertretung im Prinzip genehmigte Projekt eines Sportplatzes, welches ein Konsortium mit einem Kapital von 1½ bis 2 Millionen Mark errichten wollte, hat im einzelnen nicht die Zustimmung der Aufsichtsbehörde gefunden. Das ganze Projekt ist deshalb zurückgezogen worden. — Das der Gemeinde für gemeinnützige Zwecke im Laufe der Jahre überwiesene Geld im Betrage von 13 000 M. wurde dem Krankenhausbaufonds zugeteilt, welcher damit die Summe von 23 000 M. erreicht. — Die Einrichtung von Wochenmärkten wurde von fast allen Gemeindeverordneten als wünschenswert bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die von 74 Geschäftsleuten dagegen ins Feld geführten Gründe nicht stichhaltig seien. Auch der Bezirksausschuß habe die Einrichtung von Wochenmärkten befürwortet, weil dadurch eine bessere Kontrolle der Nahrungsmittel möglich sei. Die Beschlußfassung wurde vertagt, weil die Einwohner in ihrer Mehrheit sich neutral verhalten. — Für die Einrichtung von Nachhülfestunden für Schifferkinder, welche nur in den paar Wintermonaten die Schule besuchen können, wurden 140 M. bewilligt. — Die zwei Armenkommissionsbezirke, welche sich als zu groß erwiesen haben, wurden in fünf zerlegt; davon liegen der erste und zweite innerhalb der Ringbahn, geteilt durch die Kiefholzstraße, der dritte von der Ringbahn bis Dammweg und der vierte und fünfte in Baumschulenweg, geteilt durch die Kiefholzstraße. Als Kommissare wurden die Herren Götze, Huhn, Ebel, Vierling und Kurth ernannt. — In den Etatsausschuß wurde von unseren Vertretern Genosse Gerisch, da derselbe aber erkrankt ist, als dessen Substitut Genosse Gramenz gewählt. — Die vom Rixdorfer Polizeipräsidenten befürwortete Einrichtung eines Wohnviertels im Bereich der Köllnischen Wiesen in der Gegend der Karpfenteichstraße, in welchem, wie in dem angrenzenden Teile Rixdorfs, die Industrie fast ganz ausgeschaltet werden soll, zeitigte eine längere Debatte. Von unseren Genossen wurde ausgeführt, daß dem Wunsche, gesunde Wohnviertel zu errichten, wohl zuzustimmen sei, die Industrie jedoch nicht ganz ausgeschaltet werden dürfe. Die Vorlage ging an eine Kommission, der auch Genosse Gramenz angehört. — Ein Antrag unserer Genossen, im Ortsteile Baumschulenweg eine Badeanstalt zu erbauen und in eigener Regie zu verwalten, wurde von den Genossen Gramenz und Karow begründet. Im Prinzip erklärte sich die Gemeindevertretung wohl damit einverstanden, nur glaubt man, daß, wenn die Gemeindeverwaltung die Badeanstalt selbst verwalte, zu hohe Kosten entstehen würden. Der Antrag wurde dem Gemeindevorstande zur näheren Prüfung überwiesen.

Adlershof.

Die letzte Gemeindevertretersitzung hatte sich hauptsächlich mit Ersatzwahlen zu den einzelnen Kommissionen zu beschäftigen, welche durch den Tod des Schöffen Spring notwendig wurden. Von unseren Genossen wurden Wölbling in die Kommission für die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das forstfiskalische Gelände, Büttner in die Kommission für die Erbauung eines Feuerwehrdienstgebäudes und Hildebrandt in die Kommission zur Schaffung eines Müllabladeplatzes und in die Regenwasserleitungs-Kommission gewählt. Bei dem Antrage, Gründung einer neuen Lehrerstelle zum 1. April 1908, teilte der Gemeindevorsteher mit, daß heute schon eine fliegende Klasse vorhanden und vom 1. April ab mit zwei fliegenden Klassen zu rechnen ist. Bekanntlich ist ein Anbau an die zweite Gemeindeschule beschlossen. Die Gründung der Lehrerstelle wurde beschlossen. Bei dem Punkte Beschlußfassung über Einsetzung einer Schuldeputation nahmen unsere Genossen Veranlassung, die Abhängigkeit einer solchen Deputation von der Regierung zu kennzeichnen. Außerdem bot sich hierbei Gelegenheit, das Verhalten der bisherigen Schuldeputation gegen den hiesigen Arbeiter-Turnverein nochmals scharf zu beleuchten und mußten sich die der Gemeindevertretung angehörigen Deputierten von allen Rednern, auch den bürgerlichen, recht unangenehme Worte betreffs der damals erteilten Antwort sagen lassen. Als Protest gegen das Verhalten der bisherigen Schuldeputation stimmten unsere vier Vertreter und die Herren Dr. Saling und Lutze gegen den Antrag und beteiligten sich nicht an der Wahl, in welcher die Vertreter Dr. Baurath und Lindenberg gewählt wurden. In der Enteignungsangelegenheit der Kaiser-Friedrich-Straße hat der Bezirksausschuß folgende Entschädigungen an die Anlieger festgesetzt: Strahl 756 M., Krüger 763 M., Lutze 2300 M. und Rohkrämer geb. Wolff 2030 M. Die Uebernahme des ganzen Grundstücks der Frau Rohkrämer wurde abgelehnt. Unter Geschäftlichem teilte der Gemeindevorsteher Zahlen aus einer Statistik mit, nach welchen im Jahre 1907 der Zugang 2834 und der Fortgang 2475 Einwohner betrug, also hat sich die Einwohnerschaft aus dem Zu- und Abgange nur um 359 Einwohner vermehrt. Im ganzen zählt der Ort jetzt 9960 Einwohner. Auf Anregung unserer Gemeindevertreter liegen auch am Sonntag, den 26. Januar, vormittags von 8—12 Uhr, die Gemeindewählerlisten zur Einsichtnahme aus. Der Gemeindevertretersitzung ging die Wahlhandlung eines Schöffen an Stelle des verstorbenen Schöffen Spring voraus. Gewählt wurde mit 8 gegen 7 Stimmen der Fabrikbesitzer Kaiser. Die Wahl bedeutet wiederum eine Stärkung des konservativen Elements in der Gemeindeverwaltung.

Bernau.

In der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte die Einführung der wieder- und neugewählten Stadtverordneten, darunter auch der Genossen Gustav Krüger und Ferdinand Dräger. Den Jahresbericht der Stadtverordneten-Versammlung pro 1907 gab der Vorsteher. Die bedeutendsten Beschlüsse betrafen die Erbauung des Liepnitz-Restaurants, die Erbauung eines städtischen Krankenhauses und die Anfertigung eines umfangreicheren Bebauungsplanes. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des Vorstehers, desgleichen die Wiederwahl des stellvertretenden Vorstehers gegen vier Stimmen sowie Neuwahl eines Schriftführers gegen vier Stimmen und die einstimmige Wiederwahl des vereideten Protokollführers. Da am 1. April 1908 die Zusammensetzung der Schuldeputation auf Grund des Gesetzes vom 28. Juli 1906 neu zu erfolgen hat, wurden die bisherigen drei Mitglieder der Schuldeputation von der Versammlung wiedergewählt, nachdem sie vorher auf Anfrage die Erklärung abgegeben hatten, daß sie sich außer der Wahl des Rektors noch für die Wahl zweier Lehrer, statt eines Lehrers und eines Pastors zu entscheiden gewillt sind. — Der Antrag unserer Genossen, die Anstellung eines Schularztes betreffend, wurde von unseren Genossen Helbig und Krüger begründet. Derselbe wurde, nachdem er auch von verschiedenen Bürgerlichen anerkannt wurde, der neugewählten Schuldeputation als erste Arbeit im April zur gutachtlichen Aeußerung überwiesen. Ein weiterer Antrag unserer Genossen, die Abänderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr., wurde einer Kommission, bestehend aus dem Vorstand und drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung in die auch Genosse Helbig gewählt wurde, zur Ausarbeitung überwiesen. — Die Regulierung der Zepernickerstraße mußte zurückgesetzt werden, weil ein Teil sogar begüterter Besitzer, die an genannter Straße unbebaute Grundstücke zu liegen haben, sich weigerten, die auf sie entfallenden Kosten zu entrichten.

Potsdam.

Stadtverordneten-Sitzung. Eine Eingabe der Allgemeinen Ortskrankenkasse, welche sich gegen die vor kurzem beschlossene Erhöhung der Verpflegungskosten, vor allem aber gegen die Bestimmung richtet, daß mit Gemeinden, Krankenkassen keine Extratarife abgeschlossen werden sollen, wird gar nicht verlesen — sie soll zu lang sein —, sondern dem Ausschuß für Bittgesuche überwiesen. Die Besprechung der Haltestellen und Tariffrage der städtischen Elektrischen zeigte, daß der Zehnpfennig-Einheitstarif keine Aussicht hat, jemals in Potsdam eingeführt zu werden. Der Stadtv. Zappe, der als einziger für eine solche Einführung eintrat, führte zu seiner Begründung an, daß man seitens der Stadtgemeinde beim Abschluß mit Nowawes für die Strecke Wallstraße (Nowawes)—Potsdam (Wilhelmsplatz) den Zehnpfennig-Fahrpreis festgesetzt habe; es ist dies eine Strecke, für deren Länge man in Potsdam selbst 20 Pf. zahlen müsse. Er fand mit seinen Ausführungen aber keine Gegenliebe in der Versammlung, da die Mehrzahl ihrer Mitglieder auf dem Standpunkt steht, daß die Straßenbahn vor allem Ueberschüsse bringen müsse, um so wenigstens im Jahre 1910 den Ausfall der Schlacht- und Fleischsteuer teilweise zu ersetzen. — Zum Schluß fand eine Schuldebatte statt. Die hiesige katholische Schule hatte bis jetzt einen fünfstufigen Lehrgang, so daß also in den drei obersten Klassen (bei überhaupt nur fünf Klassen) die Lehrgänge zweijährig waren. Vom Magistrat war aus Sparsamkeitsrücksichten vorgeschlagen, den sechsstufigen Lehrgang einzuführen, da man eventuell bei einem siebenstufigen befürchten müsse, die vierte Klasse zu teilen, wodurch dann vielleicht eine Mehrausgabe entstände. Nur der Stadtv. Walter verteidigte diesen Magistratsvorschlag. Der neugewählte Stadtverordnete der dritten Abteilung, Lehrer Kiesche, forderte bei dieser Gelegenheit „Gleiches Recht für alle" — natürlich nur im Schulwesen. Mit seinem Standpunkt, daß die ausgerechnete Frequenzziffer einer Klasse mit 62 noch ganz gut um einige Schüler erhöht werden könnte, dürfte er der Lehrerschaft gewiß keinen großen Gefallen getan haben. Die Versammlung beschloß den siebenstufigen Lehrgang einzuführen.

Vermischtes.

Nach zwanzig Jahren entdeckt wurde ein Mord, welcher in der Nähe des Städtchens Pasewalk verübt worden ist. Bei Ausschachtungsarbeiten auf einem Scheunengrundstück wurde in einem Fach neben der Tenne ein Skelett aufgefunden, welches mit einer

etwa fünf Zentimeter hohen Erdschicht bedeckt war. Der Mörder hat die Leiche jedenfalls an der Fundstelle verscharrt und die Erde dann mit Spreu überschüttet, so daß das Verbrechen nicht entdeckt werden konnte. Seitens der Staatsanwaltschaft werden jetzt Erhebungen darüber angestellt, ob vor etwa zwanzig Jahren in jener Gegend ein Mann als verschwunden gemeldet worden ist.

Vier Kinder ertrunken. In Maldeuten wollte, wie die „Elbinger Zeitung" meldet, gestern der Eigentümer Hensel aus Wilmsdorf zur Generalprobe der Kaisergeburtstagsfeier über die Eisdecke des Samrodtsees bei Maldeuten fahren. Als das Schlittenfuhrwerk, auf dem sich acht Personen, darunter fünf Kinder befanden, in der Nähe der Eisenbahnbrücke war, brach die Eisdecke ein und das ganze Fuhrwerk stürzte ins Wasser. Drei Kinder wurden als Leichen geborgen, ein viertes Kind wurde noch mit schwachen Lebenszeichen aus dem Wasser gezogen, ist aber inzwischen gestorben. Die übrigen Personen wurden gerettet.

Ein dreifacher Schwesternmörder. Aus Wien wird gemeldet Ein grauenhaftes Verbrechen, das vor vier Jahren in Oesterreich verübt worden ist, scheint jetzt seine Aufklärung finden zu sollen. Unter dem dringenden Verdacht, in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember 1903 die drei Schwestern Krischke, Töchter einer im Botewald im nördlichen Mähren wohnenden Witwe, ermordet zu haben, wurde der eigene Bruder der Ermordeten, der 26jährige Johann Krischke, in Wien festgenommen.

Ein neuer Bahnunfall. Mannheimer Meldung zufolge ist gestern früh 5 Uhr 15 Minuten der um 4 Uhr 15 Minuten in Mannheim abgehende Personenzug 736 vor dem Signal der Station Graben-Neudorf auf den abgerissenen Schluß des vorausfahrenden Güterzuges 6264 aufgestoßen. Reisende wurden nicht verletzt. Der Zugführer und der Heizer des Personenzuges wurden leicht verwundet. Beide Gleise sind gesperrt. Die Schnellzüge werden über Heidelberg—Bruchsal umgeleitet. Der durchgehende Personenzugverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten.

In den Flammen umgekommen. In Temuco kamen, einer Meldung aus Santiago de Chile zufolge, bei einem Brande, durch den dreißig Häuser zerstört wurden, drei Personen ums Leben, mehrere wurden verletzt.

Bergmanns Grab.

Sonntag morgen gegen 5 Uhr ereignete sich, wie aus Charleroi berichtet wird, in der Grube „Couchant de Flénu" eine Explosion schlagender Wetter, wobei sechs Arbeiter getötet und 25 Arbeiter verwundet worden sind. Die Explosion fand in einer Tiefe von 800 Meter statt.

Straßenbahnunfall in Paris.

Wie aus Paris gemeldet wird, stießen infolge Nebels am Sonntagnachmittag in Vitry-sur-Seine zwei Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen; vierzig Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer.

Genickstarre. Eine Meldung aus Paris von gestern besagt: In der Dayoust Kaserne in Douai sind drei Fälle von Genickstarre aufgetreten. Ein Soldat ist der Krankheit bereits erlegen.

An Hitzschlag gestorben. In Melbourne herrscht, wie eine Meldung von dort besagt, so starke Hitze, daß zahlreiche Fälle von Hitzschlag vorkommen; in ganz Viktoria nahmen 32 Fälle von Hitzschlag einen tödlichen Ausgang.

Eingegangene Druckschriften.

„In Freien Stunden". 11. Jahrgang, 2. Band, ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen.

Er enthält: „Die Pilger der Wildnis" von Johannes Scherr. — „Eine Herrenbossage" von Selma Lagerlöf. — „Rosa und Ninette" von Alfonse Daudet. — „Romeo und Julia", eine Erzählung aus dem Italienischen. — „Ums Herz", eine Erzählung des verstorbenen Genossen Robert Schweichel, und eine überaus lustige Humoreske von W. W. Jacobs: „Kapitän Bosselmanns Extratour".

Der Preis für den gebundenen Band beträgt: In Leinen 3,50 M., in Halbfranz 4 M.

Heft 1 und 2 des neuen Jahrgangs sind bereits erschienen. Begonnen haben in Heft 1 der Roman „Das Einaug" von Leon Cladel und die Erzählung „Sigrid, das Fischermädchen" von Theodor Mügge. Der Preis des einzelnen Heftes ist 10 Pf.

Von der Wochenschrift **„Kommunale Praxis"**, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, sind die Nummern 2 und 3 des neuen Jahrgangs soeben ausgegeben.

Von Eduard Bernsteins **„Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung"**, Band 2, sind die Lieferungen 1 und 2 erschienen. Der ganze Band umfaßt 17 Lieferungen a 30 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Polnischer Sozialist. Wenden Sie sich an Merkowski, Andreasstr. 26. — **B. Gladbach.** Die Stadt kann Beiträge in der von Ihnen geschilderten Art erheben. Eine Grenze ist im Gesetz nicht angegeben, jedoch bedarf das Statut der Genehmigung der Regierung. Im Streitfall ist im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden, ob eine erhebliche Abnutzung stattgefunden hat. — **Männe.** 1. Der Mietsstempel beträgt ein Zehntel vom Hundert des Mietszinses. Der Mindeststempel ist 50 Pf. Der Stempel ist nur zu entrichten, wenn die Miete nach der Dauer eines Jahres berechnet mehr als 300 M. beträgt. Der Stempel beträgt bei einer Miete von 300 bis 500 M. 50 Pf., von 500 bis 1000 M. 1 M., von 1000 bis 1500 M. 1,50 usw. Ein Vertrag, der vom Oktober 1907 bis Oktober 1908 läuft, hat einen Stempel für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. Januar und vom 1. Januar bis zum 1. Oktober zu zahlen. 2. Den Stempel bekommt der Staat. 3. Für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar 50 Pf. **J. B. 40, Rixdorf.** Der Kirchenaustritt erfolgt durch mündliche Erklärung vor Gericht. Dieser mündlichen Erklärung zu Protokoll des Gerichts geht die schriftliche Mitteilung dessen voraus, der austreten will. Nachdem Ihre dahin gerichtete Mitteilung beim Gericht eingegangen ist, erscheinen Sie ohne Vorladung abzuwarten innerhalb des 29. und 42. Tages nach Eingang Ihres Gesuches bei Gericht und geben zu Protokoll Ihre Austrittserklärung ab. Die Kosten betragen 3 Mark und etwa 50 Pfg Schreibgebühren. — **A. B. 1908.** 1. Aus den Ministerien. 2. Der Bundesrat besteht aus den Vertretern der Regierung der einzelnen Staaten. 3. In Liquidation heißt in Auflösung. — **Tz. 40.** Wir wollen der Sache gern nachgehen, wenn Sie uns Ihre Adresse angeben und genaue Unterlagen geben können.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft flau, Preise nachgebend. Wild: Zufuhr sehr reichlich, Geschäft still, Preise etwas nachgebend. Geflügel: Zufuhr in Gänsen genügend, sonst gering, Geschäft matt, Preise gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr ausreichend, Geschäft sehr still, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 20. Januar 1908.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	769	SW	2	bedeckt	−2	Haparanda	752	SSO	2	bedeckt	−6
Hamburg	770	NNW	2	bedeckt	0	Petersburg	759	NW	1	wolkenl.	−7
Berlin	769	WSW	2	bedeckt	−1	Scilly	774	NO	4	wolkig	7
Frankf. a. M.	771	W	2	bedeckt	−1	Aberdeen	770	SW	2	wolkig	2
München	772	SO	2	Nebel	−5	Paris	772	NNO	1	Nebel	−1
Wien	772	Still		Nebel	−2						

Wetterprognose für Dienstag, den 21. Januar 1908.

Ziemlich trübe und nebelig bei gelindem Frost und schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 1. cm	seit 18. 1. cm [1]	Wasserstand	am 19. 1. cm	seit 18. 1. cm [1]
Memel, Tilsit	207 [2]	+15	Saale, Grochlitz	148	+4
Pregel, Insterburg	168 [3]	+60	Havel, Spandau [3]	101	−3
Weichsel, Thorn	218 [3]	−2	„ Rathenow [3]	152	0
Oder, Ratibor	132 [3]	+12	Spree, Spremberg [3]	102	−2
„ Krossen	146	+2	„ Beeskow	154 [3]	−2
„ Frankfurt	281 [3]	+5	Weser, Münden	−35	+17
Warthe, Schrimm	176	+1	„ Minden	—	—
„ Landsberg	80 [3]	+4	Rhein, Maximiliansau	282	+2
Netze, Vordamm	72 [4]	+11	„ Kaub	89	−8
Elbe, Leitmeritz	−45	−3	„ Köln	96 [3]	−4
„ Dresden	150 [3]	+16	Neckar, Heilbronn	16	−3
„ Barby	93 [3]	6	Main, Wertheim	97	−2
„ Magdeburg	90	0	Mosel, Trier	69	−4

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eisfrei. — [5]) Fast eisfrei. — [6]) Schwacher Eisgang. — [7]) Treibeis.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 21. Januar.

Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Therese. Das war ich. Slavische Brautwerbung.
Königl. Schauspielhaus. König Oedipus.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Fräulein Julie. Die Neuvermählten. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Lessing. Die gelbe Nachtigall.
Neues Schauspielhaus. Wolkenkratzer.
Lustspielhaus. Panne.
Lortzing. Zar und Zimmermann.
Berliner. Blaubart.
Neues. Baccarat.
Kleines. Mandragola.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Hexenkessel. Immergrün.
Schiller Charlottenburg. Der Richter von Zalamea.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. König Heinrich.
Westen. Ein Walzertraum.
Theater an der Spree. Hokuspokus.
Komische Oper. Tiefland.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Residenz. Bibi.
Luisen. Geschlossen.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Er und seine Schwester.
Bernhard Rose. Die arme Mieze.
Bürgerl. Schauspielhaus. Mutter und Sohn.
Carl-Haverland-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Hymack. La belle Alexia. Genées.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Mal was andres. Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen.
Parodie. Nachtasyl. Rosenmontag. Tannhäuser.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Passage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten.
Borussia-Variété, Ackerstr. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Theater 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. Hörsaal 6 Uhr: Prof. Donath: Elektromechanik. Hörsaal 8 Uhr: Dr. C. Thesing: Entwickelungsgeschichte und Systematik als Beweis für die Abstammungslehre.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Abends 8 Uhr:
Blaubart

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Baccarat.
Hierauf: Vision der Salome.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Mandragola.
Mittwoch zum erstenmal: Der Unsichere.
Donnerstag: Mandragola.
Freitag: Der Unsichere.
Sonnabend: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.** Operette von Oskar Strauß.
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
König Heinrich.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, Donnerstag: Madame Sans Gêne.
Freitag, Sonnabend: König Heinrich.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr zum 1. Male:
„Bibi."
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Deutsch von M. Schönau.
Bretillot: Richard Alexander.
Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Hexenkessel.
Schausp. in 3 Akten von Georg Engel.
Hierauf:
Jungfer Immergrün.
Volksstück in 1 Akt v. E. v. Wildenbruch.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Hierauf: **Jungfer Immergrün**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel in 3 Aufzügen v. Calderon de la Barca.
Deutsch von Adolf Wilbrandt.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Philister. Hierauf: **Die Lore.**

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Dienstag 8 Uhr: **Lieder-Abend. Artur v. Ewcyk** (Gesang). **E. Langenheinrich** (Klavier).

Biogr.-Theater „Westend" Charlottenburg, Potsdamerstr. 11.
Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr. Sonntags von 3—11 Uhr.
Stetiger Eingang von Neuheiten.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Hörsaal 6 Uhr:
Prof. Donath: Elektromechanik.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. C. Thesing: Entwickelungsgeschichte und Systematik als Beweis f. die Abstammungslehre.

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Mittwoch abend 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen.
Donnerstag abend 7½ Uhr: Das Glöckchen des Eremiten.

Zentral-Theater.
Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Heute: **Geschlossen.**
Mittwoch zum erstenmal: Des Mädchens Lebenswege.
Donnerstag: Wallensteins Tod.
Freitag: Erziehung zur Ehe.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Lügenmäulchen und Wahrheitsmündchen. Abends: Zirkusleute.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wallensteins Tod. Abends: Des Mädchens Lebenswege.
Montag: Ein gastliches Haus. Hierauf: Er muß taub sein.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
La belle Alexia, die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.
Siegwart Gentès in seiner Opernprobe.
Hymack, der Mann mit den Handschuhen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr:
Rudolf Mälzer
15 erstklassige Nummern 15.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die arme Mieze.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Mittwoch Benefiz K. Richter: Der Kaufmann von Venedig.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 21. Januar, abends 7½ Uhr:
Vorzügliches Programm,
u. a.: **Klein Family** mit dem urkomischen Neger.
Um 9½ Uhr zum **30.** Male,
Ende 11 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin:
Amerika
z. Z. der Sklaverei u. Trachten von 1861—1863.
Richter Lynch:
Das Fleddern eines Hammeldiebes.
Das Bad
der widerspenstigen Neger.
Rauh-Reiter
Manöver auf **import.** Maultieren.

Theater an der Spree
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:
„Hokuspokus"
Neueste Berliner Gesangsposse.
(Ausverkauft bis Freitag inkl.)

W. Noacks Theater
Direktion: Rod. Dill. Brunnenstr. 10.
Benefiz Karl Reich:
Police II. 24.
Kriminal-Schauspiel nach dem letzten Roman der „Berliner Morgenpost" von Karl Reich.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.
Donnerstag: **Othello, der Mohr von Venedig.**

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 21. Januar 1908:
Der Fechter v. Ravenna.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Halm.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Dienstag, den 21. Januar 1908, abends 7½ Uhr präzise:
Große Vorstellung!
The Kremo Family, 10 Personen. Austr. des Herrn Kommissionsrat Gustav Stensbeck, Direktor des Berliner Tattersalls als Gast. Bros. Clarkonianks aus Amerika! Das Phänomenalste auf d. Gebiet der Luftgymnastik! Ferner: Herr Ernst Schumann, Neudressuren. Fr. Estelle Prevál, Schulreiterin. Um ca. 10 Uhr: **Auf der Halligk** Gr. Ausst.-Pant. d. Zirkus Busch in 4 Bildern. Vorher das gr. Progr.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch!
Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater.
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hanni lacht
Operettein 1 Akt v. Jacques Offenbach.
Hierauf das neue bunte Programm.
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Lustspiel in 3 Akten v. M. Hennequin.
Sonntag 4 Uhr: **Biederleute.**

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 67. Anfang 8 Uhr.
Zum 3. Male:
Nachtasyl.
Zum 80. Mal:
Tannhäuser.
Monna Vanna.

F. Happoldt's
Neuer Konzertsaal.
Dienstag:
Gesellschafts-Abend. Graf.
Mittwoch:
Vörös Miska-Konzert.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Strelitzerstr. 1.

Doppelte Rabatt-Marken
geben wir
diese Woche.

Lachmann & Scholz

Turmstraße 76 — Warenhaus „Moabit". — Turmstraße 76

Inventur-Restbestände und große **Gelegenheitsposten**
kommen **diese Woche** spottbillig zum Verkauf!

Doppelte Rabatt-Marken!

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Wintergarten
Neues Programm.
Ruth Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Roches Affen
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist, und viele andere erstklassige Spezialitäten.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
●● Der Gipfel ●●
Herrnfeldschen Humors
Papa und Genossen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und
Der Fall Blumentopf

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch Ausstattungsakt.
Mestrum, Komiker.
Prolongiert! Prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Varietékünstler.
Tunnel: Bockbierfest. Regimentskapelle, Tiroler Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Palast-Theater
Burgstraße 21.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Gastspiel von
Baronesse Andrikonoff
mit ihrer Hundemeute.
Serenissima im Variété
verfaßt von
Dr. Fritz Friedmann.
Dazu der
Januar-Riesenspielplan.

Borussia-Varieté-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowski.
Ackerstraße 6–7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftrat. v. 15 Künstler-Spezialit.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant: Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Dritter Wahlkreis.

Sonnabend, den 25. Januar, in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses Engelufer 15:

17. Stiftungs-Fest.

::: KONZERT :::

ausgeführt von den **Zivilberufsmusikern** unter Mitwirkung der deutsch-schwedischen Konzertsängerin Frl. **Thyra Nordström** und des **Berliner Ulk-Trio.**

Reigenfahren des Berliner Arbeiter-Radfahrervereins (M. d. A.-R.-B. „Solidarität").

Großer BALL. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf.

Anfang 8½ Uhr. 213/1* **Billetts 30 Pf.**

Um zahlreichen Besuch ersucht — Der Vorstand.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette – meine Frau.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Cyprienne.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Geltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Die berühmte Jahnke-Kompagnie,
Zahnathleten ohne Konkurrenz.
Vater und Sohn.
Volksstück mit Gesang.
Außerdem: 16 Spezialitäten.
Jeden Abend: Duskes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.
Jeden Sonnabendnachmittag 3½ Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.

Sanssouci Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Kolmer.
Heute Dienstag:
III. große Spezialitätenvorstellung.
Beginn 8¼ Uhr.
Gastspiel des urkomischen Buchholz-Ensembles:
Ein Abenteuer im Witwen-Verein.
Tanzkränzchen.

Buggenhagen
Moritzplatz im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offenen, Lättich.

Eile zu Weile.
119 Dresdener Str. 119
Eckhaus Oranienplatz
Räumungs-Verkauf.
Pelz- Stolas, Krawatten, Muffen u. s. w.
Nur prima Waren
zu
wirklich billigen
Inventur-Preisen.

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang

Heute und morgen kommen 150 Stück 1907er
Hühner, garantiert junge beste Leger, a 2,50 M. u. 60 gewöhnl. Zuchtenten a 80 Pf. zum Verkauf. F. Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34. 101/20+

Arnold Scholz. **„Neue Welt"** Hasenheide 108/114.
Täglich Original-Bayrisches Bockbierfest.
Baron Muckl's Original-Bauernkapelle.
Max vom Heede's Original-Tyrolertruppe.
30 Original-Bayrische Madl.
Heute:
Prämiierung der schwersten Dame
3 Preise: Mark 75,—, Mark 50,—, Mark 25,—.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pfennig.

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Ausnahmepreise für Januar
Essenträger, gefüllt
mit Melangemarmelade
90 Pf.
so lange der Vorrat reicht.
Zu haben in allen Geschäften Berlins und Vororten, welche unsere Waren führen.
Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges.

Leih-Haus Charlottenburg — Friedrich-Karl-Platz 12
Beleih. v. Brillant., Gold- u. Silbersach. Uhren, Büch., Wäsche, Kleidungsst. 2c

Bolero
ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die
feinste 2 Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!

Engelhardt-Malzbier das beliebteste, überall käuflich.
Preis 10 Pf. pro Flasche.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Zigarrenhändler
August Ringe
am Sonntag, den 19. Januar cr., plötzlich und unerwartet verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Briher Gemeindefriedhofs in der Chausseestraße aus statt.
Die trauernde Witwe
Wilhelmine Ringe geb. Dalig!

Danksagung.
Hiermit sagen wir allen Freunden, Kollegen und Bekannten für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, Groß- und Schwiegervaters, des Tischlers
Karl Zarthe
unseren innigsten Dank. 26215
Frau Zarthe nebst Kindern.

Kranken- und Sterbekasse der Fuhrherren, Kutscher und Berufsgenossen „Eintracht"
E. H.-K. No. 80
zu Berlin, Steinstr. 17.
Die ordentliche
General-Versammlung
der Mitglieder findet am Freitag, den 24. Januar cr., abends ½9 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m, statt.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht für das Verwaltungsjahr 1907.
2. Wahl des Vorstandes und der Kassenrevisoren.
3. Anträge auf Statutenänderung der §§ 6, 12, 16, 22 und 25.
4. Verschiedenes. 26305
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. A.: Suko.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 14752*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 21/22.

Fabrikräume
180 □m, Reinickendorfer Str. 105, im ganzen oder geteilt, auch für Lagerzwecke, ferner Lagerkeller per 1. April 1908 oder früher mit Kraftanschluß billig zu vermieten.
Verwalter Sandmann, Gartenstraße 85. 16992*

Händler und Hausierer
verlangt Preisliste 80 Kurz-, Band-, Leder- u. Stahlwaren, Seifen und alle einschlägigen Artikel von Wilhelm Sonnenberg (Inh. S. Rosenstein), Hamburg 49, Großneumarkt 24.
Spezial-Engros-Geschäft nur für Händler, Hausierer und Marktreisende. Versand überallhin gegen Nachnahme.

Inventur-Extrapreise!
nur einmal jährlich im
Steppdecken-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Filialen!
Sonderangebote
Bunt Cretonne Ersatz für Deckbett 3.00
Similiseide / Wollatlas in den Farben rot, blau, oliv 4.15 5.25 / 5.85 8.50
Bunte Normal-Schlafdecken 1.85 2.50 3.50
Wolldecken ganz dick 3.00 4.00
Reisedecken (engl.) getigert 6, 8, 10 M.
Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Unserem Rendanten und Genossen
Hermann Kraatz
Diessenbachstr. 31
zu seinem Geburtstage herzlichen Glückwunsch. Sparverein Ebbe.

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Unser treues Mitglied, der Arbeiter
Karl Raffelt
(I. Abteilung)
ist dahingeschieden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, auf dem Pius-Kirchhof in Wilhelmsberg statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
221/1 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Britz.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Zigarrenhändler
August Ringe
am Sonntag, den 19. Januar, plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Januar, nachm. 3½ Uhr von der Leichenhalle des Briher Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Die Genossen, welche an der Beerdigung teilnehmen, treffen sich um 2½ Uhr beim Gen. Hartmann, Germania-Promenade 7.
202/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Karl Augustin
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
110/19 Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 18. Januar, verstarb unser Kollege, Zusammensetzer 26326
Albert Schröter.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 22., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Petri-Kirchhofes, Friedenstraße, aus statt.
Die Kollegen der Piano-Fabrik H. Matz u. Co.

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 17. Januar, verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied, der Zusammensetzer
Albert Schröter
im 38. Lebensjahre.
Alle, die ihn gekannt, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Petri-Kirchhofes, Friedenstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
147/1 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Nachruf.
Am 14. Januar starb plötzlich am Herzschlag der Kollege, Tischler
Felix Koschel.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Möbelpolierer
August Hennig
am 17. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes Landsberger Allee aus statt.
78/4 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber einziger Sohn **Karl** im vollendeten 31. Lebensjahre Freitag nacht in Zürich verstorben ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Louis Wunderlich u. Frau.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen fordern unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht.

Die erwerbstätige Frau blickt mit wachsendem Interesse und lebhafter Spannung auf die Arbeit des Reichstages. Sind doch einzelne Punkte, die speziell die Frau betreffen, die in schwerer Berufspflicht an dem Wohl der Gesamtheit mitarbeitet und mit Geschick und Fleiß Werke der Kultur schafft, geradezu Lebensfragen, die mit brennender Notwendigkeit eine Lösung heischen. Millionen von Frauen und Mädchen stehen heute im wirtschaftlichen Kampfe, trotzen mit zäher Kraft dem Schicksal ihren Lebensunterhalt ab, schaffen unermeßliche Werte, sind dem Kapitalismus direkt unentbehrlich, doch stellt man sie den Unmündigen gleich, behandelt sie in rechtlicher Hinsicht wie Kinder. Noch stehen die bürgerlichen Schnurrpfeifer dem Frauenstimmrecht ablehnend und witzelnd gegenüber, und nur die Sozialdemokratie hält, wie von Anfang an, die Forderung der Gleichberechtigung der Frau in politischer Beziehung aufrecht. Für die arbeitende Frau ist es ein barbarischer Zustand, das sie, statt selbst ihre Geschicke zu leiten und mitzuraten und zutaten, dies dem guten Willen des stärkeren Geschlechts überlassen muß. Kann man es dem aufgeklärten Weibe verdenken, wenn es gegen alle vorzeitlichen Bestimmungen energisch ankämpft und mit vehementer Wucht an den verrosteten Ketten rüttelt? Ist sie vielleicht weniger Mensch als die männlichen Parasiten, die von dem Fleiß und Schweiß der Arbeitenden leben? Gibt sie nicht Kraft und Gesundheit hin, opfert sie nicht Jugend und Glück auf dem Altar des Kapitalismus? Und doch ist sie heut noch rechtlos und in unwürdiger Schmach untersteht sie denselben Bestimmungen wie unmündige Kinder.

In bezug auf die Rechte der Frau haben alle bürgerlichen Parteien — vom demokratisch schillernden Liberalismus bis zum stockreaktionären Junkertum — versagt. Der neue Vereinsgesetzentwurf hat ja nun eine Verbesserung für das Vereinsrecht der Frauen aufzuweisen, aber er enthält doch der Fußangeln eine ganze Menge. Diese müssen ausgemerzt werden. Daß bürgerliche Frauen sich mit dem Sprachenparagraphen einverstanden erklären, ist geradezu eine Schande für das weibliche Geschlecht. Von sozialistischen Frauen kann der preußische Polizeigeist solche Konzession nicht erwarten. Wir fordern ein gleiches, unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht.

Das Wahlrecht und die Frauen. Die näheren Angaben über die Versammlungen, in denen Genossin Zetkin über vorstehendes Thema spricht, finden die Genossinnen an der Spitze des lokalen Teils.

Das Vereinsrecht und die Frauen. Echt preußischen Polizeigeist atmen die einzelnen Bestimmungen, die die deutsche Regierung in den neuen Vereinsgesetzentwurf aufgenommen hat. Die Sucht nach neuen Knebeln für die Arbeiterklasse läßt sich gar nicht verkennen. Vorschriften, die als längst veraltet und unzweckmäßig betrachtet werden müssen, haben im Zeichen der Blockära ihren Kurs noch nicht verloren. Der Entwurf präsentiert sich als eine Halbheit und zeigt, wie es den herrschenden Klassen so ganz unmöglich ist, das Volksleben und die Forderungen der Neuzeit zu verstehen. Es gilt Protest einzulegen gegen das Zünftlerische und Arbeiterfeindliche in dem Entwurf. Eine öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Frauen des Kreises Nieder-Barnim, die am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, in Weißensee, im „Prälaten“, Lehderstr. 122, stattfindet, wird sich mit der Materie beschäftigen. Genossin Emma Ihrer hat zu dieser Versammlung das Referat übernommen. — Außerdem findet die Wahl der Kreisvertrauensperson und der Vertrauensperson für Weißensee statt.

Gegen den gesetzlichen zehnstündigen Arbeitstag für Arbeiterinnen laufen die Unternehmer der Textilindustrie Sturm. Der Verband deutscher Leinenindustrieller fordert seine Mitglieder auf, ihn schnellstens ihre Bedenken gegen den zehnstündigen Arbeitstag überhaupt und gegen das zu schnelle Inkrafttreten eines etwa von den gesetzgebenden Körperschaften festgelegten verkürzten Arbeitstages mitzuteilen. Der Verband beabsichtigt, diese „Bedenken“ dem Reichstag zu unterbreiten und um eine vierjährige Uebergangsperiode vorstellig zu werden. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß das Gesetz frühestens mit Januar 1912 in Kraft treten dürfe. Desgleichen warnt das Direktorium und der Ausschuß des Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller in einer Kundgebung „vor gesetzgeberischen Experimenten, die geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu schmälern oder die autoritative Stellung des Unternehmers im Betriebe anzutasten.“ „Im Falle einer durch Gesetz eintretenden Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen verlangt der Verein den Wegfall der für Frauen und Jugendliche bestehenden oder geplanten Ausnahmevorschriften jeglicher Art“. Diese Kundgebungen zeigen die Heuchelei der Unternehmer. Als die Crimmitschauer Textilarbeiter um die Einführung des Zehnstundentags streikten, boten die Unternehmer — selbstverständlich im Einverständnis mit ihrem Verband — den Arbeitern einen Frieden an, wodurch sich unter anderem Unternehmer und Arbeiter verpflichteten, für Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages zu wirken. Die Arbeiter lannten ihre Pappenheimer und schlugen das Anerbieten aus. Seitdem sind vier Jahre vergangen. Der Zehnstundentag für Arbeiterinnen soll endlich von 1910 ab gesetzlich festgelegt werden und nun wenden sich die Unternehmer mit den bekannten Redensarten von „Wettbewerbsfähigkeit“, „Erhaltung der Autorität“ usw. dagegen. Seit Crimmitschau hat ja die Mehrzahl der deutschen Textilarbeiter durch die Kraft ihrer Organisation den Zehnstundentag errungen. Das Vorgehen der Unternehmer entspringt dem Wunsche, in der Zeit der Krisis den Arbeitern möglichst diese Errungenschaften wieder zu entreißen und diese so zu zwingen, bei wieder aufsteigender Konjunktur einen guten Teil ihrer Kraft auf Wiederherstellung des alten Zustandes zu verwenden. So hofft man, dem Streben nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit einen Riegel vorzuschieben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Mariendorf. Mittwoch, 22. Januar, 8½ Uhr, bei Reichardt, Chausseestraße. Vortrag, Ida Altmann: Glaube und Leben.

Genossinnen! Genossen!

Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, in Freyers Festsälen (früher Keller), Koppenstraße 29:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

Die Wahlrechtsfrage und die Frauen.

Referentin: Genossin **Klara Zetkin**-Stuttgart.

Wir ersuchen die Parteigenossen, ihre Frauen auf die Wichtigkeit der Versammlung für das weibliche Proletariat aufmerksam zu machen. Die Einberuferin.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 13/15:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

Der Kampf ums freie Wahlrecht in Preußen.

Referentin: Genossin **Klara Zetkin**-Stuttgart.

Wir ersuchen die Parteigenossen, ihre Frauen auf die Wichtigkeit der Versammlung für das weibliche Proletariat aufmerksam zu machen. Die Einberuferin.

Achtung! Achtung!

Verband der Portefeuiller

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Sebastianstr. 41. Geöffnet v. 9—1 u. 4—7. Tel.: Amt IV 5837.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8½ Uhr, bei Graumann, Naunynstraße 27:

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Quartalsbericht. Bericht der Rechtsschutzkommission. 2. Die Beschwerde der Berliner Fabrikantenvereinigung gegen die Zahlstelle Berlin. 3. Reformvorschläge zur Ortsverwaltung und Neuwahl derselben sowie der Rechtsschutzkommission. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Ausgabe der Billetts zum Stiftungsfest.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der reichhaltigen und hochwichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

100/1 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Tel.: Amt IIIa 4835. Ortsverwaltung Berlin. Tel.: Amt IIIa 4835.

Donnerstag, den 23. d. M., vorm. 11 Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße 188:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresbericht und Neuwahl des gesamten Vorstandes sowie sämtlicher Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten. 50/3

Erscheinen **unbedingt** notwendig.

Avis! In der Versammlung werden die wiederholt eingeführten Kontrollkarten ausgegeben.

Der Vorstand.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wilke. Amt IIIa, 4835.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees und Saalinhabern** unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen.

Berlin N., 14692

jetzt Lothringer Straße 60.

Alle Bruchbänder mit elastischen Peloten, angenehm u. weich am Körper.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Verband deutscher Kürschner

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8½ Uhr, Prenzlauerstr. 41:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

102/1 Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Gastwirtsgehülfen

Ortsverwaltung Berlin II. — Abteilung für das Hülfspersonal.

Bureau: Berlin N. 24, Große Hamburger Straße 18/19.

Telephon Amt III, 1813

Den Herren Gastwirten zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir einen besonderen 2022b

Arbeits-Nachweis für das Hülfspersonal im Gastwirtsgewerbe

errichtet haben. Wir empfehlen tüchtige **Bierzapfer, Hausdiener, Weißbierabzieher** usw. für fest und zur Aushülfe.

Der Arbeits-Nachweis ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer **kostenlos.** Wir glauben mit dieser Einrichtung dem Bedürfnis nach einer kostenlosen Arbeits-Vermittelung beiderseits Rechnung getragen zu haben und bitten um rege Inanspruchnahme.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Maschinen-Arbeiter.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung: 1. Unser Arbeitsnachweis. 2. Die Vorortkonferenz und unsere Branche. 3. Branchenangelegenheit. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

78/3 Die Branchenkommission.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Heute Dienstag,

vormittags 10½ Uhr:

Arbeitslosenversammlungen

in folgenden Lokalen:

Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24 (großer und kleiner Saal).

Gesellschaftshaus Berliner Musiker, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Freyer (früher Keller) **Koppenstr. 29** (großer und kleiner Saal).

Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15 (großer und Garten-Saal).

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal und Saal I).

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Pflichten von Staat und Gemeinden gegenüber der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit.

Referenten: Reichstags-Abgeordneten **Albrecht, Brühne, Emmel, Frank, Lehmann, Scheidemann, Singer, Stücklen, Zubeil.**

Alle Arbeitslosen in Groß-Berlin werden gebeten, an diesen Versammlungen teilzunehmen!

Tellersammlung findet nicht statt.

Die Berliner Gewerkschaftskommission.
Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

205/3*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1230. — Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. — Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 22. Januar 1908, abends 8½ Uhr:

Außerordentliche

Bezirks-Versammlung für Charlottenburg

im Volkshause, Charlottenburg, Rosinenstraße 3.

Tages-Ordnung:
1. Beratung über die von unserer letzten Generalversammlung noch nicht erledigten Paragraphen des neuen Ortsstatuts. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 22. Januar 1908, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Spandau und Umgegend

im Lokal von **Kumke**, Spandau, Schönwalderstraße 80.

Tages-Ordnung:
1. Beratung über die von der letzten Generalversammlung noch nicht erledigten Paragraphen des neuen Ortsstatuts. Referent: Kollege Handke.
2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet

110/18 **Die Ortsverwaltung.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf betr. die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist der Preis 25 Pfennig (Buchhändlerpreis 75 Pfennig).

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zement-Branche.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr:

Gruppe: **Rabitzputzer u. Träger**
in den „**Arminhallen**", Kommandantenstr. 58/59.

Gruppe: **Rabitzspanner**
bei **Jannaschk**, Inselstr. 10.

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Neuwahl des Gruppenvorstandes.
2. Vorschläge zu den im Bureau tätigen Kollegen.
3. Aufstellung von Kandidaten zu Delegierten der 10. Gaukonferenz.
4. Verschiedenes.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Kollegen erwartet

196/3 **Der Sektionsvorstand.**

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Ortsverein Berlin. 136/3*

Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, bei Böker, Weberstr. 17:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Berichterstattung der Delegierten von der Konferenz bezw. Beschlußfassung über die Auflösung des Ortsvereins Berlin.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Ohne Legitimationskarte kein Zutritt. — Die Türkontrolleure sind angewiesen, ohne Legitimation niemand zuzulassen.

Der Vorstand.

Bilz Sanatorium

Dresden Radebeul ... Herrl. milde Lage ... Prospekte frei.

Winter-Kuren

Günst. Heilerfolge. 3 Aerzte. Direktor Alfred Bilz. Chefarzt ...

Bilz Naturheilb. ... 1½ Millionen verk.

... Roman der Gegenwart ...

In hundert Jahren

... brosch., ... geb. ... Bilz Naturheilanstalt Dresden-Radebeul ...

4 neue Säle

(bis 1000 Personen fassend).

zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Armin-Hallen
Kommandantenstr. 58/59.
Fernsprecher Amt IV, 10155.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg empfiehlt ihre anerkannt vorzüglichen **Qualitätszigarren.** Fabrikniederlage Berlin SO., Köpnickerstr. 20a. Vertr.: **Udo Stangenberg**, Amt 4, 9460. Zigaretten u. Tabak en gros. 40 Verkaufsstellen in Berlin und Vororten.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich Chaiselongues 20, Schlafsofa 33, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 65, hochelegante Garnitur 75, Säulentrumeau 33, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 18, Muschelspind, Vertiko 30. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 2892K*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2968K*

Metallbetten, Kinderbettstelle, Kinderwagen, gebrauchte, zurückgesetzte. Schneider, Kurfürstenstraße 172 (Dennewitzstraße). 63K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. †45

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 94K*

Winterpaletots, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Pfänderverkauf, Verschiedenes spottbillig. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn.

Möbelspeicher Brunnenstraße 182 Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Stücke, Säulentrumeau, Taschensofas, Muschelbetten, Englischbetten, Muschelvertiko, Teppiche, Muschelschrank 23,—, Spiegel, Spiegelspinden, Kommoden, moderne Küchen, Marmortoiletten, Ausziehtische, Sofatische usw., alles spottbillig. 90K*

Leihhaus Prinzenstraße 26, I, Ecke Ritterstraße: verfallene Pfänder, Brillanten, Goldsachen, Uhren, Ketten spottbillig zu jeder Gelegenheit. 2805K

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Hauptlager aller Frister-Roßmann-Systeme. Hruba, Rosenthalerstraße 19. †101*

Daberkartoffeln en detail zu Engros-Preisen, I. Sorte Zentner 3,45, II. 3,00, frei Haus 0,15 mehr. Rixdorf, Steinmetzstraße 113, Berlin, Skalitzerstraße 119. †58*

Hygienische Bedarfsartikel, billigste Bezugsquelle, Versand nach außerhalb. Frau Wichert, Berlin 18, Grünerweg 34. 102/7*

Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 91K*

Hygienische Bedarfsartikel, billigste Bezugsquelle. Drogerie Weinbergsweg 1. 35K*

Große Diwandecken 4,35, Karamani, doppelseitig 7,50, Pa. Plüsch 23,50, Diwanrückwände, reichgestickt, 3,85. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. Extraliste gratis. 107K*

Wirtschaften, einzelne Möbelstücke außerordentlich billig, Besichtigung lohnend. Arndt, Grünerweg 72. †44*

Möbeltischlerei liefert gediegen, Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden! Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Herrenanzüge, Winterpaletots jetzt extrabillig! Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf. †58*

Vorjährige Herrenanzüge, Paletots, Hosen, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz. 702/2

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 100,00 Mark. Turmstraße 8 I.

Inventur - Räumungsausverkauf hocheleganter schwarzer Rock- und Gehrockanzüge für die Hälfte der bisherigen Preise, soweit der Vorrat reicht. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 26255

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b.

Seiferthähne, Zuchtweibchen billig abzugeben. Röhl, Wilhelmsruh, Goethestraße 40. †60

Geschäftsverkäufe.

Restauration in lebhafter Verkehrsstraße Moabits gelegen, mit Zahlstelle, ist umständehalber billig zu verkaufen. Näheres Brauerei-Vertreter Vogel, Brunnenstraße 53. *

Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, verkauft Milchgeschäft Norden, täglich 60 Liter, viel Backware, Bier usw. Preis 1500 Mark. 138K

Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, verkauft Destillation Ackerstraße, zehn Jahre bestehend, für 3000 Mark. 139K

Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, verkauft Klempnerei, 3 Jahre bestehend, feste gute Kunden, für 500 Mark. 140K

Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, verkauft Kolonial-, Delikatessgeschäft, Schönhausen, Miete 600, Tageskasse 30,—, Preis 2200 Mark. 141K

Flottes Gemüsegeschäft mit Rolle umständehalber zu verkaufen. Rixdorf, Elbestraße 1. †58

Gastwirtschaft. Wegen unheilbarer Krankheit meiner Frau verkaufe gut gehende Gastwirtschaft mit regem Fremdenverkehr (nicht Herberge), billig. Versammlungslokal von vier Arbeiterverbänden und Konsumverein, auch gut bürgerlicher Verkehr, große Ausspannung. Saalbau sehr nötig. Nöbel in Mecklenburg. H. Heyer. 2556b*

Verschiedenes.

Eisholz, Komiker, frei. Gropiusstraße 6. 2574b*

Patentanwalt Weißel, Gitschinerstraße 94a. 2565K*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Ritterstraße 104. Taschenuhren reinigen 75, Feder 75, Wecker 60.

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 82.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumschulenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894b

Möbliertes Zimmer für 1—2 Herren zu vermieten Rostizstraße 58, IV links. 2313b

Leeres Zimmer vermietet Parteigenosse, Donaustraße 21, vorn III, geradezu. 2623b

Teilnehmerin für möbliertes Zimmer gesucht Admiralstraße 39, Hof III. 2652b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Jacoben, Wienerstraße 10, III. *

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, Hensel, Waldstraße 16, Quergebäude II. †87

Schlafstelle, allein, Heinstraße 18, Kapschis. †94

Schlafstelle vermietet Fricke, Hagenauerstraße 18, Ecke Fransecky-straße. †74

Möblierte Schlafstelle, Frau Sennewitz, Bärwaldstraße 48, Quergebäude II. 2638b

Mietsgesuche.

Ehepaar, kinderlos, sucht einfach möbliertes Zimmer. Offerten mit Preis unter A. N. Postamt 19.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Göter, Malackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Vernickelungsmeister gesucht für eine Neuanlage in Dänemark. Betreffender muß selbständig sowohl Vernickelung wie Versilberung ausführen können. Gehaltsforderung und Empfehlungen in Offerten sub „Meister 278" an Annoncen-Bureau, Kopenhagen, zu senden. 126K

Farbigmacher. Rixdorf, Kniesebeckstraße 99a. †58

Arbeiter - Gesang - Verein Alt-Glienicke sucht einen tüchtigen Gesanglehrer und Dirigenten. Meldungen bis spätestens Freitag den 24. dieses Monats. Adresse G. ... Witte, Köpenickerstraße 6. 137K

Versilberer verlangt Bierhuß Wolgasterstraße 3. 2627b*

Tüchtigen Silberarbeiter auf Reparaturen, dauernde Stellung, verlangt Hermann Feld, Kurstraße 34/35.

Tischler zur Genossenschaft (in Betrieb) gesucht. Offerten „L." Postamt 26. 2636b

Kiner verlangt Kartonfabrik Leopold Stein, Neue Königstraße 30.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41, Keller. 101/16*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Gesucht per sofort

tüchtiger, zuverlässiger

Marquetenr.

Ausführliche Angebote an **Gebr. Schöndorff,** Holzbearbeitungsfabrik, Düsseldorf. 102/11

Vereinskassierer

gesucht, um einen leicht verkäuflichen Artikel der Nahrungsmittelbranche gegen eine Vergütung von 1 M. für jeden neuen Kunden bei ihren Inkassogängen zu verkaufen. Offerten sub **K. 3858** befördert Daube u. Co., Hamburg. 293/15*

Geldschrankschlosser für schwere Bankschränke u. Gewölbetüren verlangt sofort **Panzer A.-G.,** Badstr. 59.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:

Für **Vergolder:** Seifert u. Beier, Hufelandstraße.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.